

Bundesrat

Drucksache 80/92

30. 01. 92

WI - AS - Fz

56 Seiten

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (421) — 600 01 — Ja 1/92

Bonn, den 30. Januar 1992

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Kohl

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Mit Sozialer Marktwirtschaft in Gesamtdeutschland auf dem richtigen Kurs	5
I. Neue Prioritäten für neue Herausforderungen	5
II. Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage	5
B. Günstige Rahmenbedingungen für umweltgerechtes Wachstum und Preisstabilität festigen	13
I. Eckpfeiler einer soliden Wachstums- und Stabilitätspolitik	13
— Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	13
— Wachstums- und beschäftigungsorientierte Steuerpolitik	14
— Stabilitätsgerechte Geldpolitik	14
— Zentrale Rolle der Tarifpolitik für die Beschäftigung	15
II. Durch strukturelle Erneuerung zur wirtschaftlichen Einheit beitragen	15
— Mit privaten und öffentlichen Investitionen den Aufholprozeß in den neuen Bundesländern beschleunigen	17
— Die Absatzchancen verbessern	18
— Auftrag der Treuhandanstalt konsequent fortsetzen	18
— Dynamischer Initiative Möglichkeiten und Chancen eröffnen ..	19
— Mit Arbeitsmarktpolitik, Qualifizierung und Ausbildung den Weg zu neuen Perspektiven ebnen	20
— Regionalpolitik in Ost und West auf unterschiedliche Voraussetzungen ausrichten	21
— In der Wohnungsbaupolitik neue Akzente setzen	22
— Das Energiekonzept der Bundesregierung	23

	Seite
III. Den Standort Deutschland für leistungsfähige Unternehmen verbessern	24
— Die Sicherung der Standortqualität als ständige Herausforderung begreifen	24
— Dynamik und Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft nutzen	24
— Deregulierung für mehr Wachstum und Beschäftigung	25
— Mit Forschungs- und Technologiepolitik neue Herausforderungen bewältigen	25
IV. Ökologische Herausforderungen annehmen	26
— Das ökologisch Notwendige zum ökonomisch Vorteilhaften machen	26
— Die Umweltbelastung in den neuen Bundesländern zurückführen	26
— Abfallwirtschaft als integralen Teil der Marktwirtschaft begreifen	27
— Umfassende Klimaschutzstrategie sowohl national als auch international umsetzen	27
— Für eine weltweite Umweltpartnerschaft	27
 C. Wachsende Verantwortung für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und die internationale Zusammenarbeit	 29
I. Europäische Integration weiter voranbringen	29
— Binnenmarkt	29
— Mit der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion gemeinsam den Weg zu einem vereinten Europa gehen ..	29
— Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)	30
II. Uruguay-Runde	31
III. Den Reformprozeß in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unterstützen	31
IV. Wirtschaftsgipfel 1992 in München	32
 D. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1992	 33
— Gesamtdeutsche Perspektive bei regionaler Differenzierung	33
— Fortsetzung des Wirtschaftswachstums unter sich ändernden regionalen Vorzeichen	33
— Schwierige Beschäftigungslage	35
— Chancen für eine wieder flachere Preisentwicklung	35
— Leistungsbilanzdefizit als Spiegelbild eines anhaltend hohen Kapitalbedarfs	36
 Anlage	
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1991 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	38
B. Jahresprojektion 1992	45

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) den Jahreswirtschaftsbericht 1992 vor. Dieser Bericht enthält erstmalig eine Projektion für Gesamtdeutschland und erläutert die für das laufende Jahr von der Bundesregierung geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 14. November 1991 sein Jahresgutachten 1991/92 (JG) vorgelegt. Es trägt den Titel „Die wirtschaftliche Integration in Deutschland, Perspektiven — Wege — Risiken“.

Die Bundesregierung dankt dem Sachverständigenrat für seine eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Situation im abgelaufenen Jahr und der Aussichten für 1992 ebenso wie für seine wertvollen Anregungen zum künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1992 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert; darüber hinaus wurde sie mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft besprochen.

A. Mit Sozialer Marktwirtschaft in Gesamtdeutschland auf dem richtigen Kurs

I. Neue Prioritäten für neue Herausforderungen

1. Deutschland hat im ersten Jahr nach der Vereinigung eine bedeutende Strecke des Weges zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit zurückgelegt. Viele Signale zeigen, daß die sich in der Sozialen Marktwirtschaft bietenden Chancen in den neuen Bundesländern zunehmend ergriffen werden. Für Gesamtdeutschland liegen in der Integration der leistungsstarken Wirtschaft im Westen und einer von Grund auf erneuerten Wirtschaft im Osten die Chancen für eine gemeinsame Zukunft in Wohlstand. Dies unterstreicht auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten (Ziffer 2 Vorwort JG).

Über die nationalen Aufgaben aus der Wiederherstellung der Einheit hinaus muß sich die Bundesrepublik Deutschland den wachsenden internationalen Anforderungen stellen. Ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht, ihre zentrale europäische Lage, aber auch ihre Erfahrungen bei der Bewältigung des eigenen Wiederaufbaus und der Probleme aus der Vereinigung beider Teile Deutschlands begründen ihre Verantwortung. Sie hat eine hohe Verpflichtung, den europäischen Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union in den Europäischen Gemeinschaften voranzubringen. Sie ist aufgerufen, aktiv zur Sicherung und Erweiterung des freien Welthandels beizutragen. Ihre Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ist ebenso unverzichtbar wie ihr Eintreten für die wachsende Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft.

2. Die Bundesregierung wird sich 1992 mit ihrer Politik an folgenden Leitlinien orientieren:

- Das wirtschaftliche, soziale und vor allem menschliche Zusammenwachsen Deutschlands ist die wichtigste politische Aufgabe; sie verlangt eine neue Prioritätensetzung auf allen Gebieten.
- Das Fundament für ein stetiges Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau muß in Gesamtdeutschland gestärkt werden.
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Gesamtdeutschland muß auf der Grundlage von Stabilität, gesunden öffentlichen Finanzen und einer Begrenzung der Belastungen durch Lohn- und Lohnzusatzkosten gesichert und ausgebaut werden.
- Der Aufbau eines leistungsstarken Industrie- und Dienstleistungsstandortes in den neuen Bundesländern muß weiter vorangetrieben werden und zu einem selbsttragenden, auf privater Initiative gegründeten Aufschwung führen.

- Die Umwelt muß als Lebensgrundlage für die nachfolgenden Generationen als Basis für Wohlstand und als Voraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort durch nationale und internationale Anstrengungen geschützt werden.
- Die sich durch den Strukturwandel eröffnenden Chancen für Wachstum und Beschäftigung müssen von den Bürgern und den Unternehmen genutzt werden.
- Soziale Härten müssen abgefedert werden, was im besonderen Maße für die in den neuen Bundesländern vom schwerwiegenden Umstellungsprozeß betroffenen Menschen gilt.
- Mit Forschung und moderner Technik müssen neue Zukunftsperspektiven eröffnet werden.
- Durch leistungsfähige mittelständische Unternehmen und Freie Berufe müssen Dynamik und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht werden.
- Die Wohnungsversorgung muß in allen Teilen Deutschlands verbessert werden; dies erfordert weitere Anstrengungen aller Beteiligten, vor allem auch angesichts des Nachholbedarfs in den neuen Bundesländern.
- Die letzten Hindernisse bei der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes müssen ausgeräumt werden, um die Vorteile eines großen Marktes von 340 Mio. Einwohnern voll zur Geltung kommen zu lassen.
- Die Entwicklung Europas zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union muß durch die Ratifikation der Verträge unumkehrbar gemacht werden.
- Die GATT-Runde muß erfolgreich abgeschlossen und zügig umgesetzt werden.
- Die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) müssen auf ihrem schwierigen Weg von Diktatur und Planwirtschaft zu Demokratie und Marktwirtschaft durch gemeinsame Anstrengungen der westlichen Welt wirksam unterstützt werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland muß weiterhin ihrer gewachsenen Verantwortung in der Welt gerecht werden.

II. Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

3. In einem schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Umfeld war die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr entscheidend von den großen Anstrengungen

um das wirtschaftliche und soziale Zusammenwachsen Deutschlands geprägt. Vieles wurde inzwischen in Ostdeutschland in Gang gesetzt. Die Angleichung der Lebensbedingungen macht Fortschritte. Die realen Familieneinkommen sind gestiegen. Die sozialen Sicherungssysteme wurden erfolgreich eingeführt. Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung hat sich spürbar verbessert. Die Fortschritte beim Ausbau der Infrastruktur sind fast überall sichtbar. Die Umstrukturierung der Wirtschaft kommt voran. Der Produktionsrückgang in der Industrie ist zum Stillstand gekommen. Baugewerbe, Handwerk und wichtige Dienstleistungsbereiche befinden sich in einem klaren Aufwärtstrend. Der Wille zur Selbständigkeit und die hohe Zahl von Unternehmensgründungen sind Zeichen von Zuversicht.

Dennoch ist der tiefgreifende und für viele Menschen zunächst schmerzliche Umstellungsprozeß von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft noch keineswegs zu Ende. Die Aufgabe, das vom SED-Regime heruntergewirtschaftete Gemeinwesen so rasch wie möglich wieder funktionsfähig zu machen, erfordert einen hohen Einsatz. Da viele Betriebe im sozialistischen System personell weit überbesetzt waren und ein großer Teil der früheren Arbeitsplätze unter Wettbewerbsbedingungen nicht erhalten werden kann, müssen vor allem neue rentable Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dafür sind insbesondere Investitionen und Managementfähigkeiten sowie eine leistungsfähige Verwaltung erforderlich.

Zu Recht stellt der Rat fest, daß es zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis, die den Menschen gute Arbeit und guten Lohn bietet, keine Alternative gibt und daß das Festhalten an den unrentablen, alten Arbeitsplätzen kein gangbarer Weg ist (vgl. Ziffer 283 JG). Besondere Bedeutung mißt die Bundesregierung der grundlegenden Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, der Anwendung moderner Technologien und der Forschung bei, damit die ostdeutsche Wirtschaft mit westlichen Maßstäben Schritt halten kann. Die in Gang befindliche marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wohnungswirtschaft wird fortgesetzt. Noch bestehende Hindernisse für Neubauinvestitionen und vor allem auch für Investitionen in den Wohnungsbestand müssen schnell beseitigt werden.

Diese gewaltigen Aufgaben lassen sich nicht kurzfristig bewältigen. Wiederaufbau und Modernisierung Ostdeutschlands benötigen Zeit und Geduld, zumal die Durchführung der dazu erforderlichen beträchtlichen Investitionen schon aus technischen Gründen Vorlauf erfordert.

4. Im Westen der Bundesrepublik Deutschland blieb die wirtschaftliche Aktivität auch im Jahre 1991 insgesamt hoch. Erneut war Westdeutschland damit neben Japan die Region mit dem stärksten Wirtschaftswachstum unter den großen westlichen Industrieländern. Insbesondere die westlichen Partnerstaaten haben daraus erheblichen Nutzen für ihr Wachstum und ihre Beschäftigung ziehen können. Dies war für diese besonders wichtig, weil in vielen Ländern die Konjunktur deutliche Schwächen zeigte. Die Bundesrepublik Deutschland blieb von der Abschwächung der Auslandsnachfrage nicht ver-

schont. Nicht zuletzt deswegen geriet hier die gesamtwirtschaftliche Expansion im Laufe des Jahres — allerdings wohl nur vorübergehend — ins Stocken.

5. Unter dem Anpassungsdruck des internationalen Wettbewerbs ist die wirtschaftliche Aktivität in den neuen Bundesländern nach dem scharfen Rückgang in der zweiten Jahreshälfte 1990 auch im Jahre 1991 zunächst noch erheblich gesunken. Dies gilt insbesondere für die Industrie, die zu Beginn des letzten Jahres vor allem einen Einbruch ihres Exportgeschäfts hinnehmen mußte, nachdem die traditionellen bilateralen Liefervereinbarungen im ehemaligen RGW-Bereich ausliefen und von da ab Außenhandelskontrakte im Prinzip auf der Grundlage konvertibler Währungen abgeschlossen werden mußten. Insgesamt sollte jedoch — auch nach dem Urteil des Sachverständigenrates (Vorwort zum Jahresgutachten) — die Wende zum Besseren in den neuen Bundesländern nun geschafft sein. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß der beginnende Erholungsprozeß in erster Linie auf die außerordentlich hohen staatlichen Finanzhilfen zurückgeht, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Allein 1991 wurden von der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden, Fonds „Deutsche Einheit“, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Vermögen, Sozialversicherung und EG-Mittel) — und zwar ganz überwiegend vom Bund — über 100 Mrd. DM netto für die Bürger in den neuen Bundesländern bereitgestellt. 1992 wird sich dieser Betrag noch erhöhen. Solche hohen Belastungen können nur vorübergehender Natur sein.

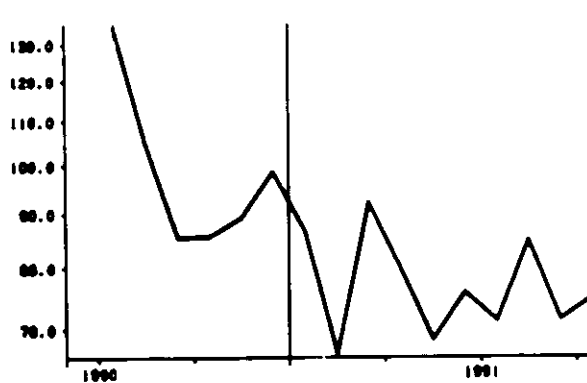
6. Der unvermeidliche Abbau nicht erhaltungsfähiger Arbeitsplätze wird noch einige Zeit andauern, auch wenn bereits im Laufe des Jahres 1991 eine große Zahl unrentabler oder besonders umweltschädigender Tätigkeiten eingestellt worden ist und viele Firmen dabei sind, überzähliges Personal abzubauen, um ihre Produktivität zu steigern und damit auch gestiegenen Kosten entgegenzuwirken. Die damit verbundenen Beschäftigungseinbußen konnten bisher nur teilweise dadurch ausgeglichen werden, daß gleichzeitig eine zunehmende Zahl von Arbeitnehmern einen neuen rentablen Arbeitsplatz in Ostdeutschland gefunden hat. Eine wesentliche Belastung bringt das in den neuen Bundesländern großzügig angewandte arbeitsmarktpolitische Instrumentarium der Bundesregierung.

Unter dem Einfluß dieser Faktoren ist die Arbeitslosenzahl erheblich schwächer gestiegen als von der Beschäftigungsentwicklung her zu erwarten gewesen wäre; im Laufe des Jahres 1991 nahm sie um 396 000 auf zuletzt 1,038 Mio. zu; allerdings haben sich darin die zum Jahresende 1991 wirksam gewordenen Beendigungen von Arbeitsverhältnissen noch nicht niedergeschlagen. Die Zahl der Kurzarbeiter lag im Dezember 1991 mit 1,034 Mio. um 760 000 niedriger als zwölf Monate zuvor.

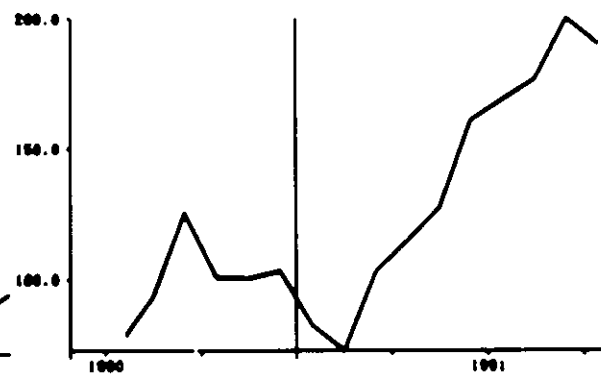
7. Die Preisentwicklung in den neuen Bundesländern wird derzeit noch stark von der Anpassung des Preissystems an marktwirtschaftliche Verhältnisse geprägt. In der Kommandowirtschaft waren die Preise zumeist völlig unabhängig von Kosten und Knappheitsverhältnissen festgesetzt. Viele Güter wurden durch hohe Subventionen künstlich verbilligt, andere

Konjunkturlage in Ostdeutschland

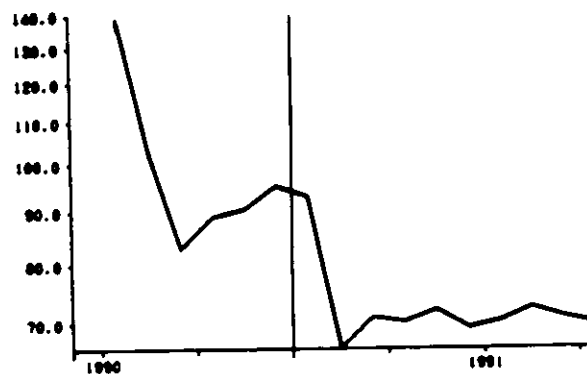
AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEBIETE
INSGESAM (2 HJ. 1990=100)



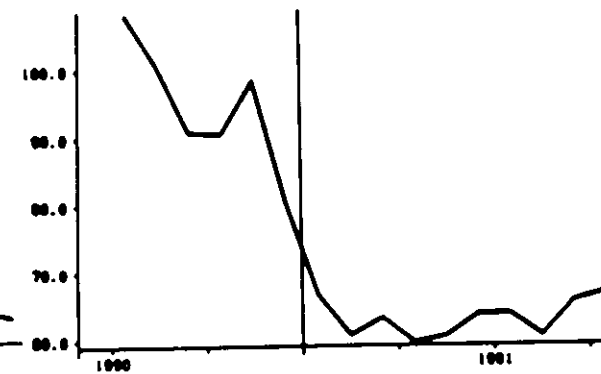
AUFTRAGSEINGANG IM BAUHAUPTBEREICH
INSGESAM 12 HJ. 1990=100 VERTE



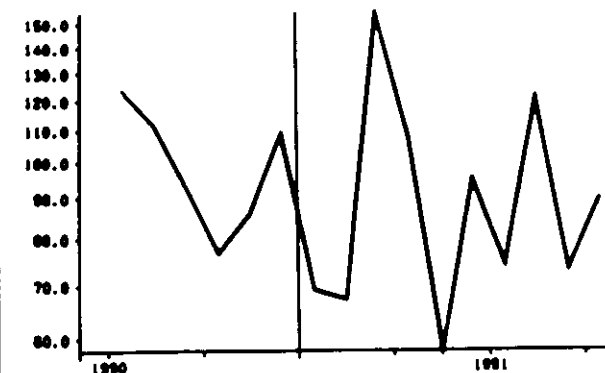
INLAND



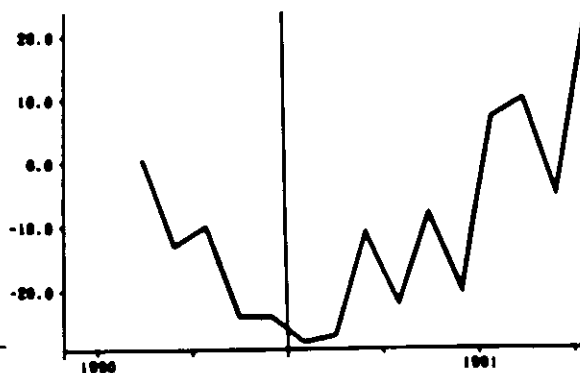
PRODUKTION IM VERARBEITENDEN GEBIETE
INSGESAM (3 VJ. 1990=100)



AUSLAND

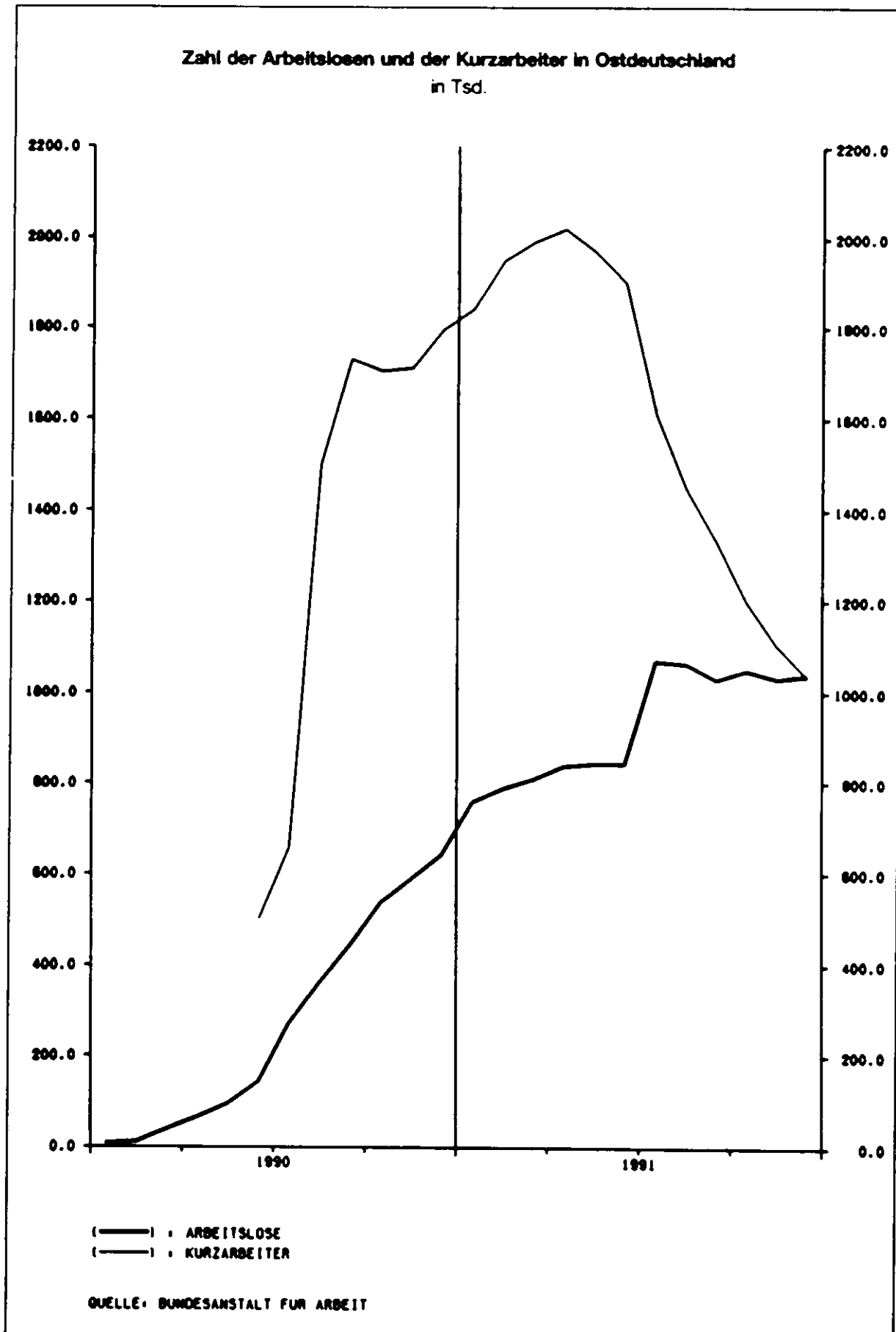


GESCHÄFTSERWARTUNGEN EINZELHANDEL
FÜR DIE NÄCHSTEN 6 MON., IFO-TEST



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT
Logarithmische Skalierung

Schaubild 2



durch staatliche Belastungen verteuert. Deshalb war eine grundlegende Preisreform erforderlich. Nur so können die Preise die in einer Marktwirtschaft unerläßliche Lenkungsfunction für Angebot und Nachfrage wahrnehmen.

Nachdem für die meisten Waren und Dienstleistungen mit der Wirtschafts- und Währungsunion die freie Preisbildung eingeführt worden war, wurden im ersten Halbjahr 1991 vor allem die bis dahin noch eingefrorenen Energiepreise freigegeben und die Tarife für Personenbeförderung heraufgesetzt. Außerdem wurde ab Oktober eine weitgehende Überwälzung der Mietnebenkosten zugelassen und ein erster Schritt zur Anhebung der Grundmieten getan. Um die dadurch für die Mieter entstehenden Mehrbelastungen in sozial verträglichen Grenzen zu halten, werden staatliche Ausgleichszahlungen in Form von Wohngeld und Sonderwohngeld gewährt. Ein weiterer Grund war, daß die hohen Lohnsteigerungen zu einer Verteuerung von Waren und Dienstleistungen führten, die nicht dem überregionalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

Vor allem auf die Entzerrung der Preisstruktur ist es zurückzuführen, daß der Preisindex für die Lebenshaltung in den neuen Bundesländern nach dem zunächst eingetretenen Rückgang im Verlaufe des letzten Jahres stark anzog und im November um 26,7 % höher lag als zwölf Monate zuvor.

8. In Westdeutschland hat die gesamtwirtschaftliche Expansion seit dem Frühjahr 1991 spürbar an Dyna-

mik verloren. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das nachlassende Auslandsgeschäft. Ungünstig wirkte sich vor allem aus, daß die Nachfrage nach Investitionsgütern, bei denen das Schwergewicht der westdeutschen Ausfuhren liegt, weltweit schwach war. Dämpfend auf die Konjunkturentwicklung wirkte sich ferner aus, daß der Private Verbrauch im Jahresverlauf nicht mehr zugenommen hat. Schließlich haben auch die Nachfrageimpulse aus den neuen Bundesländern, wo die Konsumenten ihren Bedarf vermehrt aus ostdeutscher Produktion decken, an Gewicht verloren. Auf der anderen Seite blieb die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiterhin dynamisch.

9. Die Entwicklung am westdeutschen Arbeitsmarkt war 1991 durch die Fortsetzung des schon seit längerer Zeit zu beobachtenden hohen Beschäftigungszuwachses gekennzeichnet. Nachdem die Zahl der Personen, die in den alten Bundesländern eine Erwerbstätigkeit ausüben, bereits 1990 um rd. 800 000 zugenommen hatte, ist es 1991 zu einer weiteren Ausweitung um über 800 000 gekommen. Steigerungen dieses Ausmaßes sind vorher lediglich in der stürmischen Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht worden. Dabei haben viele Pendler aus den neuen Bundesländern einen Arbeitsplatz gefunden. Ihre Zahl dürfte sich inzwischen auf etwa eine halbe Million belaufen. Der Arbeitsmarkt der alten Bundesländer hat damit bemerkenswert flexibel die starke zusätzliche Nachfrage nach Arbeitsplätzen absorbiert. Angesichts der weiter erheblich zunehmenden

Schaubild 3

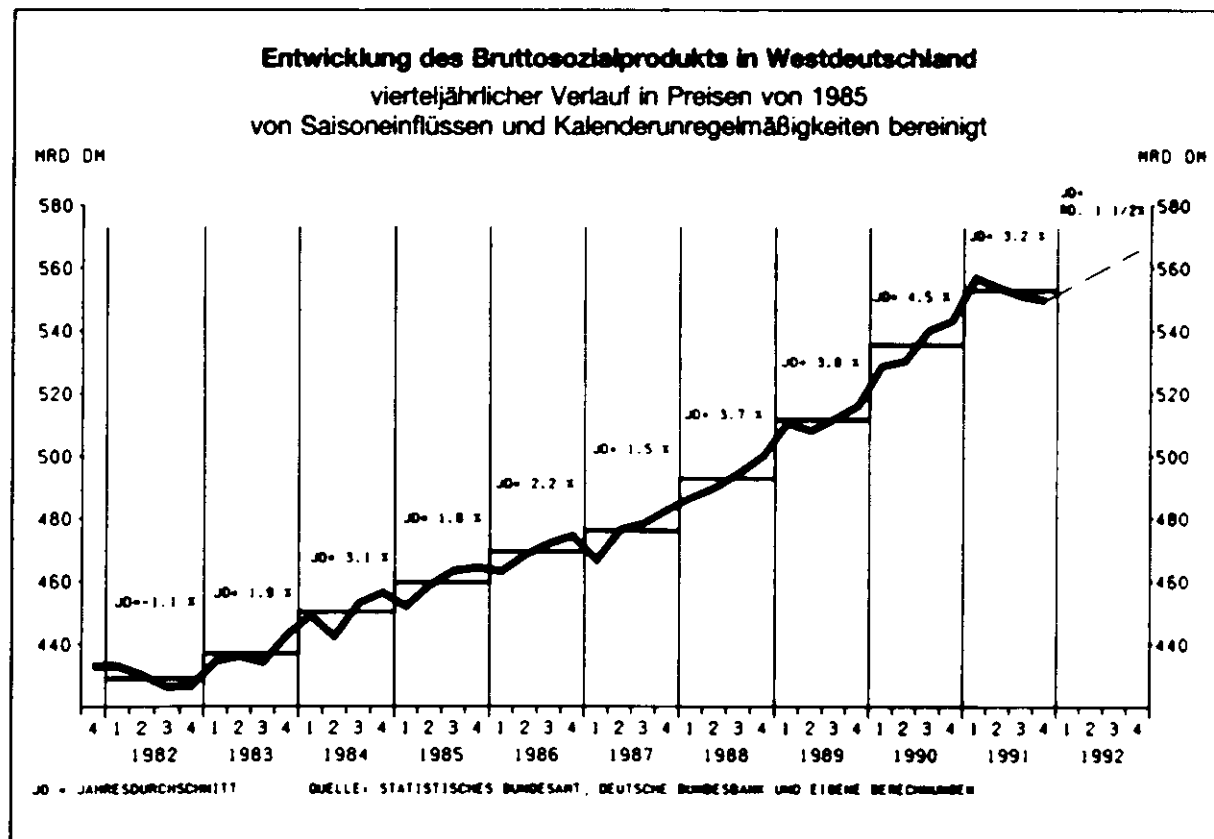
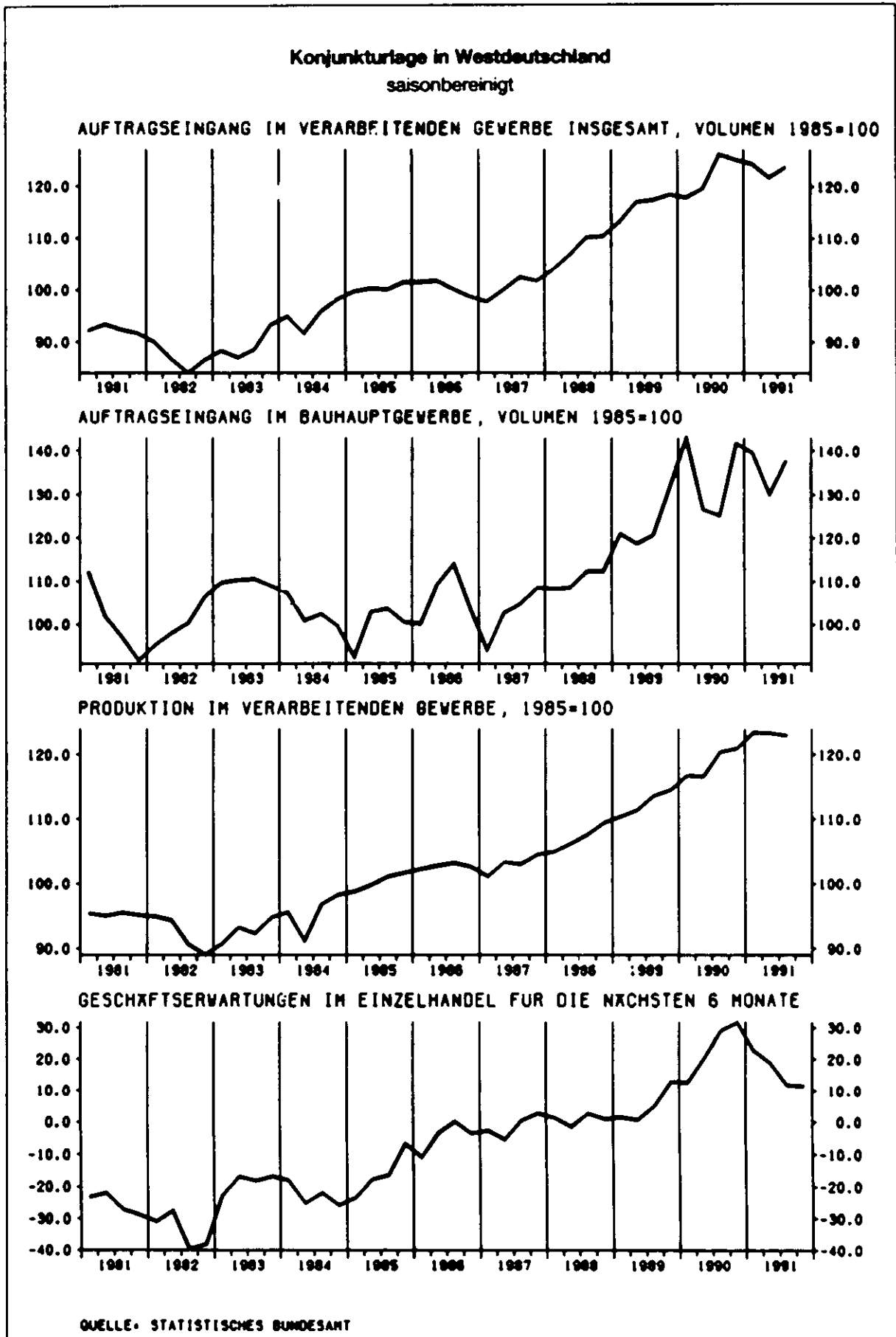
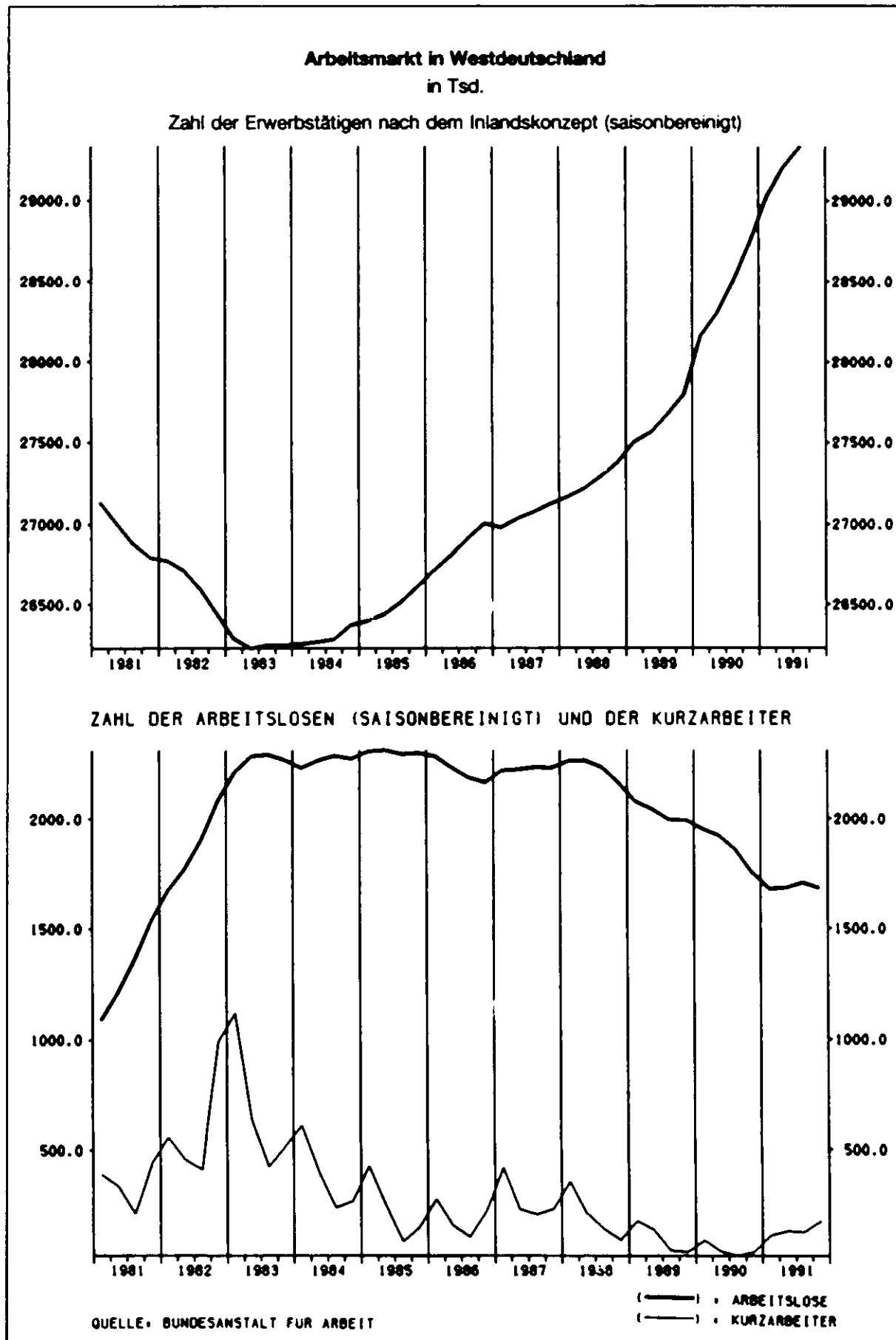


Schaubild 4





Zahl von Personen, die einen Arbeitsplatz suchen, ging mit dem hohen Beschäftigungszuwachs allerdings kein ähnlich starker Rückgang der Arbeitslosigkeit einher. Im Jahresdurchschnitt 1991 sank die Zahl der Arbeitslosen um 194 000 auf knapp 1,7 Mio., den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Die Kurzarbeit ist, namentlich in der Metallindustrie, wieder gestiegen.

10. Die Verbraucherpreise haben sich 1991 deutlich ungünstiger entwickelt als in den Vorjahren. Der Sachverständigenrat sieht deshalb in den alten Bundesländern das Ziel der Geldwertstabilität als verletzt an (Ziffer 283 JG). Dabei hat neben der zeitweisen Verschlechterung des Wechselkurses der D-Mark und steigenden Nahrungsmittelpreisen der Versuch vieler Unternehmen eine Rolle gespielt, die kräftig gestiegenen Lohnstückkosten weiterzuwälzen. Darüber hinaus hat die Heraufsetzung verschiedener staatlicher Abgaben zur Jahresmitte das Verbraucherpreisniveau fühlbar belastet. Insgesamt lag dieses im Jahresdurchschnitt 1991 um 3,5 % höher als vor Jahresfrist. In der Bauwirtschaft sind die Preissteigerungen erheblich darüber hinausgegangen (+ 7 %).

11. In der Leistungsbilanz kam es 1991 zu einem ausgeprägten Umschwung. Nachdem sich 1990 ein Saldo von + 77 Mrd. DM ergeben hatte, was bereits eine deutliche Verringerung der Überschüsse im Vergleich zu den Vorjahren bedeutete, wurde für 1991 mit voraussichtlich - 35 Mrd. DM ein erhebliches Defizit registriert. Dies ist auch nach Auffassung des Sachverständigenrates kein Zeichen wirtschaftlicher Schwäche (Ziffer 283 JG). Die Bundesrepublik Deutschland leistete damit einen beträchtlichen Beitrag zur Stützung der Konjunktur in ihren Partnerstaaten.

12. Insgesamt bestehen zu Beginn des Jahres 1992 über den weiteren Gang der Wirtschaft erhebliche Unsicherheiten. Die Hauptgefahr liegt in einer Überforderung durch zu weit gesteckte Ansprüche. Alle Ansprüche an das Sozialprodukt, die über das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis hinausgehen, beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und bedrohen Arbeitsplätze. 1992 ist kein Jahr für Verteilungskämpfe und Anspruchsdenken, sondern ein Jahr der Vorsorge für Wachstum, Arbeitsplätze und Stabilität.

Wenn alle Beteiligten ihre Ansprüche spürbar mäßigen, ist eine günstige Wirtschaftsentwicklung möglich. Dies würde gerade auch den Menschen in Ostdeutschland helfen. Lohnabschlüsse, die eine ähnliche Größenordnung erreichen wie im letzten Jahr, passen nicht zu der derzeitigen labileren Konjunktur. Angesichts der verhaltenen Nachfrage hätten die Unternehmen nur begrenzte Möglichkeiten, die Mehrkosten in den Preisen zu überwälzen. Ertrags- einbußen, Abbau von Arbeitsplätzen und Zurückstellung dringend notwendiger Investitionen wären dann

die Folge, mit der Konsequenz einer Verschlechterung der Einnahmeerwartungen für die ohnehin bereits angespannten öffentlichen Haushalte. Aber auch bei größeren Preiserhöhungsspielräumen der Unternehmen wäre nichts gewonnen. Die damit beginnende Lohn-Preis-Spirale müßte zum direkten Konflikt zwischen Stabilitätspolitik und hohem Beschäftigungsgrad führen. Falsche Lohn-Signale in Westdeutschland hätten äußerst nachteilige Folgen auch für die neuen Bundesländer, weil dringend notwendige Investitionen westdeutscher Firmen in Ostdeutschland unterblieben.

Auch in Ostdeutschland muß die Lohnpolitik auf einen maßvollen Kurs einschwenken. Zu hohe Lohnzuwächse drohen zu einem wesentlichen Hemmnis für den raschen Beginn eines selbsttragenden Aufschwungs in den neuen Bundesländern zu werden. Zwar ist der Wunsch der ostdeutschen Bürger nach einer raschen Anpassung ihrer Einkommen an westdeutsche Verhältnisse verständlich. Diese setzt jedoch eine entsprechende Angleichung des Produktivitätsniveaus voraus. Stehen den Lohnsteigerungen keine entsprechenden Steigerungen der Wirtschaftskraft gegenüber, so führt dies zum Verlust bestehender Arbeitsplätze. Der Verkauf von Unternehmen und die Gründung von neuen Betrieben werden erheblich erschwert (vgl. Ziffer 64 JG). Ein neuerlicher Lohnkostenschub würde deshalb zu einem Verlust weiterer Arbeitsplätze führen und den Bedarf an Transferleistungen aus den alten Bundesländern massiv in die Höhe treiben. Angesichts schon jetzt angespannter Staatsfinanzen müßte dies zu Lasten westdeutscher Steuerzahler und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Arbeitsplätze gehen.

Der Staat muß ebenfalls in allen öffentlichen Haushalten neue Prioritäten setzen, d. h. Ansprüche zurückschrauben, um die erforderlichen Mittel zum Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft soweit wie möglich ohne zusätzliche Belastung von Bürgern und Wirtschaft bereitstellen zu können.

Es muß sich die Einsicht durchsetzen, daß die Ansprüche nicht ständig ausgeweitet werden können, daß für Umverteilungswünsche und steigende Belastungen durch Abgaben oder Lohnzusatzkosten jetzt kein Spielraum ist und daß eine erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Basis nur dann verhindert werden kann, wenn akzeptiert wird, daß die Hilfen zugunsten der Menschen in den neuen Bundesländern vorübergehend höhere Lasten mit sich bringen. Nur so können die erheblichen Risiken, die sich für die weitere Wirtschaftsentwicklung im Inland herausgebildet haben, entschärft und die bestehenden Chancen für eine neue Expansion genutzt werden. Dazu kommen muß für eine gedeihliche weltwirtschaftliche Entwicklung ein erfolgreicher Abschluß der derzeitigen GATT-Verhandlungen.

B. Günstige Rahmenbedingungen für umweltgerechtes Wachstum und Preisstabilität festigen

I. Eckpfeiler einer soliden Wachstums- und Stabilitätspolitik

13. Angesichts der geschichtlich einmaligen nationalen Herausforderungen beim Aufbau der neuen Länder und der wachsenden internationalen Aufgaben ist es mehr denn je von zentraler Bedeutung, daß die in den 80er Jahren verbesserte Konstitution der Wirtschaft in den alten Bundesländern erhalten bleibt und Schwachpunkte beseitigt werden. Konsequente Fortsetzung der Wachstumspolitik, Wiedergewinnung der Preisstabilität und angemessene Berücksichtigung der Umwelterfordernisse sind deshalb für die Bundesregierung unverzichtbar. Dies verlangt eine klare Setzung von Prioritäten in allen Politikbereichen, auch was die zeitliche Abfolge konkreter Maßnahmen betrifft. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, wachstumsorientierte Steuerpolitik, stabilitätsorientierte Geldpolitik, Stärkung privater Initiativen und verantwortungsvolle einkommenspolitische Entscheidungen der Tarifpartner, aber auch die Rücksichtnahme auf die Grenzen der Belastbarkeit sind grundlegende Elemente einer verlässlichen, zukunftsgerichteten gesamtwirtschaftlichen Strategie. Die Bundesregierung setzt vor allem auf privates Engagement. Nur so kann auf Dauer die Basis des Wohlstands in Ost und West gesichert werden und nur so können Chancen in Erfolge gewandelt werden.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

14. Mit der Einheit Deutschlands sieht sich die Haushaltspolitik vor besondere Herausforderungen gestellt. Die zum Aufbau der neuen Bundesländer erforderlichen hohen öffentlichen Mittel machten es unumgänglich, die Nettokreditaufnahme nach Jahren beachtlicher Rückführung vorübergehend wieder steigen zu lassen. Diese höhere Kreditaufnahme wird in den kommenden Jahren — wie auch der Sachverständigenrat fordert (Ziffer 314 JG) — wieder schrittweise zurückgeführt. Dazu bedarf es auf allen Ebenen — Bund, Länder und Gemeinden — auch im Hinblick auf die Beiträge zu den für die Finanzierung von Aufgaben in Ostdeutschland geschaffenen Fonds erheblicher Anstrengungen.

Der Sachverständigenrat stellt dazu fest, daß der Bundeshaushalt 1992 und der Finanzplan 1991/95 diesem Kurs folgen (Ziffer 336 JG). Mit einem Ausgabenanstieg, der von 1991 bis 1995 durchschnittlich 2,3 % p. a. beträgt und damit weit unter dem voraussichtlichen Anstieg des Bruttosozialprodukts und auch deutlich unter der Orientierungslinie des Finanzplanungsrates von rd. 3 % liegt, verfolgt die Bundesregierung ein ehrgeiziges Ziel. Für das Jahr 1992 wird das Haushaltsdefizit des Bundes auf 45 Mrd. DM redu-

ziert. Anknüpfend an den erfolgreichen Konsolidierungskurs der 80er Jahre wird die Neuverschuldung bis 1995 auf rd. 25 Mrd. DM abgebaut.

15. Die Wiedervereinigung muß Anlaß sein, den im Haushalt 1992 und im Finanzplan angelegten Konsolidierungskurs strikt einzuhalten. Mittelfristig müssen alle öffentlichen Ausgaben einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen und dabei neue Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt werden, wie es der Rat zu Recht fordert (Ziffer 340 JG). Um dem Konsolidierungsziel Nachdruck zu verleihen, muß das Moratorium strikt eingehalten werden. Es schließt neue Leistungen und Leistungsverbesserungen aus, es sei denn, daß im Bundeshaushalt ein entsprechender Ausgleich durch Einsparungen an anderer Stelle geschaffen wird.

Die Bundesregierung verfolgt mit Nachdruck den Abbau von Subventionen. Das Abbauziel vom Februar 1991 wurde entsprechend dem Beschluß der Bundesregierung vom 10. Juli 1991 — 32,26 Mrd. DM über die Jahre 1992 bis 1994 — erfüllt. Hiervon geht ein substantieller Konsolidierungsbeitrag aus. Gleiches gilt für das beschlossene Auslaufen der Berlin- und Zonenrandförderung. Auch bei Aufstellung künftiger Haushalte müssen Subventionen und Sondervergünstigungen erneut überprüft werden.

16. Ausgabenbegrenzung und Aufgabenüberprüfung müssen auch im Bereich der anderen Gebietskörperschaften vollzogen werden. Die Bundesregierung erwartet, daß sich die westlichen Bundesländer und ihre Gemeinden den finanzpolitischen Erfordernissen entsprechend verhalten und sich an die vom Finanzplanungsrat für den mittelfristigen Ausgabenanstieg vorgegebene Orientierung von rd. 3 % pro Jahr halten. Die Feststellung des Sachverständigenrates, daß auch sie eine Überprüfung ihres Ausgabengebarens und einen stärkeren Abbau ihrer Haushaltsdefizite vorzunehmen und gleichzeitig eine stärkere Beteiligung an den Kosten der Einheit zu übernehmen haben, läßt es an Deutlichkeit nicht fehlen (Ziffer 328 ff. JG). Bei der Finanzierung der deutschen Einheit handelt es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe, an der sich alle Gebietskörperschaften angemessen zu beteiligen haben.

Die Bundesregierung erwartet deshalb, daß sich die alten Bundesländer an den künftig erforderlichen Aufstockungen des Fonds „Deutsche Einheit“ entsprechend ihrer bundesstaatlichen Verpflichtung zur Verringerung der Finanzkraftunterschiede unter den Ländern neben dem Bund angemessen beteiligen und jetzt der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Umlenkung der Strukturhilfe in den Fonds zustimmen. Die Bundesregierung hat mit dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“ einen Vorschlag

für die Zeit ab 1992 unterbreitet. Sie erkennt jedoch an, daß ab 1993 weitergehende Schritte zur Verbesserung der Finanzausstattung der neuen Bundesländer erforderlich sein werden.

Wachstums- und beschäftigungsorientierte Steuerpolitik

17. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für betriebliche Investitionen und Arbeitsplätze bestimmen wesentlich die Attraktivität des Unternehmensstandortes Bundesrepublik Deutschland und das wirtschaftliche Wachstum auf mittel- und langfristige Sicht. Wichtig ist ihre weitere Verbesserung — nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Aufbau in den neuen Ländern. Deshalb bleibt die Wachstums- und Beschäftigungsorientierung in der Steuerpolitik der Bundesregierung auch in Zeiten hoher Belastungen der öffentlichen Haushalte gefordert.

Nur durch eine Verstärkung der Investitionen ist die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern zu beschleunigen und nur so sind die Lebensverhältnisse rasch zu verbessern. Deshalb sind für Investitionen in den neuen Ländern zeitlich begrenzte steuerliche Präferenzen als Grundförderung eingeführt worden. Wichtigste steuerliche Maßnahmen der Investitionsförderung sind die Investitionszulage, die nach dem Steueränderungsgesetz 1991 in Höhe von 12 % bis zum 30.6.1992 und danach in Höhe von 8 % gewährt wird, sowie Sonderabschreibungen, die mit der Investitionszulage kumuliert werden können.

18. Für die Standortentscheidung der Unternehmen ist es wichtig, mit welchen steuerlichen Rahmenbedingungen sie für Investitionen rechnen können. Im Steueränderungsgesetz 1992 wird ein erster Schritt zur Unternehmensteuerreform getan, damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in ganz Deutschland gestärkt und Arbeitsplätze gesichert werden. Die Bundesregierung hält daran fest. Dieser Schritt wird auch von der durch die Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Sachverständigenkommission empfohlen. Das Steueränderungsgesetz 1992 sieht zur Unternehmensteuerreform die Abschaffung der Gewerbesteuer und Erleichterungen bei der betrieblichen Vermögensteuer vor, da diese eine zusätzliche Belastung für arbeitsplatzschaffendes und -erhaltendes Kapital darstellen. Die Erhöhung des Freibetrags bei der betrieblichen Vermögensteuer entlastet insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen. Darüber hinaus werden diese bei der Gewerbesteuer durch die Staffelung der Meßzahl nach dem Gewerbeertrag für Personengesellschaften und Einzelunternehmen begünstigt werden. Die erste Stufe der Unternehmensteuerreform soll im wesentlichen aufkommensneutral finanziert werden.

Da die deutschen Steuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer wesentlich höher liegen als in den meisten westlichen Industriestaaten, plant die Bundesregierung als zweiten Schritt der Unternehmensteuerreform weitere Entlastungen. Das Gesetzgebungsverfahren zur Fortführung der Steuerreform

soll zum 31. Dezember 1992, also rechtzeitig vor Beginn des Europäischen Binnenmarktes, abgeschlossen sein.

19. Darüber hinaus wird mit dem Steueränderungsgesetz 1992 der Familienlastenausgleich zum 1. Januar 1992 verbessert. Der steuerliche Kinderfreibetrag wird von 3 024 DM auf 4 104 DM und das Erstkindergeld von 50 DM auf 70 DM monatlich angehoben. Die verfügbaren Einkommen der Familien werden damit um rd. 7 Mrd. DM erhöht. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Steuergerechtigkeit und zur Stärkung der Kaufkraft von Familien. Der Familienlastenausgleich soll in einer zweiten Stufe weiterentwickelt werden. Hierzu wird die Bundesregierung entsprechende Vorstellungen erarbeiten.

20. Die Beschlüsse der Bundesregierung zur Zinsbesteuerung (beträchtliche Erhöhung der Sparerfreibeträge, Einführung einer 25 %igen Zinsabschlagsteuer, Erhaltung des Bankgeheimnisses) sollen ebenfalls zu einer gerechteren Besteuerung beitragen. Es wird damit vermieden, daß unternehmerisches Investivkapital gegenüber verzinslichen Geldvermögensanlagen benachteiligt wird. Die für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik wichtige Kapitalbildung der privaten Unternehmen bleibt von den Zinsbeschlüssen der Bundesregierung weitgehend unberührt. Mit ihren Beschlüssen zur Zinsbesteuerung setzt die Bundesregierung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts um und trägt der Notwendigkeit Rechnung, das Vertrauen nationaler und internationaler Anleger in den deutschen Kapitalmarkt zu erhalten.

21. Zum 1. Januar 1993 hat die Bundesregierung mit dem Steueränderungsgesetz 1992 eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 14 % auf 15 % vorgeschlagen. Gleichzeitig wird durch die Beibehaltung des ermäßigten Satzes von 7 % insbesondere für Grundnahrungsmittel den sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen. Die mit dem Steueränderungsgesetz 1992 insgesamt beabsichtigte Verlagerung zu den Konsum belastenden indirekten Steuern gleicht die Steuerstruktur an die der Nachbarländer an und dient der Harmonisierung der Steuersätze innerhalb der Europäischen Gemeinschaften.

Stabilitätsgerechte Geldpolitik

22. Die Sicherung der Geldwertstabilität ist für die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung in ganz Deutschland von grundlegender Bedeutung. Die Deutsche Bundesbank hat für 1992 ein Geldmengenziel beschlossen, wonach die Geldmenge (M3) innerhalb einer Bandbreite von 3½ % bis 5½ % ausgeweitet werden soll. Die Bundesregierung sieht hier ein Signal, daß die Deutsche Bundesbank an ihrem stabilitätspolitischen Kurs festhält, wie dies auch vom Sachverständigenrat gefordert wird (Ziffer 309 JG). Das Geldmengenziel ermöglicht die Fortsetzung des Wachstums und den weiteren Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Es trägt der Ankerfunktion der D-Mark im Europäischen Währungssystem Rechnung. Voraussetzung für den Erfolg der Geldpolitik ist allerdings, daß sich alle am Wirt-

schaftsprozess Beteiligten, insbesondere die öffentliche Hand, die Unternehmen und die Tarifparteien auf diese stabilitätspolitische Vorgabe einstellen.

Zentrale Rolle der Tarifpolitik für die Beschäftigung

23. Damit die weiteren Aussichten auf Wachstum, Beschäftigung und Stabilität nicht beeinträchtigt und nicht die Gefahr einer Stabilisierungskrise heraufbeschworen wird, ist es erforderlich, daß die Tarifpartner ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht werden und in der kommenden Lohnrunde zu moderaten Abschlüssen kommen. Über die Produktivitätsentwicklung hinausgehende Lohnsteigerungen bedeuten erhöhte Kostenbelastungen für die Unternehmen, die sich auf ihre Investitionen und die Sicherheit der Arbeitsplätze nachteilig auswirken. Sollten sich die Tarifpartner dieser Einsicht in die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge entziehen, drohen 1992 und danach Stabilitäts-, Wachstums- und Beschäftigungsverluste. Dies würde auch die Lösung der Probleme in den neuen Bundesländern beträchtlich erschweren. Auf die Sozialhaushalte kämen erhebliche Lasten zu. Zugleich würde im Westen die Basis für den notwendigen Mitteltransfer zum Aufbau der neuen Länder geschwächt.

24. Zu Recht betont der Sachverständigenrat, daß in den alten Bundesländern die Produktivität wieder stärker zur Leitlinie der Tarifpolitik werden muß (Ziffer 384 JG). Nur die Rückkehr zu einer moderaten Tariflohnpolitik eröffnet Aussichten für eine positive Wirtschaftsentwicklung. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die Ergebnisse hoher Tarifabschlüsse im Westen mittelbare Wirkung in Ostdeutschland entfalten und dadurch die dort ohnehin schon schwierige Beschäftigungslage verschärfen. Bei den Tarifabschlüssen sollte jetzt stärker der jeweiligen Situation in den einzelnen Branchen Rechnung getragen werden. Es kommt darauf an, daß 1992 vom öffentlichen Dienst keine Signale ausgehen, die den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen widersprechen. Bei der derzeitigen wirtschaftlichen Konstellation mit erheblichen Konjunkturrisiken im In- und Ausland ist es besonders wichtig, daß die Tarifpartner der Ertrags- und Liquiditätslage der Unternehmen vermehrt Rechnung tragen.

25. Wege dazu wären die verstärkte Einführung ertragsbezogener und vermögenswirksamer Elemente in die Tarifpolitik. Beteiligung der Arbeitnehmer an Kapital und Gewinn der Unternehmen kann einen wichtigen Beitrag leisten, das Eigentum am Produktivvermögen der Wirtschaft breit zu streuen und die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft zu erhöhen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern von Bedeutung. Die notwendigen Weichenstellungen dazu müssen jetzt die Tarifpartner vornehmen. Vereinbarungen von Investivlöhnen könnten beitragen, den Aufbau eines modernen Kapitalstocks in den neuen Bundesländern zu beschleunigen und zugleich die Arbeitnehmer am Erfolg des Wiederaufbaus teilhaben zu lassen. Die notwendigen

Instrumente zur Förderung der Vermögensbildung sind vorhanden. Die Bundesregierung wird sich einer konstruktiven Mitarbeit bei einer aktiven Vermögenspolitik der Tarifpartner nicht verschließen.

26. Zwar ist der Wunsch einer Angleichung der Einkommen in den neuen Bundesländern an das Niveau des Westens verständlich. Jedoch muß in der jetzigen Übergangssituation der Erhalt und die Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen Vorrang haben. Deshalb muß — wie der Sachverständigenrat zu Recht unterstreicht (Ziffer 369 ff. JG) — von einer lohnpolitischen Aufholstrategie Abstand genommen werden, die die Leistungskraft der Unternehmen übersteigt. Die Fortsetzung einer Politik der raschen Lohnangleichung, wie sie 1991 eingeschlagen wurde, mindert die Sanierungschancen alter Unternehmen. Sie erschwert die Gründung selbständiger Existenzen und beeinträchtigt die Wettbewerbschancen neu entstandener Betriebe, gerade auch im mittelständischen Bereich. Die Schaffung sicherer Arbeitsplätze darf nicht einseitig auf jene Betriebe beschränkt bleiben, die mit westlichem Kapital, Management und modernsten Anlagen von Anfang an hoch produktiv arbeiten, weil sonst viele gute Chancen für die Entfaltung eigener kreativer Kräfte zunichte gemacht würden.

27. Nur mit der Erneuerung der Produktionsanlagen und der Modernisierung der Infrastruktur kann die Wirtschaft in den neuen Ländern in ihrer Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Ländern gleichziehen. Dies bietet die Grundlage dafür, daß mit dem Westen vergleichbare Löhne erwirtschaftet und bezahlt werden. Dabei würde eine Lohnpolitik, die einer betrieblichen Differenzierung Spielraum gibt, den beschäftigungs-, wachstums- und strukturpolitischen Erfordernissen am ehesten Rechnung tragen. Sie wäre, wie der Sachverständigenrat richtig feststellt, zudem der beste Weg, Abwanderungen in Grenzen zu halten (Ziffer 388 JG).

II. Durch strukturelle Erneuerung zur wirtschaftlichen Einheit beitragen

28. Erfolgreicher Strukturwandel ist die Grundlage für die Sicherung der Wirtschaftskraft im Westen und für einen dynamischen Aufholprozeß im Osten Deutschlands. Er erfordert verantwortungsbewußtes Handeln aller Beteiligten. Die staatliche Politik muß den Strukturwandel durch die Setzung geeigneter Rahmenbedingungen erleichtern und fördern; sie muß den Unternehmen Raum für Initiative sichern, kann aber nicht die Verantwortung für unternehmerische Entscheidungen übernehmen. Es muß Aufgabe der Unternehmen bleiben, schnell und marktgerecht notwendige Anpassungsprozesse einzuleiten und durchzuführen. Die Tarifpolitik muß Rücksicht auf die Anpassungserfordernisse nehmen und darf nicht durch überzogene Tarifabschlüsse zusätzliche Strukturprobleme schaffen.

Die Konservierung von Strukturen z. B. durch Subventionen für dauerhaft nicht wettbewerbsfähige Unternehmen, aber auch Versuche, Strukturen z. B.

Wichtige wirtschaftliche Fördermaßnahmen für Investitionen der Wirtschaft in den neuen Bundesländern

Steuerliche Begünstigungen

- Investitionszulage zur Anschaffung und Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern in den neuen Bundesländern: 12 % 1. Juli 1990 — 30. Juni 1992, 8 % 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994, bei nach dem 31. Dezember 1992 abgeschlossenen Investitionen: Termin der Bestellung vor 1. Januar 1993
- Sonderabschreibungen für Anschaffung und Herstellung von abnutzbaren beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens sowie Neubauten, Ausbauten und Erweiterungen an Gebäuden in den neuen Bundesländern: 50 % der Anschaffungs-/Herstellungskosten, Anschaffung/Herstellung vor 1. Januar 1995, dabei kann unter bestimmten Voraussetzungen eine steuerfreie Investitionsrücklage in Höhe der künftigen zulässigen Sonderabschreibungen gebildet werden
- Weitere steuerliche Entlastungen: Aussetzung von Gewerbesteuer- und Vermögensteuer bis 31. Dezember 1992, Staffelung bei der Gewerbeertragsteuer, Freibetrag bei Lohn- und Einkommensteuer von 600,— DM/1200,— DM jährlich

Regionalförderung

- Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“: Fördersatz für private Investoren bis 23 % (Kumulierung mit anderen Programmen auf max. 35 %-Punkte); auch Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur
 - Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe insgesamt für 1992 1,9 Mrd. DM Haushaltsmittel des Bundes (Komplementärarmittel der Länder in gleicher Höhe)
 - Zusätzliche Hilfen aus den europäischen Strukturfonds, 1991-1993 insgesamt 3 Mrd. ECU bzw. 6 Mrd. DM
 - Sonderprogramm „Regionale Wirtschaftsstruktur“ als Ergänzung der Gemeinschaftsaufgabe in vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen, auch 1992 1,2 Mrd. DM (50 % Bund, 50 % Land)

Investitionskredite

- KfW-Investitionsprogramm für Investitionen von deutschen oder ausländischen Unternehmen in den neuen Bundesländern, Gesamtvolumen von 10 Mrd. DM
- Weitere Investitionskredite für den Mittelstand aus Eigenmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Ausgleichsbank und der Berliner Industriebank, 1992 rd. 7 Mrd. DM
- Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau an (noch) staatliche Unternehmen, Volumen für 1992 und Folgejahre bis zu 10 Mrd. DM

ERP-Programme

- ERP-Kredite für Existenzgründungen und sonstige Investitionen in den neuen Bundesländern, Kreditvolumen 1992 10 Mrd. DM

Eigenkapitalhilfeprogramm

- Eigenkapitalhilfeprogramm zur Förderung selbständiger Existenzen in den neuen Bundesländern, Haushaltsmittel (Baransatz und Verpflichtungsermächtigungen) für Zinszuschüsse 2,5 Mrd. DM für 1992
- Anspärförderung zur Bildung von Eigenkapital (Existenzförderung), 20 v. H. der Sparleistungen, max. 10 000 DM

Bürgschaften

- Dreistufiges Kreditbesicherungsprogramm gestaffelt nach der Höhe des Mittelbedarfs: Bürgschaftsbanken für Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen, Besicherung von Krediten bis 1 Mio. DM, Ausfallbürgschaften der Berliner Industriebank für kleine und mittlere Unternehmen, Besicherung von Krediten von 1 Mio. DM bis 20 Mio. DM, Bundesbürgschaften für Projekte ab 20 Mio. DM, an deren Durchführung ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse besteht
- 40%ige Haftungsfreistellung der finanzierenden Banken durch die drei Hauptkreditinstitute bei Krediten bis zu maximal 1 Mio. DM

Strukturmaßnahmen im Agrarbereich

- Verstärkte Integration der neuen Bundesländer in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ durch weitere Öffnung der Fördermaßnahmen: 1992 1,1 Mrd. DM Haushaltsmittel des Bundes und 825 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen, Komplementärarmittel der Länder in Höhe von 40 % der entstandenen Ausgaben (bzw. 30 % bei Küstenschutz und Anpassung der Betriebe an die Marktentwicklung) kommen hinzu
- Zur Flankierung des Anpassungsprozesses im Agrarbereich wurden 1991 Anpassungs- und Überbrückungshilfen sowie standortbezogene Zuschläge in Höhe von rd. 1,2 Mrd. DM direkt an die Landwirte gezahlt. Für 1992 sind weitere Anpassungshilfen in Höhe von insgesamt 0,3 Mrd. DM (einschl. standortgebundener Zuschläge) vorgesehen sowie 0,39 Mrd. DM als Anschlußregelung für den Fortfall des Umsatzsteuerausgleichs

durch eine „strategische Industriepolitik“ vorprägen zu wollen, würden im Ergebnis die Anpassungsprobleme für die Zukunft vergrößern. Die finanzielle Alimentierung der Wirtschaft durch den Staat kann daher in den neuen Bundesländern nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. Solche permanente Staatsvorsorge für Unternehmen würde die Wachstumsgrundlagen verschlechtern und stände im Widerspruch zur Sozialen Marktwirtschaft.

Das Verständnis von einer unterstützenden, nicht aber lenkenden Strukturpolitik hat die Wirtschaftspo-

litik in der Bundesrepublik gerade im letzten Jahrzehnt geprägt mit dem Resultat eindrucksvoller Wachstums- und Beschäftigungserfolge. Diese guten Erfahrungen gilt es auch — unter Berücksichtigung der besonderen Situation — in den Umstrukturierungsprozeß in den neuen Ländern einzubringen und umzusetzen. Existenzgründungen, die Bildung eines breiten leistungsfähigen Mittelstandes und Investitionen in neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen sind hier unverzichtbar. Die Treuhandanstalt muß ihre Anstrengungen zur Privatisierung entschlossen fortsetzen; denn dies ist

der schnellste und wirksamste Weg zur Sanierung. Die Übergangszeit bis zur Schaffung einer ausreichenden Zahl neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze wird durch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Flankierungsmaßnahmen überbrückt.

Die Bundesregierung hat mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, in dessen Rahmen für 1991 und 1992 insgesamt 24 Mrd. DM bereitgestellt werden, den Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern entscheidend erleichtert.

Mit privaten und öffentlichen Investitionen den Aufholprozeß in den neuen Bundesländern beschleunigen

29. Zu Recht betont der Sachverständigenrat, daß es in den neuen Bundesländern an vorderster Stelle darum gehe, günstige Investitionsbedingungen zu schaffen (Ziffer 444 JG). Neue Arbeitsplätze, die international wettbewerbsfähig sind, können nur von privaten Investoren aus dem In- und Ausland sowie vom Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur kommen. Investitionen bedeuten unmittelbar Modernisierung und Umstrukturierung der Unternehmen und der Volkswirtschaft. Die ostdeutsche Wirtschaft hat damit die Chance, in einigen Jahren über eine hochmoderne Kapitalgüterausstattung zu verfügen und zu einem besonders leistungsfähigen Anbieter im Wettbewerb zu werden.

30. Die Bundesregierung unterstützt durch eine konsequente weitreichende Förderung von privaten Investitionen den Aufholprozeß (vgl. Übersicht 1). Das umfangreiche Förderangebot der Bundesregierung greift. Die Mittel werden jetzt schneller in konkrete Projekte umgesetzt als in der Anfangsphase. Das hohe Ausmaß von Investitionshilfen für private Investoren soll in der Übergangsphase den Nachteilen und Risiken des Standortes in den neuen Bundesländern im Vergleich zu westdeutschen Unternehmensstandorten Rechnung tragen und den raschen und nachhaltigen Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur gewährleisten. Die Bundesregierung wird in der ersten Jahreshälfte einen Erfahrungsbericht über die wichtigsten Fördermaßnahmen vorlegen. Sie wird in diesem Lichte entscheiden, ob und inwieweit wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen nach Auslaufen des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost notwendig sind.

31. Die Bundesregierung fördert diese Entwicklung durch umfassende Investitionen in zentralen Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Umweltinfrastruktur.

Im Verkehrshaushalt sind 1992 über 14 Mrd. DM Bundesmittel (1991 fast 8 Mrd. DM) für die neuen Länder vorgesehen. Im Bereich der Telekommunikation wird die Netzinfrastruktur beschleunigt ausgebaut. Das Investitionsbudget wird 1992 nochmals aufgestockt, und zwar von 6,65 Mrd. DM im Jahre 1991 auf 9 Mrd. DM. Damit sollen u. a. 1992 über

500 000 neue Telefonanschlüsse bereitgestellt werden.

Das Kommunalkreditprogramm, das Umweltschutz-sofortprogramm und Mittel aus Gemeinschaftsaufgaben unterstützen kommunale Investitionen.

Die so dringend notwendigen Investitionen der öffentlichen Hand beim Ausbau der Verkehrswege in den neuen Ländern als Voraussetzung für den Wirtschaftsaufschwung könnten bei den derzeit verfügbaren Baukapazitäten zu Engpässen mit der Gefahr von Preissteigerungen führen. Deshalb sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um bei der Erstellung der Bauprogramme, bei der Auftragsvergabe sowie beim Mittelabfluß ein möglichst kontinuierliches Vorgehen über das Jahr hinweg zu erreichen. Auch bei den Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen sollte Engpaßsituationen in der Bauwirtschaft frühzeitig Rechnung getragen werden. Weiterhin muß bei sich abzeichnenden Engpässen die Möglichkeit der Einbeziehung ausländischer Unternehmen in die Ausschreibungsverfahren noch intensiver ins Auge gefaßt werden.

Das im Dezember 1991 in Kraft getretene Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz wird für Infrastrukturvorhaben im Verkehrsbereich Planungs- und Genehmigungszeiten entscheidend verkürzen. Die Bundesregierung wird rasch Investitionsmaßnahmen-gesetze vorlegen, die wichtige Einzelvorhaben (vgl. Übersicht 2) zusätzlich beschleunigen werden.

Um den Aufbau leistungsfähiger Verkehrsverbindungen zu fördern, wird die Aufnahme einer Strecke für den Transrapid in den Bundesverkehrswegeplan 1992 geprüft.

Übersicht 2

Verkehrsprojekte Deutsche Einheit

Schiene

1. Lübeck/Hagenow-Stralsund
2. Hamburg-Büchen-Berlin
3. Uelzen-Salzwedel-Stendal
4. Hannover-Stendal-Berlin
5. Helmstedt-Magdeburg-Berlin
6. Eichenberg-Halle
7. Bebra-Erfurt
8. Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig-Berlin
9. Leipzig-Dresden

Straße

10. Lübeck-Bundesgrenze (Stettin)
11. Hannover-Magdeburg-Berlin
12. Nürnberg-Leipzig-Berlin
13. Göttingen-Halle
14. Magdeburg-Halle
15. Bad Hersfeld/Kassel-Erfurt-Dresden-Görlitz
16. Erfurt-Schweinfurt

Wasserstraße

17. Mittellandkanal/Elbe-Havel-Kanal/Havel

Die Initiativen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Stadt Rostock zur Einrichtung eines Freihafens in Rostock werden zügig geprüft.

32. Die Investitionstätigkeit in den neuen Ländern wird, wie auch der Sachverständigenrat feststellt (Ziffern 449 ff JG), weiterhin durch vielfältige Investitionshemmnisse behindert. Die Bundesregierung hat daher Maßnahmen zu deren Beseitigung ergriffen. U. a. hat sie Schritte zur Klärung der Eigentumsfragen z. B. durch die Vorfahrtsregelung für Investitionen im Hemmnisbeseitigungsgesetz sowie bei den Regelungen zur Freistellung von Haftungsrisiken der Umweltaltlasten unternommen. Dies reicht aber noch nicht aus. So sind die Gemeinden und Vermögensämter immer noch unzureichend mit fachkundigem Personal ausgestattet. Notwendig ist daher eine massive Personalhilfe aus den westlichen Ländern, aber auch eine gezielte Anstrengung der neuen Länder und ihrer Kommunen.

Die Vorfahrtsregelungen müssen angemessen verlängert und zusätzlich geändert werden mit dem Ziel, Mißbrauchsmöglichkeiten auszuschließen und eine Verschleppung von Verfahren zu vermeiden. Das Anhörungsrecht des Alleigentümers muß zeitlich eng befristet werden, um die zügige Umsetzung von Investitionen sicherzustellen. Im Rahmen der Möglichkeiten des Grundgesetzes soll sichergestellt werden, daß eine nach § 3a Vermögensgesetz einmal getroffene Entscheidung nicht von weiteren Berechtigten, die dem Verfügungsberechtigten zuvor nicht bekannt waren, neu aufgerollt werden kann. Sofern zugunsten des Berechtigten entschieden wird, muß durch Vereinbarung einer Vertragsstrafe die Durchführung der von ihm zugesagten Investition in dem gleichen Umfang abgesichert werden, wie dies bei Vorhaben eines Drittinvestors geschehen wäre. Notwendig ist ferner, die gerichtlichen Verfahren bei einem oder bei wenigen Verwaltungsgerichten zu konzentrieren, um die Verfahren zu beschleunigen.

Für die 1945 bis 1949 enteigneten Grundstücke und Unternehmen besteht kein Restitutionsanspruch. Die Bundesregierung wird im geplanten Entschädigungsgesetz sicherstellen, daß Investitionen nicht zusätzlich behindert werden. Dies würde besonders bei Einführung eines formalen Rückerwerbsrechts gelten. Abgabenregelungen müssen so gestaltet werden, daß sie den Start reprivatisierter Unternehmen und Investitionen nicht gefährden.

33. Beschleunigt werden muß der Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung in den neuen Bundesländern. Allein der Bund hat annähernd 14 000 Bedienstete an Bundes- und Landesbehörden in die neuen Länder entsandt. Die konsequente Fortsetzung der Hilfen durch den Bund, die alten Bundesländer und die westdeutschen Kommunen ist unerläßlich. Praxisnahe Qualifikation und Einbeziehung von externen Experten müssen dafür sorgen, daß Wirtschaftsförderung, Raumplanung und Infrastrukturausbau rascher vorangetrieben werden. Die Bundesregierung begrüßt politische Verpflichtungen der neuen Länder, innerhalb einer bestimmten Zeitspanne die für Investitionsprojekte notwendigen Verwaltungsabläufe durchzuführen.

Die Absatzchancen verbessern

34. Die Sicherung alter und die Erschließung neuer Absatzmärkte für ostdeutsche Produkte begünstigt die Stabilisierung der Produktion und den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes. Die Bundesregierung begrüßt die Bereitschaft der westdeutschen Wirtschaft, hierzu beizutragen. Auf der Grundlage der auf 1991 befristeten Hermes-Sonderkonditionen für Exporte in die Sowjetunion konnten Exportverträge in großem Umfang abgeschlossen werden, die auch 1992 und darüber hinaus zur Beschäftigung in den neuen Bundesländern beitragen werden. Die Bundesregierung wird auch nach Auslaufen der Hermes-Sonderkonditionen den Handel mit ehemaligen RGW-Partnern durch Bürgschaften unterstützen. Im öffentlichen Auftragswesen hat sie 1991 zugunsten ostdeutscher Anbieter Vergabeerleichterungen beschlossen (Eintrittsrecht, Mehrpreisgewährung von bis 5% bei öffentlichen Aufträgen von geringerem Auftragswert, zusätzliche Mehrpreispräferenz für kleine und mittlere Unternehmen von weiteren 5%). Soweit notwendig, werden sie bis Ende 1993 verlängert.

35. Verbraucheraufklärung und -information sind gerade in den neuen Bundesländern in dieser Umbruchphase erforderlich. Die Bundesregierung wird deshalb ihre finanzielle Unterstützung für die Verbraucherzentralen in den neuen Bundesländern verstärkt fortsetzen. Damit trägt sie dazu bei, daß die Verbraucher bei ihren Kaufentscheidungen die Vorteile des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen für höhere Qualität und niedrigere Preise nutzen können.

Auftrag der Treuhandanstalt konsequent fortsetzen

36. Seit Herstellung der Deutschen Einheit steht die Arbeit der Treuhandanstalt unter den zentralen Handlungsprinzipien: Zügig privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen. Dieser Weg hat sich als richtig erwiesen und muß weitergegangen werden.

Die bisherige Bilanz der Treuhandanstalt beweist, daß bereits viel für die Menschen in den neuen Bundesländern erreicht wurde. Mit über 5 000 Privatisierungen, Investitionszusagen von mehr als 100 Mrd. DM und der vertraglichen Absicherung von über 900 000 Arbeitsplätzen sind bereits wichtige Grundlagen für den Aufschwung in den neuen Bundesländern gelegt.

Die von der Treuhandanstalt eingeleiteten Maßnahmen stellen hohe Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft. Sie versprechen aber ein rasches Aufholen und eine zügige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

In Ergänzung der traditionellen Verkaufspraxis sollten neue Wege eingeschlagen werden. Dazu gehört die vermehrte Entflechtung ehemaliger Kombinate. Dabei soll durch die Ausgliederung von Betriebsteilen die Bildung leistungsstarker mittelständischer Unter-

nehmen in den neuen Ländern begünstigt werden. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Sachverständigenrates, daß im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeiten der Privatisierung noch nicht ausgeschöpft sind (Ziffer 499 JG). Wichtig ist eine verstärkte Ausschreibung in geeigneten Fällen, um mehr potentielle Investoren im In- und Ausland anzusprechen. Wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren begrenzen darüber hinaus von vornherein das Risiko von Fehlentwicklungen und schaffen Transparenz und Nachprüfbarkeit der Entscheidungsvorgänge. Die Bundesregierung begrüßt, daß sich die Treuhandanstalt — auch durch die verstärkte Einschaltung nationaler und internationaler Unternehmensvermittler — intensiv um die Gewinnung ausländischer Investoren bemüht. Ein vielversprechendes Privatisierungspotential liegt in Beteiligungsmodellen für Mitarbeiter und Management sowie in Veräußerungen an Beteiligungsgesellschaften. Zur Tätigkeit und Aufgabe der Treuhandanstalt gibt es nach Ansicht der Bundesregierung keine sinnvolle Alternative.

37. Soweit eine Privatisierung von Unternehmen zunächst nicht möglich ist, muß auf der Basis von Unternehmenskonzepten intensiv geprüft werden, ob sie — mit dem Ziel einer späteren Privatisierung — innerhalb eines bestimmten Zeitraums saniert werden können. Hierfür stellt die Treuhandanstalt allein bis Ende 1992 rd. 50 Mrd. DM zur Verfügung. Maßstab der Sanierungsfähigkeit muß sein, ob und wie Unternehmen — auch unter Berücksichtigung regionaler Verflechtungen — in absehbarer Zeit wettbewerbsfähig werden können. Die Chancen zur Anpassung an den Markt müssen auch darüber entscheiden, ob ein Unternehmen aufgespalten oder als Ganzes saniert wird.

Die Bundesregierung begrüßt die Anstrengungen der Treuhandanstalt, im Rahmen unternehmensbezogener Kriterien dazu beizutragen, daß wichtige Industrieregionen als Industriestandorte erhalten bleiben. Sie begrüßt ebenfalls neue Überlegungen der Treuhandanstalt, die darauf abzielen, durch Managementgesellschaften, Kapitalanlagefonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften erfahrene Sanierer für Treuhandunternehmen zu gewinnen.

Unternehmen, die nach gründlicher Prüfung keine Aussicht haben, in absehbarer Zeit wettbewerbsfähig zu werden, müssen stillgelegt werden. Die künstliche Aufrechterhaltung wettbewerbsunfähiger Strukturen würde knappe Mittel binden, die zur Finanzierung des Aufschwungs dringend benötigt werden. Auch den Menschen in den betroffenen Regionen würde, wie die Erfahrung zeigt, kein Dienst erwiesen.

Die Bundesregierung begrüßt, daß es der Treuhandanstalt bislang gelungen ist, bei Unternehmen, die stillgelegt werden mußten, z. B. durch Ausgliederung von Teilbetrieben und Neugründungen etwa ein Drittel der Arbeitsplätze zu erhalten.

Bei allen Maßnahmen der Treuhandanstalt kommt es besonders darauf an, diese möglichst eng abzustimmen mit den regional- und strukturpolitischen Aufgaben, die die Länder, Kreise und Gemeinden vor Ort

bewältigen müssen. Für die notwendige Konzertierung besonders wichtig sind die Treuhandanstalt-Wirtschaftskabinette in den neuen Bundesländern.

Dynamischer Initiative Möglichkeiten und Chancen eröffnen

38. In den alten Bundesländern wird der Bund seine Privatisierungs- und Beteiligungspolitik entsprechend seinem von ihm verabschiedeten Gesamtkonzept konsequent fortsetzen (vgl. JWB 1991, Ziffer 59). Im Frühjahr 1992 wird die Bundesregierung konkrete Vorschläge für weitere Privatisierungen von Bundesbeteiligungen und Dienstleistungen vorlegen.

39. Die Regierungskommission Bahn schlägt in ihrem Bericht zur Neuorganisation und Sanierung der Bahnen eine Umwandlung der Deutschen Bundesbahn/Deutschen Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft (Deutsche Eisenbahn AG-DEAG) und die organisatorische Verselbständigung der Sparten Güter- und Personenverkehr sowie Fahrweg innerhalb der DEAG vor. Sie ist der Auffassung, daß eine dauerhafte Sanierung eine Änderung des Artikels 87 GG sowie die Übernahme der Altverbindlichkeiten von Deutscher Bundesbahn und Deutscher Reichsbahn durch den Bund voraussetzt. Die Bundesregierung wird die Vorschläge gründlich prüfen mit dem Ziel, die Bahn zu einem modernen, leistungsfähigen und im Wettbewerb bestehenden Dienstleistungsunternehmen zu entwickeln, das seine Aufgaben dauerhaft erfüllen kann.

40. Eine parlamentarische Initiative hat im Hinblick auf das von der Bundesregierung verfolgte Ziel einer Organisationsprivatisierung der Bundesanstalt für Flugsicherung durch Umwandlung in eine GmbH die Änderung des Artikels 87 d GG vorgeschlagen. Die Voraussetzung für die Umwandlung wurde durch eine Einigung über die Einbeziehung des überörtlichen militärischen Luftverkehrs in die Kontrolle durch die zivile Flugsicherung geschaffen.

41. Eine Änderung von Artikel 87 GG mit dem Ziel der Privatisierung ist auch im Hinblick auf die Deutsche Bundespost möglichst bald ins Auge zu fassen. Auf diese Weise sollen die Postunternehmen aus den Beschränkungen und Verpflichtungen einer bundeseigenen Verwaltung herausgelöst werden. Damit ließe sich ihre Effizienz steigern und das notwendige Eigenkapital über den Kapitalmarkt beschaffen. Zudem sollten die Unternehmen der Deutschen Bundespost in die Lage versetzt werden, sich auf allen für sie wirtschaftlich interessanten Feldern, auch auf internationalen Märkten — z. B. als Betreiber von Telekommunikationsnetzen — zu betätigen.

42. Angesichts des hohen und drängenden Bedarfs an Infrastrukturinvestitionen besonders im Osten Deutschlands sollten entsprechend dem Bericht der Ressortarbeitsgruppe „Private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“ verstärkt private Finanzierungsmöglichkeiten und privates Know-how zum Aufbau der Infrastruktur genutzt werden. In- und ausländische Erfahrungen zeigen, daß private Anbieter im

Wettbewerb vielfach effizienter und kostengünstiger Infrastrukturaufgaben erfüllen als staatliche Träger. Hierbei spielen auch die Frage einer dauerhaften Entlastung der öffentlichen Haushalte sowie die begrenzten personellen Ressourcen der Kommunen im Osten eine wichtige Rolle. Bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Rückzahlungsmodalitäten sind gesamtwirtschaftliche Aspekte wie z. B. Wachstums- und Beschäftigungswirkungen der raschen Beseitigung von Infrastrukturengpässen zu berücksichtigen.

Zur Beschleunigung des Ausbaus der Telekommunikationsinfrastruktur wird die Deutsche Bundespost TELEKOM 1992 in gleichem Umfang wie 1991 im Rahmen des „Turn-Key“-Programms Aufträge zur Erstellung von Anschlußnetzen und anderen schlüsselfertigen Projekten an private Generalunternehmer vergeben.

43. Der weitaus größere Teil der Privatisierungsmöglichkeiten liegt bei Ländern und Gemeinden, die in den alten Bundesländern z. T. bereits traditionelle kommunale Aufgaben durch Private erfüllen lassen. Vor allem Aufgaben in den Bereichen Umweltinfrastruktur (Ver- und Entsorgung, Sanierung), Vermessungswesen, Bauplanung, technische Überwachung und Sachverständigenwesen sowie im Verkehrsbereich sollten soweit wie möglich an private Unternehmen und Freie Berufe übertragen werden. Verbände und Wirtschaft sind aufgefordert, durch Beratung, Leitfäden und Musterverträge den Kommunen zu helfen. Die Länder sollten in ihre Kommunalordnungen und Landesumweltgesetze privatisierungsfreundliche Bestimmungen und den Grundsatz der Subsidiarität aufnehmen.

Zur beschleunigten Sanierung der ostdeutschen Wasserver- und Abwasserentsorgung haben sich die Wirtschafts- und Umweltminister des Bundes und der neuen Bundesländer am 4. Dezember 1991 in gemeinsamen Leitlinien zur Umstrukturierung dieses Bereichs für eine verstärkte Einbeziehung der Privatwirtschaft ausgesprochen.

Mit Arbeitsmarktpolitik, Qualifizierung und Ausbildung den Weg zu neuen Perspektiven ebnen

44. Die rasche Umstrukturierung in den neuen Bundesländern mit zunächst hohen Produktions- und Beschäftigungsverlusten erfordert im Hinblick auf Akzeptanz und Durchsetzbarkeit erhebliche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Anstrengungen. Die Arbeitsmarktpolitik trägt daher seit Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion entscheidend dazu bei, den tiefgreifenden strukturellen Wandel in den neuen Bundesländern sozialverträglich zu flankieren. Bis die von der Bundesregierung gegebenen Investitionshilfen und -anlässe breite Wirkung zeigen, muß die Arbeitsmarktpolitik als Brücke zu neuen tragfähigen Strukturen wirken, die sich im Prozeß der wirtschaftlichen Umorientierung und Erholung herausbilden.

Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Vorruhestands- und Altersüber-

gangsregelungen für insgesamt 2 Mio. Erwerbspersonen Ende 1991 haben den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern entlastet. Mit 36 Mrd. DM aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundes für die aktive Arbeitsmarktpolitik wird gewährleistet, daß 1992 nochmals eine Wirkung in vergleichbarem Umfang erzielt werden kann.

45. Die aktive Bewältigung des Strukturwandels erfordert vor allem verstärkte Qualifizierungsanstrengungen. Qualifizierung gibt den Menschen eine berufliche Perspektive und legt einen Grundstein für den Aufholprozeß von Wachstum und Beschäftigung. Die Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in den neuen Bundesländern wiesen mit rd. 400 000 Teilnehmern zum Jahresende 1991 einen sehr hohen Stand auf. Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen sind das viermal so viel Teilnehmer wie in den alten Bundesländern.

Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit stehen 1992 für die Förderung der beruflichen Bildung in den neuen Ländern 11,2 Mrd. DM zur Verfügung.

Die Bundesregierung hat ein Programm zum Aufbau von Weiterbildungseinrichtungen eingeleitet, das die Qualität öffentlich geförderter Qualifizierungsmaßnahmen an die im Westen geltenden Maßstäbe heraufzuführen soll. Daran müssen sich alle Anbieter orientieren. Eine intensive Kooperation mit weitgehendem Informationsaustausch zwischen Wirtschaftsförderung und Arbeitsverwaltung auf regionaler und kommunaler Ebene soll gezielte Qualifikationsmaßnahmen ermöglichen. Die Einführung eines Teilunterhaltsgeldes ab 1992 erleichtert die Kombination von Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

46. Besonderes Augenmerk richtet die Bundesregierung auf den Aufbau des bewährten dualen Berufsausbildungssystems in den neuen Ländern, denn eine hohe Qualifikation der Erwerbstätigen ist ein besonders wichtiger Standortvorteil. Die Bundesregierung begrüßt, daß es dank der intensiven Bemühungen aller Beteiligten gelungen ist, im Ausbildungsjahr 1991/1992 insgesamt mehr Ausbildungsplätze anzubieten als nachgefragt wurden. Allerdings liegt der Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsplätze mit rd. 40 % noch sehr hoch. Die Bundesregierung fordert deshalb die privaten Unternehmen auf, im nächsten Berufsbildungsjahr mehr Lehrstellen anzubieten.

47. Neben Qualifizierungsmaßnahmen erleichtern arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen die soziale Akzeptanz des Strukturbruchs. Wegen der Beschäftigungsprobleme in den neuen Bundesländern haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgrund ihrer inzwischen erreichten Dimension dort eine andere Qualität als in den alten Bundesländern (Ziffer 529 JG). Während in Westdeutschland die vorübergehende Beschäftigung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes im Vordergrund steht, sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland auch für Arbeitnehmer, die keine persönlichen Vermittlungshemmnisse aufweisen, eine Brücke zu marktgängigen Arbeitsplätzen.

Mit dem Aufbau neuer Arbeitsplätze kann die Arbeitsmarktpolitik wieder zurückgeführt werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind kein Ersatz für wettbewerbsfähige Dauerarbeitsplätze. Dies unterstreicht, wie notwendig es ist, dafür zu sorgen, daß die massive Investitionsförderung und der Abbau von Investitionshemmnissen, begleitet von einer wachstumsgerechten Tarifpolitik, noch in diesem Jahr einen breiten Arbeitsplatzaufbau in den neuen Ländern bewirkt. Arbeitnehmern und Betrieben muß deutlich werden, daß die von der Bundesregierung ergriffenen besonderen Maßnahmen auf die schwierige Übergangsphase der wirtschaftlichen Erneuerung beschränkt sind und der jeweiligen Situation angepaßt werden müssen.

48. Insgesamt stehen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern 1992 10,3 Mrd. DM aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit und dem Sonderprogramm des Bundes (Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost) zur Verfügung. Die inzwischen auf rd. 400 000 angestiegene Zahl der Plätze in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird 1992 beibehalten.

In Anbetracht des erreichten Umfangs von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und unterschiedlicher regionaler Problemlagen erfolgt jetzt eine stärkere regionale Konzentration der Mittel. Auch dies erfordert eine engere Kooperation zwischen den für die Wirtschaftsförderung zuständigen Stellen und der Arbeitsverwaltung. Um Arbeitsplätze in Unternehmen nicht zu gefährden und das Entstehen neuer, besonders mittelständischer Unternehmen nicht zu behindern, sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zudem auf solche Bereiche zu beschränken, in denen eine wesentliche Beeinträchtigung privater Tätigkeit nicht zu erwarten ist. Dies entspricht auch der Auffassung des Sachverständigenrates (Ziffern 530 ff JG). Die enge Zusammenarbeit der örtlichen Arbeitsverwaltung mit den zuständigen Kammern wird deshalb fortgeführt. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden nur noch genehmigt, wenn die Kammern die Unbedenklichkeit bescheinigen. Der Sachverständigenrat schlägt darüber hinaus vor, Teilnehmern an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Entgeltdifferenzierung einen Anreiz zur Aufnahme eines regulären Beschäftigungsverhältnisses zu geben (Ziffer 536 JG). Hier sind in erster Linie die Tarifpartner gefordert.

Um insgesamt mehr Personen fördern zu können, soll — wenn immer möglich — eine Kombination von beruflicher Qualifizierung und ABM verwirklicht werden. Der ABM-Anteil sollte dabei in der Regel 6 Monate nicht überschreiten. Falls eine Kombination nicht möglich ist, sollte in jedem Einzelfall — unter Berücksichtigung der Art der Maßnahme und der zu fördernden Personen — eine Prüfung durch die Arbeitsämter erfolgen mit dem Ziel, die Förderung nach Möglichkeit auf 6 Monate zu begrenzen. An der im Gesetz vorgesehenen Befristung (31. Dezember 1992) für die erleichterten Voraussetzungen und Förderkonditionen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist festzuhalten.

49. Einen wichtigen Beitrag zur Erleichterung der Arbeitsmarktprobleme leistet das Angebot eines vor-

gezogenen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben für ältere Arbeitnehmer. Ende 1991 bezogen rd. 700 000 Personen Vorruhestandsgeld bzw. Altersübergangsgeld. Die Bundesregierung hat die Altersübergangsgeld-Regelung um ein halbes Jahr bis Mitte 1992 verlängert, um älteren Arbeitnehmern den Übergang in den vorzeitigen Ruhestand zu erleichtern. Diese Möglichkeit können rd. 50 000 Personen nutzen.

50. Wie schon 1991 werden auch 1992 in den alten Bundesländern die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf hohem Niveau weitergeführt. Damit leistet die Arbeitsmarktpolitik den ihr zukommenden Beitrag zur verbesserten Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte und zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Problemgruppen. Die Wirtschaft muß ihrerseits durch verstärkte Weiterbildungsanstrengungen und durch eine Verbreiterung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen an der Verringerung weiterhin bestehender Arbeitsmarktprobleme mitwirken. Ein größeres Angebot an Teilzeitarbeit erhöht die Flexibilität am Arbeitsmarkt, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erweitert die jetzt bestehenden Wahlmöglichkeiten für einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand (Teilrente).

51. Die Bundesregierung hält es insbesondere in der jetzigen Lage begrenzter öffentlicher Mittel nicht für richtig, daß Unternehmen durch vorzeitige Freisetzung von älteren Arbeitnehmern Anpassungslasten auf die Sozialversicherung überwälzen, die sie eigentlich selbst tragen müßten.

52. Die Bundesregierung prüft z. Zt., mit welchen Maßnahmen eine Begrenzung der Ausgabenentwicklung in der Krankenversicherung herbeigeführt und einem Anstieg der Beitragssätze gegenwirkt werden kann. Außerdem erwartet die Bundesregierung, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen und Leistungserbringer durch eine beschleunigte Umsetzung der Regelungen der Gesundheitsreform zu einer Begrenzung der Ausgabenentwicklung beiträgt.

Regionalpolitik in Ost und West auf unterschiedliche Voraussetzungen ausrichten

53. Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) hat die Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und in wirtschaftsnahe regionale Infrastruktur in den neuen Ländern eindeutig Priorität. Für eine Übergangszeit gelten in Ostdeutschland — das als Ganzes GA-Fördergebiet ist — für gewerbliche Investitionen merklich höhere Fördersätze als in den alten Ländern sowie zusätzlich weitere Sonderregeln, z. B. vereinfachte Bewilligungsverfahren und erhöhte Kumulierungsmöglichkeiten mit anderen Investitionsbeihilfen.

In Regionen der neuen Länder, die in besonderem Maß von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind, können 1992 zur beschleunigten Schaffung von wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätzen und der Bereitstellung

einer leistungsfähigen wirtschaftsnahen Infrastruktur — wie schon 1991 — zusätzliche Finanzmittel aus dem GA-Sonderprogramm im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost eingesetzt werden.

Für die Förderung in den neuen Ländern stehen damit 1992 insgesamt 6,0 Mrd. DM Bundes- und Ländermittel zur Verfügung. Da diese Mittel nicht ausreichen werden, um die Förderung auf dem notwendigen hohen Niveau fortzuführen, ist die Bundesregierung bereit, die Mittel wegen der überragenden Bedeutung der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erhöhen, damit die neuen Bundesländer weiter Investitionszuschüsse bewilligen können. Außerdem werden alle Möglichkeiten genutzt, um in der Praxis stärker als bisher sachliche und räumliche Schwerpunkte bei strukturbessernden, wachstums- und beschäftigungswirksamen Vorhaben zu bilden.

Die regionalwirtschaftlichen Probleme in den neuen Ländern lassen sich nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Der regionalen Wirtschaftsförderung wird deshalb auch in absehbarer Zukunft eine große Bedeutung zukommen.

54. Als gezielte Hilfe für Regionen mit besonderen Anpassungsproblemen in den neuen Ländern wird eine spezifische Beratung zur Ansiedlungsförderung und Projektdurchführung als Teil der GA-Förderung geprüft. Damit sollen einzelne, besonders betroffene Regionen beim Aufbau von Wirtschaftsförderungsgesellschaften und der Ansiedlung privater Investoren sowie bei der Durchführung von regionalen Wirtschaftskonferenzen, in denen die Verantwortlichen der Region, die Länder und der Bund gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften konkret Maßnahmen und ihre Prioritäten für die Umstrukturierung der Region entwickeln, unterstützt werden.

55. Das Präferenzgefälle zugunsten der neuen Länder wird sowohl durch erhöhte Fördermöglichkeiten und verbesserte Mittelausstattung als auch durch die schrittweise Rückführung der Berlin- und der Zonenrandförderung sowie durch die Reduzierung des Regionalfördergebiets in den westdeutschen Bundesländern hergestellt.

56. In den alten Ländern stellen sich zusätzliche Aufgaben bei der Abfederung des absehbaren Strukturwandels in Kohleregionen und in Standorten, die vom Truppenabbau besonders betroffen sind. Für Kohlestandorte werden für ein zeitlich und regional begrenztes Sonderprogramm zusätzliche Haushaltsmittel des Bundes und der Länder in Höhe von insgesamt 400 Mio. DM bereitgestellt. Für die vom Truppenabbau besonders betroffenen Regionen hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft bekundet, ein regionales Sonderprogramm aufzulegen. Der Bund hat außerdem den Ländern in diesem Zusammenhang angeboten, für besonders betroffene Standorte in strukturschwachen Gebieten zusätzliche Mittel im Rahmen der Städtebauförderung bereitzustellen. Darüber hinaus wird der Bund bisher militärisch genutzte Liegenschaften mit Preisnachlässen an Länder und Gemeinden — je nach Verwendungszweck bis zu 50 % in den alten Bundesländern und 75 % in den neuen Bundesländern — abgeben.

In der Wohnungsbaupolitik neue Akzente setzen

57. In den neuen Bundesländern wird der erste Schritt der Mietenreform die Wohnungswirtschaft und die privaten Vermieter im Jahre 1992 bei der Bewirtschaftung spürbar entlasten. Allerdings bleiben die Spielräume für eine durchgreifende Instandsetzung des Wohnungsbestandes vorerst begrenzt.

Die Bundesregierung wird deshalb 1992 die besondere Förderung des Wohnungswesens in den neuen Bundesländern fortsetzen. Dazu gehören neben steuerlichen Vergünstigungen für Neubau- und Bestandsinvestitionen insbesondere Bundesmittel in Höhe von 1 Mrd. DM für den sozialen Wohnungsbau, die auch für Sanierung und Modernisierung genutzt werden können, sowie Zuschüsse im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost für die Verbesserung des Gebäudebestandes und Bürgschaften zur Absicherung von Krediten. Besondere Bedeutung kommt der Privatisierung des ehemals staatlichen Wohnungsbestandes zu. Hierfür erhalten Erwerber Zuschüsse. Modellvorhaben des Bundes werden zeigen, inwieweit die bisherigen Mieter als Wohnungseigentümer die Verbesserung ihrer Wohnsituation selbst in die Hand zu nehmen bereit sind. Der Bund bietet neben den für die Erwerber gewährten Zuschüssen ab 1992 einen zusätzlichen Privatisierungsanreiz an: Wenn das Land beim Verkauf von Wohnungen die darauf ruhenden Altschulden teilweise übernimmt, beteiligt sich der Bund zur Hälfte am darauf lastenden Kapitaldienst. Für 1992 stellt der Bund hierfür 450 Mio. DM zur Verfügung.

58. Für die alten Bundesländer will die Bundesregierung mit dem im Herbst 1991 beschlossenen wohnungspolitischen Konzept die Lage am Wohnungsmarkt erleichtern. Der Eigenheimbau soll durch eine Verbesserung der steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten und die befristete Einführung eines Schuldzinsenabzugs gefördert werden. Außerdem werden die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau im Jahre 1992 um fast 1 Mrd. DM ausgeweitet. Der wesentliche Teil dieser Ausweitung ist für ein Sonderprogramm bestimmt, das vor allem in Ballungsgebieten einen Beitrag zur Lösung der Wohnungsprobleme insbesondere junger Familien leisten soll. Vorgesehen ist eine geringere Förderintensität, die die Zahl der mit den verfügbaren Haushaltsmitteln förderbaren Wohnungen beträchtlich steigert und dabei höhere als die bisher im sozialen Wohnungsbau üblichen Bewilligungsmieten zugrundelegt. Darüber hinaus unterstützt der Bund den sozialen Wohnungsbau durch die um 50 % verbilligte Abgabe von Bundesgrundstücken. Zugleich sind die Länder gefordert, das Instrument der Fehlbelegungsabgabe intensiver zu nutzen, um ungerechtfertigte Subventionsvorteile abzubauen. Das Interesse an Investitionen im privaten Miet- und Werkwohnungsbau soll dadurch gesteigert werden, daß Mietgleitklauseln zugelassen werden, sofern der Vermieter langfristig auf sein Kündigungsrecht verzichtet. Zur Vermeidung zu starker Mietsteigerungen in Einzelfällen wird die zulässige Anpassung niedriger Mieten an die Vergleichsmieten vorübergehend verringert.

59. Die steigende Wohnungsnachfrage erfordert eine aktive Baulandpolitik. Die Ausweisung von Wohnbauland muß — wie in früheren Jahren — wieder zu einer vorrangigen Aufgabe der Kommunen werden. Länder und Gemeinden können mit der befristet geltenden „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ ein wirksames bodenpolitisches Instrumentarium nutzen, das 1990 mit dem Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz wieder eingeführt wurde, um den Gemeinden ein Planungs- und Durchführungsinstrument zur Schaffung von neuen Ortsteilen und zur Wiedernutzung großer brachliegender Flächen an die Hand zu geben. Die Bundesregierung setzt sich deshalb für die Übernahme dieser „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ in das Dauerrecht des Baugesetzbuches ein.

60. Angesichts der künftigen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt und der begrenzten finanziellen Spielräume von Bund, Ländern und Gemeinden wird die Bundesregierung eine Experten-Kommission einsetzen, die auf Basis einer umfassenden Analyse Vorschläge für eine effiziente Nutzung wohnungspolitischer Instrumente ausarbeiten soll.

Das Energiekonzept der Bundesregierung

61. Die Bundesregierung hat im Dezember 1991 ihr neues energiepolitisches Gesamtkonzept „Energiepolitik für das vereinte Deutschland“ verabschiedet (BT-Drucksache 12/1799). Das Konzept trägt den grundlegenden Veränderungen des energiepolitischen Umfelds Rechnung, die durch die Vereinigung Deutschlands, die Risiken des Treibhauseffekts, die Fortschritte der europäischen Integration und die Umwälzungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa eingetreten sind. Die energiepolitischen Ziele — Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung — sind angesichts der veränderten Probleme neu zu gewichten.

62. Für Grundfragen der langfristigen Energiepolitik sind ein möglichst parteiübergreifender Konsens, die breite Unterstützung der Länder und Gemeinden, die Mitwirkung der Wirtschaft und die Akzeptanz der Verbraucher unerlässlich. Der Bundesminister für Wirtschaft wird im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Kommission aus unabhängigen Persönlichkeiten berufen, die zur Klärung von Konsensmöglichkeiten beitragen soll.

63. Nach der Übernahme der modernen energie-, umwelt- und bergrechtlichen Rahmenbedingungen der alten Bundesländer und der Einführung markt- bzw. kostenorientierter Preise liegen die zentralen Schwerpunkte der energiewirtschaftlichen Integration der neuen Bundesländer auf dem Fortgang der Privatisierung, der Umstrukturierung des Wärmemarktes und der Sanierung der Altlasten.

64. Ein breiter politischer Konsens besteht darüber, daß heimische Steinkohle und Braunkohle auch künftig im vereinten Deutschland zu einer sicheren Energieversorgung beitragen müssen. Der Versorgungs-

beitrag wird allerdings geringer sein als bisher. Zur Anpassung der Steinkohlepolitik an die veränderten Rahmenbedingungen ist in der Kohlerunde vom 11. November 1991 einvernehmlich ein weiterer langfristiger Kapazitätsabbau beschlossen worden, der u. a. die Rückführung des subventionierten Absatzes deutscher Steinkohle auf 50 Mio. t bis 2005 vorsieht, wobei dieses Ziel bereits im Jahr 2000 erreicht werden soll. Dabei wird eine Verstromungsmenge von 35 Mio. t pro Jahr von 1997 bis 2005 unterstellt.

65. Ein Schwerpunkt der Energie- und Umweltpolitik in den 90er Jahren ist die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Klimaschutzstrategie, in deren Mittelpunkt zunächst ein Konzept der Rückführung der Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) steht (vgl. Ziffer 91). Die Bundesregierung strebt an, diese Emissionen bis zum Jahr 2005 — bezogen auf 1987 — um 25 bis 30 % zu vermindern. Sie mißt marktwirtschaftlichen Instrumenten bei der Realisierung des CO₂-Minderungsziels und bei der Energieeinsparung eine große Bedeutung bei und plant deshalb, den CO₂-Ausstoß künftig finanziell zu belasten. Aus Gründen der ökologischen Wirksamkeit und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hält die Bundesregierung eine international abgestimmte Lösung für erforderlich. Sie unterstützt im Grundsatz die Initiative der EG-Kommission für eine umfassende europäische Strategie zur CO₂-Reduktion und für die Einführung einer EG-weiten kombinierten CO₂- /Energie- Steuer. Dabei ist es unabdingbar, daß das Aufkommen den Mitgliedstaaten zufließt und diese allein über die Verwendung entscheiden. Notwendig ist ferner, daß Spielräume für nationale Besonderheiten vorgesehen werden.

Um die wirtschaftlich vertretbaren CO₂-Reduktionspotentiale auszuschöpfen, setzt die Bundesregierung weitere energie- und umweltpolitische Instrumente ein. In Kraft sind schon Anreize zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung in den neuen Bundesländern, die Förderung der erneuerbaren Energien sowie die Intensivierung von Information und Beratung. Die Bundesregierung wird bei der Fortschreibung der Finanzpläne und im Zusammenhang mit der Einführung einer CO₂-Steuer/Abgabe entscheiden, inwieweit zusätzliche Fördermöglichkeiten für Energieeinsparung und für erneuerbare Energien geschaffen werden können. Auch der ordnungsrechtliche Rahmen wird angepaßt. Dazu gehören Maßnahmen wie z. B. die Verschärfung der Vorschriften der Wärmeschutzverordnung, der Heizungsanlagen- und Kleinf Feuerungsanlagenverordnung, der Erlaß einer Wärmenutzungsverordnung. Im Steueränderungsgesetz 1992 ist eine Erweiterung der steuerlichen Begünstigung der Kraft-Wärme-Kopplung vorgesehen. Darüber hinaus prüft die Bundesregierung Selbstverpflichtungs- und Kompensationsmodelle.

66. Die Kernenergie muß weiterhin einen substantiellen Beitrag zur Stromerzeugung leisten, solange andere vergleichbar versorgungssichere, umweltfreundliche und preisgünstige Energieträger nicht zur Verfügung stehen. Dabei gilt weiterhin der Vorrang der Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit. Kernenergie ist im Energieträgereinsatz eine Option, die gerade auch

unter CO₂-Aspekten von Bedeutung ist. Da die Nutzung der Kernenergie eine gesicherte Entsorgung erfordert, mißt die Bundesregierung den Endlagerprojekten hohe Priorität bei und setzt sich mit Nachdruck dafür ein, daß sie zügig verwirklicht werden. Für die Zukunft soll auch die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente als weitere Entsorgungsmöglichkeit zugelassen werden.

67. Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode den bestehenden Ordnungsrahmen fortentwickeln. Nach der Reform des Konzessionsabgabenrechts geht es vor allem um die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und die Weiterentwicklung des Atomrechts.

68. Die energiepolitischen Ziele können nur mit enger internationaler Zusammenarbeit erreicht werden. Hierzu gehören insbesondere Fortschritte in der europäischen Integration des Energiemarktes. In der Ost-West-Zusammenarbeit schafft die gesamteuropäische Energiecharta den Rahmen für eine vertiefte energiewirtschaftliche Kooperation (s. Ziffer 114).

III. Den Standort Deutschland für leistungsfähige Unternehmen verbessern

69. Für Beschäftigung und Wohlstand bleiben der Erhalt und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unverzichtbar. Die Effizienz der marktwirtschaftlichen Ordnung gründet sich wesentlich auf das Vorhandensein einer Vielzahl leistungsfähiger Unternehmen und Freier Berufe, die im Wettbewerb miteinander ständig neue Marktchancen suchen und gleichzeitig die Befriedigung des vielfältigen Bedarfs der Verbraucher zu möglichst günstigen Bedingungen sicherstellen. Eine ausgewogene Mischung zwischen großen, mittleren und kleinen Unternehmen sowie Freien Berufen ist wichtige Voraussetzung für eine sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft; dies gilt gerade auch für die sich neu herausbildende Unternehmensstruktur in den neuen Bundesländern.

Für eine optimale Wettbewerbslandschaft ist es von hoher Bedeutung, daß der Marktzutritt für neu auf dem Markt aktive Unternehmen aus dem In- und Ausland offenbleibt und bestehende Marktzutrittschranken abgebaut werden. Unter diesem Ziel stehen auch die Bemühungen der Bundesregierung um eine weitere Deregulierung.

Die Sicherung der Standortqualität als ständige Herausforderung begreifen

70. Die Qualitätspflege des Standorts Deutschland muß — so auch der Sachverständigenrat — Dauerauftrag an die Akteure der Wirtschaftspolitik bleiben (Ziffer 282 JG). Die Bewahrung und die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind unabdingbare Voraussetzungen für einen erfolgreichen

Aufholprozeß in den neuen Bundesländern. Der wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handlungsbedarf in diesem Bereich gewinnt zusätzliche Bedeutung vor dem Hintergrund sich mehrender Anzeichen, daß — in Anbetracht des weltweit wachsenden Kapitalbedarfs — auch in wichtigen Partnerländern verstärkte Bemühungen unternommen werden, potentiellen Investoren am heimischen Standort möglichst attraktive Standortbedingungen zu bieten. Angesichts der verstärkten Tendenz vieler Unternehmen zu weltweiten Strategien ist davon auszugehen, daß sich dieser Standortwettbewerb künftig noch verschärfen wird.

Die Bundesregierung wird — in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Verbänden, der Wirtschaft und mit den Sozialpartnern — das Thema „Standort Deutschland“ zu einem zentralen Thema dieses Jahrzehnts machen. Die Sicherung der Standortqualität ist gleichermaßen Herausforderung für den Staat, für die Unternehmen, Tarifparteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Entscheidend ist ein gesellschaftliches Klima, in dem wissenschaftlich-technischer Fortschritt gedeihen kann und unternehmerische Kreativität als Chance für die Lösung der Zukunftsaufgaben verstanden wird. Bei der Fortentwicklung der staatlichen Rahmenbedingungen ist es vor allem wichtig, die Leistungskraft, Investitionsfähigkeit und Innovationsbereitschaft der Wirtschaft zu erhalten und nicht durch eine weitere kumulative Belastung mit Steuern, sonstigen Abgaben und Vorschriften zu schwächen. Die Bundesregierung hält insbesondere knapp ein Jahr vor der Schwelle zum EG-Binnenmarkt an ihrer Absicht fest, bis Ende dieses Jahres das Gesetzgebungsverfahren über die Reform der Unternehmensbesteuerung zum Abschluß zu bringen. Durch sie sollen die Attraktivität des Standortes Bundesrepublik Deutschland gestärkt und die Investitionsbedingungen verbessert werden, um auf diese Weise Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb zu sichern (vgl. Ziffer 18). Außerdem ist es notwendig, daß die Lohnzusatzkosten stabilisiert werden, was gleichermaßen einen hohen Anspruch an die Entscheidungen der Tarifpartner und an den Gesetzgeber stellt.

Dynamik und Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft nutzen

71. Da kleine und mittlere Unternehmen sowie Freie Berufe maßgeblich zur hohen Dynamik und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft beitragen, muß in den neuen Bundesländern eine ausgewogene Größenstruktur der Unternehmen angestrebt werden. Der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt kommt hierbei ein besonderes Gewicht zu (vgl. Ziffer 36). Auch Existenzgründungen leisten einen erheblichen Beitrag zur Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern. Der Aufbau der mittelständischen Wirtschaft wird durch die allgemeinen Fördermaßnahmen sowie durch spezielle Programme wie z. B. die ERP-Programme und das Eigenkapitalhilfeprogramm erleichtert. Marketing und Vertrieb werden durch Beratung, Schulung und Hilfen für Messebeteiligungen gestärkt. Der Bund wird

zudem Innovationsprojekte kleiner und mittlerer Unternehmen fördern. Für in der Forschung und Entwicklung tätiges Personal werden Zuschüsse gewährt. Die industrielle Gemeinschaftsforschung wird weiter unterstützt. Außerdem werden erhebliche Mittel zur Restrukturierung und Übergangsfinanzierung industrieller Forschungspotentiale zur Verfügung gestellt (vgl. Ziffer 78).

72. Im Bereich des Handels und des Handwerks mißt die Bundesregierung der Stärkung des Mittelstandes bei der Entstehung einer ausgewogenen Struktur mit einer Vielfalt von Unternehmen, Geschäftstypen und Vertriebsformen eine große Bedeutung bei. Dabei sollte insbesondere durch eine Verbesserung des Angebots an Gewerbeflächen zur Entfaltung eines leistungsfähigen Handels und Handwerks sowohl in den Innenstädten als auch in neuerschlossenen Gewerbegebieten beigetragen werden.

73. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Freien Berufe — auch durch interdisziplinäre Zusammenarbeit — bereitet die Bundesregierung ein sogenanntes Partnerschaftsgesetz vor.

Deregulierung für mehr Wachstum und Beschäftigung

74. Der Abbau marktwidriger Regulierungen erschließt zusätzliche Wachstumsfelder, schafft insbesondere Freiräume für den Mittelstand und die Freien Berufe. Er ist daher eine wichtige Grundlage der auf Wettbewerb ausgerichteten marktwirtschaftlichen Politik der Bundesregierung.

75. Auf der Grundlage des Berichts der unabhängigen Deregulierungskommission wird derzeit von einer Arbeitsgruppe aus Abgeordneten der Koalitionsparteien beraten, welche weiteren Deregulierungen in den Bereichen Versicherungswesen, Verkehrswesen, Stromwirtschaft, Technisches Prüfungs- und Sachverständigenwesen, Märkte für Rechts- und Wirtschaftsberatung, Handwerk und Arbeitsmarkt vorgenommen werden sollten. Die Vorschläge sollen im Frühjahr 1992 vorliegen. Auf deren Grundlage wird die Bundesregierung unverzüglich entsprechende Initiativen ergreifen.

Die Bundesregierung prüft die Zulassung einer gewerbsmäßigen privaten Arbeitsvermittlung. Sie wird bis Mitte 1992 über die Frage der Kündigung des Übereinkommens Nr. 96 der Internationalen Arbeitsorganisation entscheiden.

76. Der Bundesminister für Post und Telekommunikation wird 1992 unter besonderer Berücksichtigung des Infrastrukturausbaus in den neuen Bundesländern eine weitere bundesweite Lizenz für digitale zellulare Mobilfunkdienste im 1,8 GHz-Bereich aus schreiben. Eine darüber hinausgehende Öffnung dieses Frequenzspektrums für den Mobilfunk soll erfolgen, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen für die Vergabe von Frequenznutzungsrechten durch ein

Bietverfahren geschaffen worden sind. Diese Initiativen haben das Ziel, die wachsende Nachfrage nach mobiler Kommunikation unter Bedingungen eines möglichst wirksamen Wettbewerbs zu befriedigen.

Mit Forschungs- und Technologiepolitik neue Herausforderungen bewältigen

77. Mit ihrer Forschungs- und Technologiepolitik fördert die Bundesregierung vor allem die Grundlagen- und Vorsorgeforschung sowie Schlüsseltechnologien, deren Bedeutung weit über einzelne Unternehmen und Branchen hinausgeht. Der Förderung des innovativen Potentials mittelständischer Unternehmen gilt besondere Aufmerksamkeit. Verstärkte Anstrengungen sind notwendig, um den Wissens- und Technologietransfer zu beschleunigen und zu verbreitern sowie bestehende Kenntnisse besser zu bewerten. Besonders im mittelständischen Bereich sollten hierfür die Kräfte bei den Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen kooperativ gebündelt werden.

78. In den neuen Bundesländern sollen leistungsfähige marktorientierte Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, die wesentliche Voraussetzungen für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bieten, erhalten bleiben. Die Bundesregierung leistet deshalb für eine Übergangszeit insbesondere mit der Finanzierung von Forschungsprojekten, der Anregung von Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus den alten und den neuen Ländern, der Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung und von Technologie- und Gründerzentren sowie der Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen einen erheblichen Beitrag. Für die aus den ehemaligen Kombinat en ausgegliederten leistungsfähigen Forschungs-GmbHs stellt die Bundesregierung 1992 zur Übergangsfinanzierung 180 Mio. DM zur Verfügung. Darüber hinaus wird eine leistungsfähige öffentliche Forschungsinfrastruktur aufgebaut, auf die die Unternehmen zurückgreifen können. Hilfe leistet die Bundesregierung auch beim Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen für Technologietransfer und Innovationsförderung, die bei geeigneten Trägereinrichtungen wie z. B. Industrie- und Handelskammern angesiedelt werden. Die marktorientierte Forschung und Entwicklung muß auch in den neuen Bundesländern letztlich jedoch durch die Wirtschaft selbst aufgebaut und erhalten werden, da nur in den Unternehmen die Kenntnisse und Markterfahrungen vorhanden sind, um die notwendigen Schwerpunkte zu setzen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei ein noch stärkeres Engagement der Unternehmen aus den alten Bundesländern.

79. Angesichts der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und des sich verstärkenden internationalen Wettbewerbs sind die Unternehmen gefordert, der Entwicklung neuer Technologien und deren Umsetzung im Markt besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Kooperationen im Bereich der Forschung und Entwicklung, wie z. B. im Rahmen der EUREKA-Initiative oder der EG-Forschungsprogramme, sollten

dafür verstärkt genutzt werden. Dabei sollten zunehmend auch Unternehmen aus den neuen Bundesländern in diese Kooperation einbezogen werden.

IV. Ökologische Herausforderung annehmen

80. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Wirtschaftliches Wachstum darf nicht zu einer zunehmenden Belastung der Umwelt führen und ihre Aufnahme- und Regenerationsfähigkeit überfordern. Eine langfristig orientierte Politik muß auch künftigen Generationen Freiräume für ihre Entwicklung erhalten und neuen globalen Herausforderungen wie dem Klimaschutz oder dem Schutz der Ozonschicht Rechnung tragen.

Die vergleichsweise hohen Umweltschutznormen der Bundesrepublik Deutschland sind unverzichtbar. Zumindest in den europäischen Industrieregionen stellen sich die Aufgaben des Umweltschutzes letztlich gleichartig, so daß sich die frühzeitige Durchführung notwendiger technischer und struktureller Anpassungsprozesse als Vorteil erweisen kann. Von einer konsequenten Umweltpolitik können im übrigen innovative Impulse zur Fortentwicklung der Umwelttechnologie ausgehen, die als Wachstumssektor eine immer größere wirtschaftliche Bedeutung erlangt.

Anpassung von Produzenten und Verbrauchern an neue ökologische Erfordernisse erfolgen in keinem anderen Wirtschaftssystem so rasch und umfassend wie in der Marktwirtschaft. Die Bundesregierung sieht es daher wie der Sachverständigenrat als eine wichtige Aufgabe der Umweltpolitik an, den notwendigen umweltrechtlichen Ordnungsrahmen um Maßnahmen zu ergänzen, die den Marktteilnehmern die Umweltknappheit signalisieren. Sie ist, entsprechend der Auffassung des Sachverständigenrates, bestrebt, „wenn immer möglich marktwirtschaftliche Instrumente zur Erreichung ökologischer Zielsetzungen einzusetzen“ (Ziffer 417 JG).

Das ökologisch Notwendige zum ökonomisch Vorteilhaften machen

81. Eine vordringliche Aufgabe dieser Legislaturperiode ist es, die ökologische Dimension unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz zu verankern. Der Gedanke der Umweltvorsorge ist nicht nur in alle gesetzgeberischen, sondern auch in die verbrauchs- und produktionsbezogenen Entscheidungen stärker einzubeziehen.

82. Die Bundesregierung unterstreicht dabei die Bedeutung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative für fortschrittlichen Umweltschutz. Sie wird die Entwicklung zu einem als Selbstverpflichtung verstandenen Umweltmanagement durch verlässliche Rahmenbedingungen fördern. Durch den „Markt als Entdeckungsverfahren“ kann das ökonomische Potential des in Produktionsverfahren und Produkt-

eigenschaften integrierten Umweltschutzes umfassend genutzt werden. Öko- oder Stoffbilanzen, die einen Vergleich der Umweltauswirkungen verschiedener Einsatzstoffe und Produkte ermöglichen, sind ein vielversprechender Ansatz für Umweltschutz in Eigenverantwortung der Unternehmen.

83. Die Bundesregierung begrüßt daher internationale Initiativen der Wirtschaft wie die Entwicklung des sogenannten „Umwelt-Audit“, eines Konzeptes der Internationalen Handelskammer, das den Unternehmen einen Leitfaden für die Vorgaben betrieblicher Umweltschutzprüfungen auf freiwilliger Basis gibt, und die Erarbeitung einer Umweltcharta auf der 2. Weltindustriekonferenz für Umweltmanagement.

84. Die Bedingungen für die Nutzung von Umweltressourcen sind so zu setzen, daß ihre Inanspruchnahme für die Unternehmen eine betriebswirtschaftliche Kostenkomponente und für die Konsumenten eine ausgabenwirksame Preiskomponente wird. Dann liegt der sparsame Umgang mit diesen Ressourcen im Eigeninteresse aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten; Umwelt ist künftig ebenso bedeutend wie die klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden.

85. Bei Vorhaben im Umweltbereich strebt die Bundesregierung aus Gründen der ökologischen Wirksamkeit und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft internationale Lösungen an. Sie wird darauf achten, daß sich die Belastungen der Wirtschaft insgesamt nicht erhöhen werden.

Die Umweltbelastung in den neuen Bundesländern zurückführen

86. Neben der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands wird auch die ökologische Einheit verwirklicht. Die Gewährleistung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen ist ein wichtiges Gebot politischen Handelns in den neuen Bundesländern. Ziel ist die Herstellung gleichwertiger ökologischer Lebensverhältnisse. Die Umweltqualität stellt auch eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Erneuerung dar. Die ökologische Vorbelastung eines Standortes bestimmt den Spielraum für private Investitionsentscheidungen und bildet die Grundlage für die Entwicklungsplanung der Gebietskörperschaften. Jede neue Maschine, jedes neue Kraftwerk und jede modernisierte Wohnung bedeuten geringeren Energieverbrauch, sparsamere Nutzung von Rohstoffen und weniger Schadstoffe.

Die Verbesserung der Qualität von Luft, Wasser und Boden in den neuen Bundesländern erfordert, daß neue Anlagen nach dem Stand der Technik errichtet und Altanlagen möglichst bald entsprechend nachgerüstet werden. Der Abbau von Investitionshemmnissen hilft daher auch der Umwelt. Das nun auch in den neuen Bundesländern geltende Umweltrecht setzt hierfür den Rahmen. Notwendig ist, daß die neuen Bundesländer die erforderlichen Genehmigungen für Neuanlagen zügig erteilen und wesentliche Änderungen bestehender Anlagen zur Verminderung der

Umweltbelastung ohne Verzögerungen durchsetzen.

Schwere ökologische Schäden beeinträchtigen nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern. Die Altlastenproblematik in den neuen Bundesländern muß dringend gelöst werden. Dieser Aufgabe müssen sich Wirtschaft und öffentliche Hand gleichermaßen widmen, um einerseits Gefahren für Gesundheit und Umwelt rasch zu beseitigen und andererseits ein großes Investitions- und Privatisierungshemmnis aus dem Weg zu räumen. Dazu gehört, daß die neuen Länder möglichst rasch über die Anträge zur Freistellung von Haftungsrisiken bei Umweltaltlasten entscheiden.

87. Mit der Konzentration der öffentlichen Mittel für Umweltschutzmaßnahmen auf die neuen Länder trägt die Bundesregierung der Notwendigkeit Rechnung, die Mittel vorrangig dort einzusetzen, wo sie vergleichsweise viel bewirken. Förderschwerpunkte des Umweltschutzsophortprogramms der Bundesregierung bilden Maßnahmen im Bereich der Trinkwasserversorgung, der Abwasserbehandlung und der Deponiesicherung sowie Maßnahmen zur Umstellung der Energieversorgung.

Abfallwirtschaft als integralen Teil der Marktwirtschaft begreifen

88. Mit ihren abfallpolitischen Maßnahmen wird die Bundesregierung auf drei Ebenen ansetzen. An erster Stelle wird sie auf eine Verlängerung der Lebensdauer von Gütern und Stoffen und auf die Vermeidung überflüssiger Verpackungen hinwirken, um so Ressourcen zu schonen (Abfallvermeidung). An zweiter Stelle steht die stoffliche Abfallverwertung, d. h. die Bewirtschaftung der Abfälle im Sinne einer Wiedernutzung der Ressourcen. Drittens ist es Aufgabe der Abfallpolitik, langfristig die umweltverträgliche Entsorgung der nicht verwertbaren Abfälle zu sichern. In der Abfallwirtschaft sollten möglichst Entscheidungsspielräume erhalten bleiben. Dabei sollen durch Marktpreise, die sich an tatsächlichen Knappheiten (z. B. am Deponieraum) orientieren, den Produzenten und Konsumenten Signale für ihr Handeln gegeben werden. In diesem Sinne wird die Bundesregierung 1992 einen Entwurf zur Novellierung des Abfallgesetzes vorlegen.

89. Mit der Verpackungsverordnung, die Raum für eine markt- und wettbewerbsrechtlich konforme Lösung läßt, hat die Bundesregierung die Verantwortung der Produzenten und Konsumenten bereits deutlich gemacht. Sie gibt der Wirtschaft Gelegenheit, praktische Umweltvorsorge in eigener Verantwortung zu beweisen.

90. Zu den wichtigsten Vorhaben auf dem Gebiet der Abfallpolitik gehört die Einführung einer Abfallabgabe. Sie soll dem Ziel der Abfallvermeidung, der Abfallverwertung und der Reduzierung der Schadstoffgehalte dienen. Die Bundesregierung wird bei der Ausgestaltung darauf achten, daß die Einführung einer solchen Abgabe ökonomisch vertretbar sein muß.

Umfassende Klimaschutzstrategie sowohl national als auch international umsetzen

91. In Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat unterstreicht die Bundesregierung, daß eine umfassende Klimaschutzpolitik sinnvoll nur bei einer breiten internationalen Abstimmung vorgenommen werden kann (Ziffer 412 JG). Ihre umfassende Strategie zum Schutze des Klimas ist im Beschluß der Bundesregierung zur Reduzierung der energiebedingten CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland vom 11. Dezember 1991 sowie in ihrem neuen energiepolitischen Gesamtkonzept (BT-Drucksache 12/1799) ausführlich dargelegt (vgl. Ziffer 65).

92. Im Verkehrssektor sieht die Bundesregierung ähnlich wie der Sachverständigenrat eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe in den nächsten Jahren darin, den Verkehrsnutzern die von ihnen verursachten Kosten — ggf. unter Anwendung neuer technischer Erfassungsmethoden — anzulasten und dabei nicht nur die Kosten der Infrastruktur, sondern auch externe Kosten wie z. B. Umweltkosten mit zu berücksichtigen (Ziffer 415 JG). Sie wird sich von dem Ziel leiten lassen, auf eine umweltverträgliche Mobilität hinzuwirken, die sich möglichst viele Menschen leisten können. Einen wichtigen Beitrag hierzu wird die Kfz-Steuer leisten; sie soll in eine emissionsabhängige Steuer umgewandelt werden, die neben der unterschiedlichen Größe der Fahrzeuge die Lärm-, Luftschadstoff- und CO₂-Emissionen als Bemessungsgrundlage umfaßt und insgesamt aufkommensneutral ausgestaltet sein wird.

Für eine weltweite Umweltpartnerschaft

93. Die Bundesregierung mißt der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Brasilien hohe Bedeutung bei und wird zusammen mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft auf einen erfolgreichen Abschluß hinwirken. Ziel ist eine verstärkte zwischenstaatliche Kooperation zur Förderung eines umweltverträglichen, nachhaltigen Wachstums in allen Ländern. Neben dem breiten Spektrum von Umweltthemen sollen auch Querschnittsthemen, wie z. B. die Wechselwirkung von Unterentwicklung, Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung und damit auch Fragen der Interdependenz von Umwelt- und Wirtschaftspolitik behandelt werden. Anläßlich der Konferenz sollen die Weltklimakonvention und die Konvention zum Schutze der biologischen Vielfalt gezeichnet sowie eine globale Übereinkunft zur Bewirtschaftung, Erhaltung und Entwicklung der Wälder aller Klimazonen verabschiedet werden. Angestrebt wird ferner ein globaler Konsens über Rechte und Pflichten aller Staaten im Umweltbereich und über ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Im Rahmen der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Tropenwaldländern unterstützt die Bundesregierung mit einem jährlichen Betrag von rund 300 Mio. DM die Erhaltung ursprünglicher Tropenwald-Ökosysteme und die Entwicklung umweltverträglicher Formen der Tropenwaldbewirtschaftung.

94. Die Internationalisierung der Märkte und die Intensivierung der weltweiten Handelsbeziehungen führen dazu, daß ökologisch problematische Produkte nicht auf das Herstellungsland beschränkt bleiben, sondern weltweite Verbreitung finden. Nationale Umweltschutzmaßnahmen sollten so ausgestaltet werden, daß sie den internationalen Handel nicht nachteilig beeinflussen. Die Bundesregierung mißt daher der Behandlung dieser Fragen im Internationalen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) große Bedeutung zu.

C. Wachsende Verantwortung für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und die internationale Zusammenarbeit

95. Die Bundesrepublik Deutschland wird auch 1992 ihren Beitrag zu einer weiteren gedeihlichen Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen leisten. Die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes steht unmittelbar bevor. Mit dem Gipfel von Maastricht ist der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union in Europa unumkehrbar geworden. Die Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten wird im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) intensiver gestaltet. Die Einführung der Marktwirtschaft in Mittel-, Ost- und Südosteuropa muß durch entschlossene Schritte der Staaten selbst und durch gemeinsame Beiträge der westlichen Welt vorangetrieben werden. Die Verhandlungen der Uruguay-Runde des GATT müssen bis Ende April abgeschlossen sein. Mit der Ausrichtung des Wirtschaftsgipfels 1992 in München übernimmt die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für die Zusammenarbeit der wichtigsten Industrienationen in weltwirtschaftlichen Fragen.

I. Europäische Integration weiter voranbringen

Binnenmarkt

96. Die Bundesregierung sieht in der Verwirklichung des Binnenmarktes ein wesentliches Element für die Verbesserung der Wachstumschancen in ganz Europa. Sie setzt sich mit Nachdruck dafür ein, daß zum Ende des Jahres 1992 alle Grenzkontrollen unter den Mitgliedstaaten beseitigt und die dafür noch erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden. Außerdem wird sie darauf achten, daß der Binnenmarkt nach innen und außen offen gehalten wird. Damit wird er gleichzeitig eine unverzichtbare Voraussetzung für die Wirtschafts- und Währungsunion sowie für die Politische Union. Das bisher Erreichte läßt einen weitgehend termingerechten Abschluß des Binnenmarktprogramms erwarten.

97. Nach der wichtigen Einigung zu dem politischen schwierigen Thema der Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchsteuern wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß bei der Umsetzung dieser Entscheidung in nationales Recht nicht vermehrte bürokratische Belastungen für Wirtschaft und Verwaltung entstehen. Ziel der Bundesregierung ist es, daß nach einer Übergangsphase das Ursprungslandsprinzip für die Mehrwertsteuer eingeführt wird. Die Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung der Zulassung von Arzneimitteln müssen zügig abgeschlossen werden. Im Versicherungssektor werden die vorgelegten Vorschläge für die Schadens- und Lebensversicherung zu einer Liberalisierung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen führen. Die Bundesregierung wird dies zum Anlaß nehmen, zu prüfen, ob

die Anlagemöglichkeiten für Versicherungsunternehmen auch im Hinblick auf eine Stärkung des Finanzplatzes Deutschland nochmals erweitert werden sollen. Die Bundesregierung setzt sich nachdrücklich für eine gemeinschaftliche Lösung der fiskalischen Wettbewerbsbedingungen im Güterkraftverkehr in der Europäischen Gemeinschaft ein.

Mit der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion gemeinsam den Weg zu einem vereinten Europa gehen

98. Mit dem Europäischen Rat vom 9./10. Dezember 1991 in Maastricht ist eine grundlegende Weichenstellung für die Zukunft Europas erfolgt; der Weg zur Europäischen Union zwischen den Völkern Europas ist fest vorgezeichnet. Ein Kernziel deutscher Europapolitik wird in die Tat umgesetzt; mit dem Ergebnis werden die Gemeinschaft um einen entscheidenden Schritt vorangebracht und gleichzeitig wesentliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland gewahrt. Die Bundesregierung wird unverzüglich damit beginnen, die ehrgeizigen Vorhaben von Maastricht in den verschiedensten Bereichen Stück für Stück in die Tat umzusetzen.

99. Mit dem Vertragsteil über die Politische Union werden neue Bereiche in Gemeinschaftskompetenz überführt. Die Bundesregierung wird sich weiter dafür einsetzen, daß die Politische Union rasch an Substanz gewinnt. Sie baut dabei auf den dynamischen Prozeß der politischen Einigung Europas. Bei der Stärkung der Rechte des Parlaments sind Fortschritte erreicht worden. So werden Mitentscheidungsbefugnisse neu eingeführt, die insbesondere für den Binnenmarkt, die Freizügigkeit, das Niederlassungsrecht, den Verbraucherschutz, die Forschungs- und Technologiepolitik und die Leitlinien für die transeuropäischen Netze gelten. Die Bundesregierung wird sich weiter für eine verstärkte Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments einsetzen.

Im Vertrag wird das Subsidiaritätsprinzip klar und gerichtlich nachprüfbar verankert. Damit wird sichergestellt, daß sich die Gemeinschaft auf ein föderal aufgebautes Europa hin entwickelt.

In der Außen- und Sicherheitspolitik wurden wichtige Weichenstellungen zu einer schrittweisen gemeinsamen Politik getroffen, die es jetzt zu nutzen gilt.

Die Möglichkeit zu industriepolitischen Maßnahmen bleibt ausdrücklich in das Prinzip eines offenen Marktes eingebunden; Maßnahmen mit wettbewerbsverzerrenden Wirkungen werden ausgeschlossen. Auch im Festhalten an der Einstimmigkeit bei industriepolitischen Fragen sieht die Bundesregierung eine Garantie dafür, daß die im Vertrag verankerte

Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb und offenen Märkten in allen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen der Union gewahrt bleibt.

Im Bereich transeuropäische Netze für Energie, Telekommunikation und Verkehr kann die Gemeinschaft Orientierungen für Infrastrukturpläne geben und auch Finanzmittel für Durchführbarkeitsstudien, Zinsbonifikationen und Anleihebürgschaften bereitstellen. Mit einem einzurichtenden Kohäsionsfonds kann die Gemeinschaft Vorhaben in den Bereichen Umwelt und Verkehrsinfrastruktur in den am wenigsten wohlhabenden Mitgliedstaaten finanziell unterstützen.

Im Bereich der Sozialpolitik wurde ein neues Fundament für die Soziale Dimension Europas geschaffen. Elf Mitgliedstaaten können jetzt durch Mehrheitsentscheidungen u. a. zu Regelungen der Arbeitsbedingungen, bei der Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer sowie der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz beschließen. In Bereichen wie soziale Sicherheit, Kündigungsschutz sowie kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen und der Mitbestimmung ist weiterhin Einstimmigkeit erforderlich. Die Einigung von Maastricht stärkt beträchtlich die Rolle der Sozialpartner. Diese Vereinbarungen von Maastricht bringen fühlbare Fortschritte für die einzelnen Arbeitnehmer. Gleichwohl ist sichergestellt, daß kleine und mittlere Unternehmen durch eine besondere Klausel vor bürokratischen und finanziellen Belastungen geschützt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß sich auch Großbritannien in absehbarer Zeit den neuen Bestimmungen anschließt.

100. Durch die Beschlüsse von Maastricht wird der Weg zur Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion klar vorgezeichnet und unwiderlich festgelegt. Der Vertragstext trägt den deutschen Forderungen in den entscheidenden Punkten Rechnung. Die bewährte Stabilitätspolitik der Bundesrepublik wird damit zum Leitmotiv für die zukünftige europäische Wirtschafts- und Währungsordnung.

101. Zentrale Vorbedingung für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ist die nachprüfbar wirtschaftliche Konvergenz in den Mitgliedstaaten. Die entsprechenden Kriterien zur Teilnahme an der Währungsunion sind strikte Preisniveaustabilität, solide Staatsfinanzen, Konvergenz der langfristigen Zinssätze und eine stabile Position im europäischen Währungssystem in den letzten zwei Jahren vor Eintritt in die Währungsunion.

Die künftige europäische Zentralbank wird ihre Geldpolitik nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank unabhängig von Weisungen politischer Instanzen gestalten können, wobei sie vorrangig auf das Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet ist. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß der Sitz der Europäischen Zentralbank in die Bundesrepublik Deutschland kommt.

102. Die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wird nach Ratifikation des Vertragswer-

kes durch die Mitgliedstaaten am 1. Januar 1994 beginnen. Gleichzeitig wird das Europäische Währungsinstitut errichtet, wobei aber die festgelegten Aufgaben eine eigene geld- und währungspolitische Kompetenz ausschließen.

103. Bis spätestens Ende 1996 entscheiden die Staats- und Regierungschefs, ob eine Mehrheit der Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erfüllt, was dann auch die Festlegung eines entsprechenden Termins ermöglicht. Wenn dies nicht der Fall ist, beginnt die Endstufe am 1. Januar 1999 zwischen den Ländern, die die Konvergenzkriterien erfüllen.

104. Für die Bundesregierung besonders wichtig ist es, daß für die Wirtschaftsunion der Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb vertraglich verankert wurde. Die Verantwortung für die nationale Wirtschaftspolitik bleibt dabei weiterhin bei den Regierungen der Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung wird den verstärkten Koordinierungszwang für die nationale Wirtschaftspolitik nutzen, um dem Erfordernis einer vertieften Integration Rechnung zu tragen.

105. Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Währungsunion ist eine ausreichend gesicherte wirtschaftliche Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung wird daher in den kommenden Jahren konsequent auf diese Konvergenz hinwirken. Die Erfüllung der im Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien erfordert in zahlreichen Mitgliedstaaten durchgreifende Anpassungsmaßnahmen. Auch die Bundesrepublik Deutschland wird erhebliche Anstrengungen unternehmen, um trotz der außergewöhnlichen Belastungen durch die Wiedervereinigung diese Voraussetzungen zu erfüllen.

Eine gemeinsame Währung in Europa wird den Austausch von Waren und Dienstleistungen zusätzlich erleichtern, die Investitionsbereitschaft durch verlässliche Kalkulationsgrundlagen stärken und somit Wachstum und Beschäftigung bei uns und bei unseren Nachbarn fördern. Die Bundesregierung hat in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank in den Verhandlungen erreicht, daß die unabdingbaren Voraussetzungen für stabiles Geld in Europa im Unions-Vertrag verankert wurden. Eine weisungsunabhängige Europäische Zentralbank, die vorrangig der Stabilität verpflichtet ist, und Regeln für die Gestaltung einer soliden Haushaltspolitik schaffen gute Voraussetzungen dafür, daß die künftige europäische Währung der Stabilität der D-Mark nicht nachsteht.

Europäischer Wirtschaftsraum

106. Die Bundesregierung mißt dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), in dessen Rahmen mit den EFTA-Staaten ab 1. Januar 1993 auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit binnenmarktmäßliche Verhältnisse geschaffen werden sollen, als wichtigem Beitrag zum geeinten Europa und wegen der Vorteile für die

Wirtschaft große Bedeutung zu. Durch die Ausdehnung der Harmonisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen des Binnenmarktes auf die EFTA-Staaten ergeben sich zusätzliche Marktchancen, eine verbesserte Wettbewerbsstellung unserer Wirtschaft sowie eine höhere Mobilität für Arbeitnehmer, Unternehmen und Kapital in einem Wirtschaftsraum von annähernd 380 Millionen Menschen.

II. Uruguay-Runde

107. Für die Weltwirtschaft ist ein Erfolg der Uruguay-Runde und damit die Stärkung des Welthandelssystems unbedingt erforderlich. Die Bundesregierung bekräftigt daher ausdrücklich die Aussagen des OECD-Ministerrates, des Europäischen Rates, insbesondere aber des Wirtschaftsgipfels in London, daß „keine Frage weitreichendere Implikationen für die Zukunftsaussichten der Weltwirtschaft hat als der erfolgreiche Abschluß der Uruguay-Runde“. Die Weltwirtschaft braucht gerade in der derzeitigen schwierigen Konjunkturlage ein Signal der Ermutigung. Ein erfolgreicher Abschluß der Uruguay-Runde wäre ein solches Signal. Die Bundesregierung tritt deshalb uneingeschränkt dafür ein, daß ein ausgewogenes Paket von Verhandlungsergebnissen in den wichtigsten Verhandlungsbereichen erreicht werden kann. Die Bundesregierung hat die EG-Kommission als Verhandlungsführer der Gemeinschaft nachdrücklich ermutigt, alles zu unternehmen, damit die politischen Entscheidungen für einen Abschluß der Uruguay-Runde bis zum Frühjahr getroffen werden.

108. Ein Erfolg der Verhandlungen wird die weitere Markttöffnung in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern, den Prozeß der Umstellung ihrer Wirtschaften auf marktorientierte Strukturen und ihre Integration in die Weltwirtschaft wirkungsvoll unterstützen. Auch die Entwicklungsländer sind auf offene Märkte für ihre Produkte angewiesen. Nur durch wachsende Integration in den Welthandel kann es den Entwicklungsländern gelingen, ihre Entwicklungsprobleme, insbesondere aber ihre Verschuldungslage, zu nehmen in den Griff zu nehmen.

III. Den Reformprozeß in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unterstützen

109. Die grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern hinterläßt in der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder tiefe Spuren. Eine Stabilisierung und eine dauerhafte Verbesserung der Lage in den betroffenen Volkswirtschaften ist nur zu erwarten, wenn die Umwandlung der bisherigen Systeme in ein marktwirtschaftliches Ordnungssystem konsequent angegangen und zielstrebig verwirklicht wird.

Die Bundesregierung tritt dafür gemeinsam mit ihren Partnern ein, daß die erstmals auf dem Pariser Gipfel 1989 zugesagte Unterstützung des Reformprozesses zu einer demokratischen und marktwirtschaftlichen

Ordnung in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Rahmen der Gruppe G 24 (OECD-Staaten unter Vorsitz der EG-Kommission) fortgesetzt wird.

110. Die Bundesregierung stellt zur Überwindung der unmittelbaren Versorgungsschwierigkeiten — vor allem über die EG — humanitäre Hilfe (u. a. Nahrungsmittel, Medikamente) bereit. Darüber hinaus ist es wichtig, daß umfassende Hilfe sowie Beratung zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierungsprozesse geleistet wird. Die Bundesregierung setzt sich für eine national wie international abgestimmte Beratung und einen intensiven Erfahrungsaustausch in allen relevanten wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ein. Es geht hierbei vor allem um den Aufbau eines neuen Ordnungsrahmens (Gesetze, Institutionen, Verwaltung, Rechtswesen und Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft), eine verbesserte Effizienz der Unternehmen insbesondere durch Privatisierung und der Entwicklung der notwendigen Managementfähigkeiten sowie um die Verstärkung der internationalen Handelsverflechtung.

111. Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) aufmerksam verfolgen. Sie wird sich dafür einsetzen, daß der auf dem Gipfel in London 1991 mit der Sowjetunion begonnene Dialog auf der Ebene der Republiken fortgesetzt wird und weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Reformprozesses konkretisiert werden. Die Bundesregierung sieht es als wichtig an, daß die Republiken ihre gesamtschuldnerische Haftung für die Altschulden der Sowjetunion, wie sie sie auf Betreiben der G 7-Länder in einem Memorandum vom 28. Oktober 1991 anerkannt haben, aufrechterhalten. Durch den am 4. Januar 1992 multilateral vereinbarten Zahlungsaufschub erhalten die Nachfolgestaaten der UdSSR eine Atempause bei der Bedienung der Auslandsschulden. Sie sollte genutzt werden, um in Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds die dringend notwendigen Reformmaßnahmen in Gang zu setzen.

112. Mit der Höhe ihres Beitrags bei bilateralen und multilateralen Hilfen, insbesondere auch gegenüber den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und anderen Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, steht die Bundesrepublik Deutschland an der Spitze der westlichen Länder. Sie erwartet, daß jetzt auch die anderen westlichen Länder einen angemessenen Beitrag leisten. Eine besondere Aufgabe kommt auch den internationalen Finanzinstitutionen zu, vor allem dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

113. Eine Hilfe der westlichen Industriestaaten liegt in der weiteren Öffnung der Märkte. Die Integration der östlichen Reformländer in die Weltwirtschaft ist mitentscheidend für ihre erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Die Bundesregierung ist deshalb in den Assoziierungsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Polen, Ungarn und der CSFR, die Ende November 1991 erfolgreich abgeschlossen werden konnten, für ein größtmögliches Maß an gegenseitiger Freiheit für Waren, Dienstleistungen, Kapital, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sowie die Institutionalisierung des politischen Dialogs

eingetreten. Die Assoziierungsabkommen erreichen damit eine qualitativ neue Stufe der Zusammenarbeit und stellen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des politischen und ökonomischen Reformprozesses in Mittel-, Ost- und Südosteuropa dar.

114. Zur Vertiefung der Ost-West-Zusammenarbeit auf dem Energiesektor hat die Bundesregierung im Dezember 1991 in Den Haag die Europäische Energiecharta unterzeichnet. Ein wesentliches Ziel der Charta ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, um die Sicherheit der Energieversorgung, die Erschließung der Energieressourcen der ehemaligen Sowjetunion mit westlichem Kapital und durch technische Zusammenarbeit, die Sicherheit im Bereich der Kernenergie sowie die umweltschonende Nutzung von Energie zu verbessern.

IV. Wirtschaftsgipfel 1992 in München

115. Für das Jahr 1992 hat der Bundeskanzler den Vorsitz der Gruppe der großen Industrieländer übernommen. Im Juli wird in München der 18. Wirtschaftsgipfel stattfinden. Die Staats- und Regierungschefs der großen Industrieländer werden sich insbesondere mit der weltwirtschaftlichen Lage, der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), mit den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, mit den Problemen der Dritten Welt sowie mit der Aussöhnung von Wachstum und Umwelt befassen. Ein wichtiges Ziel des Gipfels in München wird es sein, alle Staaten in die Verantwortung für die globalen Aufgaben unserer Zeit einzubinden.

Die Bundesregierung erwartet, daß die Gipfelteilnehmer mit einem Signal des Vertrauens die Belebung der Weltkonjunktur unterstützen. Die Leistungskraft der Volkswirtschaften aller Industrieländer muß erhalten und gestärkt werden, um für die großen weltwirtschaftlichen Aufgaben gerüstet zu sein. Dies ist nur mit einer längerfristig ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu bewältigen, die auf Erhaltung der Stabilität, Eindämmung übermäßiger Haushaltsdefizite und strukturelle Anpassungen ausgerichtet ist. Die mit neuer Kraft voranschreitende Einigung in Westeuropa wird das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität weltweit fördern.

Die Beendigung des Ost-West-Konfliktes hat den Weg für eine neue Wirtschaftspartnerschaft mit den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas geschaffen. Ihre Integration in die Weltwirtschaft ist dringlich, um ihnen den Weg in eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft zu ermöglichen.

Nach Auffassung der Bundesregierung dürfen die großen Aufgaben beim Aufbau von Sozialer Marktwirtschaft und Demokratie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) nicht dazu führen, daß die solidarische Hilfe zur Selbsthilfe für die Entwicklungsländer in den Hintergrund tritt.

Der Bewältigung globaler Umweltprobleme kommt wachsende Bedeutung zu. Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten darauf hinwirken, daß die im Vorfeld des Gipfels stattfindende Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro zu einem Erfolg wird.

D. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1992

Gesamtdeutsche Perspektive bei regionaler Differenzierung

116. Mit diesem Jahreswirtschaftsbericht legt die Bundesregierung erstmals eine quantitative Vorausschau für Gesamtdeutschland vor. Selbst wenn die schwierige Datenlage derzeit noch keine vollständige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das vereinte Deutschland erlaubt (Ziffer 221 JG), ist es aus Sicht der Bundesregierung notwendig, die Perspektiven der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus gesamtdeutscher Sicht aufzuzeigen. Da sich die Bedingungen des Wirtschaftens wegen der ungleichen Ausgangslage in den westlichen und östlichen Teilen Deutschlands noch lange Zeit erheblich unterscheiden, müssen gesamtwirtschaftliche Analysen und Projektionen für Deutschland vorerst auch noch die Entwicklung nach den westlichen und östlichen Teilregionen unterscheiden.

Fortsetzung des Wirtschaftswachstums unter sich ändernden regionalen Vorzeichen

117. Ziel der Bundesregierung ist es, daß die westdeutsche Wirtschaft nach der spürbaren Beruhigung der gesamtwirtschaftlichen Expansion im Laufe des letzten Jahres künftig wieder in einen deutlichen Aufwärtstrend kommt. Denn die stetige Fortentwicklung ihrer Leistungsfähigkeit ist Voraussetzung für die schrittweise Verbesserung der Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern. Deshalb ist es notwendig, daß die wirtschaftliche Aktivität in Westdeutschland im Verlaufe dieses Jahres wieder zu größerer Dynamik zurückfindet. Angesichts des schwieriger gewordenen internationalen Umfeldes und der derzeitigen Belastungen, die im Inland aus einer Überforderung durch zu weit gesteckte Ansprüche zu entstehen drohen, sind dabei erhebliche Risiken unverkennbar.

Verbrauch und Investitionen in Ostdeutschland werden noch längere Zeit durch staatliche Transfers und Investitionsanreize gestützt (Ziffer 233 JG). Von einer selbsttragenden Entwicklung in den neuen Bundesländern kann insofern noch nicht gesprochen werden. Die Investitionen in Ostdeutschland setzen die Unternehmen dort aber mehr und mehr in die Lage, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln bzw. anzubieten und die Gesamtnachfrage aus eigener Erzeugung zu bedienen. Freilich wird wegen mangelnder Wettbewerbs- und Lieferfähigkeit noch längere Zeit eine große Lücke zwischen Nachfrage und Produktion verbleiben, die im wesentlichen durch hohe Bezüge aus Westdeutschland gedeckt werden muß. Je stärker Investitionen heranreifen, desto mehr wird es möglich, die eigenerwirtschaftete Einkommensbasis, d. h. das Bruttosozialprodukt, zu erhöhen.

Die Steigerung der Produktion wird in vielen Fällen dazu führen, daß verlorengegangene Marktanteile zurückerobert werden können. Beides, die Entwicklung neuer Produkte sowie die Rückeroberung verlorener Marktanteile, benötigt namentlich wegen des technischen und planerischen Vorlaufs sowie der schwierigen Kosten- und Rentabilitätssituation der Unternehmen relativ lange Zeit. Hohe Wachstumsraten sind in den neuen Bundesländern in diesem Jahr zwar allein schon aufgrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus wahrscheinlich, doch ist ihre Prognose wegen des außergewöhnlich hohen Anteils der Bezüge an der Gesamtnachfrage — der Wert der von außerhalb der Region bezogenen Waren und Dienstleistungen Ostdeutschlands war 1991 deutlich höher als das Bruttosozialprodukt — nur mit einer breiten Unsicherheitsmarge möglich.

In dem Maße, in dem die teilweise Rückeroberung verlorener Marktanteile gelingt, werden davon auch retardierende Wirkungen auf die weitere Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft ausgehen, die ja in den beiden letzten Jahren durch die Ausweitung ihrer Märkte auf Ostdeutschland starke Wachstumsimpulse empfangen hat. Solche nachlassenden Wirkungen sind im Interesse der Angleichung Ostdeutschlands unvermeidlich, denn die Stärkung der endogenen Auftriebskräfte ist das eigentliche Ziel des hohen Ressourcentransfers von West nach Ost und somit erwünscht (Ziffer 254 JG).

118. Wachstumsimpulse für die westdeutsche Wirtschaft werden dagegen von einer Wiederbelebung der Auslandsnachfrage erwartet. Der erfolgreiche Abschluß der derzeitigen GATT-Runde ist dabei eine wichtige Voraussetzung für die Vertrauensstabilisierung. Auch wenn derzeit die Signale für eine Erholung der Konjunktur in den westlichen Industrieländern noch nicht eindeutig sind, so gilt sie doch weiterhin als wahrscheinlich. Dies ist die übereinstimmende Auffassung der internationalen Organisationen, des Sachverständigenrates und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Zudem spricht die in vielen Bereichen der westdeutschen Unternehmen rückläufige Kapazitätsauslastung für wieder stärkere Exportanstrengungen. Die vom Export zu erwartenden Wachstumsimpulse dürfen allerdings nicht zu hoch veranschlagt werden, da sich die konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft zunächst nicht so sehr bei den Investitionen bemerkbar machen wird, auf die die deutsche Exportwirtschaft in besonderem Maße ausgerichtet ist (Ziffer 234 JG). Gleichwohl wird von einem Anstieg der westdeutschen Einnahmen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr um real $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ % ausgegangen; anders als in den beiden Vorjahren kommt dieser in erster Linie durch die Zunahme des Auslandsverkehrs (3 bis 4 %) und weniger durch weiter ansteigende Lieferungen in die neuen Bundesländer zustande.

Deren Liefermöglichkeiten sind aufgrund der bestehenden Strukturen noch weitgehend auf die schwach bleibende Nachfrage aus Osteuropa und hier insbesondere aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion fixiert (Ziffer 236 JG). Die schwierige Strukturanpassung dort und die kaum vorhersehbare weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung dürften dazu führen, daß die Exporte der ostdeutschen Wirtschaft erheblich weniger stark von der Erholung der Weltkonjunktur profitieren werden. Das Geschäft mit westlichen Industrieländern kommt erst sehr langsam in Gang. Wenn gleichwohl mit einem erheblichen Anstieg der Einnahmen ostdeutscher Firmen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr von außerhalb der Region gerechnet wird, nämlich um real 25 bis 30 %, dann steht dahinter die Erwartung einer deutlichen Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs mit Westdeutschland.

Insgesamt könnten die deutschen Waren- und Dienstleistungsexporte 1992 real um 3 bis 4 % wachsen.

119. Die Investitionsentwicklung in Gesamtdeutschland wird 1992 von einer Verlangsamung in West- und einer erheblichen Ausweitung in Ostdeutschland gekennzeichnet sein. Wichtige Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit, vornehmlich aktuelle Ertragslage, schwierige Finanzierungsbedingungen und rückläufige Kapazitätsauslastung, sprechen für eine gedämpfte Investitionstätigkeit in den westdeutschen Unternehmen nach der boomartigen Entwicklung in den letzten Jahren. Hierauf deuten auch die vorliegenden Befragungen über die Investitionspläne in diesem Jahr hin. Dem Sachverständigenrat ist allerdings zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, daß die Investitionsneigung stärker von den Gewinnerwartungen als von der aktuellen Gewinnlage abhängen dürfte (Ziffer 237 JG). Insofern entscheiden die Ergebnisse der Lohntarifverhandlungen mit über die Höhe der Investitionsbudgets 1992 und in den Folgejahren. Unter der Voraussetzung einer gegenüber dem Vorjahr deutlichen Verlangsamung des Lohnkostenanstiegs wird eine Zunahme der Unternehmensinvestitionen in Westdeutschland um $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ % erwartet. Auch in den Wohnungsbau wird mehr als 1991 investiert werden. Zwar könnte das Expansions-tempo bei kräftig steigenden Bau- und Grundstückspreisen, hohen Zinsen und sich verlangsamendem Realeinkommensanstieg schwächer als zuletzt ausfallen, doch werden die neuen Wohnungsbaufördermaßnahmen eine sonst zu erwartende Dämpfung voraussichtlich verhindern. Die schwierige Lage der öffentlichen Haushalte und der Transfer von Investitionsmitteln in die neuen Länder dürften zu geringeren öffentlichen Investitionen in Westdeutschland führen.

Wie der Sachverständigenrat ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es kurzfristig keine enge Beziehung zwischen der sich aus konjunkturellen Gründen abschwächenden Investitionstätigkeit Westdeutschlands und dem durch staatliche Hilfen kräftig angeschobenen strukturellen Erneuerungsprozeß in Ostdeutschland gibt (Ziffer 239 JG). Insbesondere die öffentlichen Investitionen werden hier kräftig zuneh-

men. Aber auch die gewerblichen Ausrüstungen und Bauten werden erheblich expandieren. Die meisten Bauinvestitionen werden dabei unmittelbar sozialprodukt- und einkommenswirksam. Wie Befragungsergebnisse zeigen, nehmen westdeutsche Firmen örtliche Baukapazitäten für ihre Investitionen in Anspruch. Für eine Erholung der Wohnungsbautätigkeit sind dagegen die marktmäßigen Anreize nur schrittweise erreichbar. Im Herbst 1991 erfolgte die erste Mietenanpassung. Dazu kommt, daß ungeklärte Eigentumsverhältnisse häufig noch ein Hemmschuh sind.

Insgesamt könnte das Investitionsvolumen in Westdeutschland 1992 real um 2 bis 3 % und in Ostdeutschland um 20 bis 25 % steigen. Für Gesamtdeutschland ergibt dies eine Wachstumsrate von um $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ %.

120. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Lohnpolitik 1992 ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht wird, indem sie auf die derzeit ungünstigere Konjunkturlage in Westdeutschland und die Anspannung des öffentlichen Gesamthaushalts durch den notwendigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland sowie die Herstellung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern Rücksicht nimmt. Das bedeutet, daß sie bei den jeweiligen Tariflohnabschlüssen in den alten und neuen Bundesländern deutlich hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurückbleibt. Die Realeinkommensentwicklung in Westdeutschland wird sich dann voraussichtlich abschwächen, aber in Ostdeutschland trotz hoher Preissteigerungen vermutlich deutlich zunehmen. Gestützt wird die Kaufkraft der privaten Haushalte im weiteren Jahresverlauf durch die rückwirkend zum 1. Januar 1992 vorgesehene steuerliche Entlastung der Familien und die Anhebung des Erstkindergeldes sowie den Wegfall des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer Mitte des Jahres 1992. Insgesamt könnte der Private Verbrauch im Jahresdurchschnitt in Gesamtdeutschland um real $1\frac{1}{2}$ bis 2 % steigen.

121. Zusammengekommen könnte unter diesen Bedingungen — insbesondere moderatere Lohnentwicklung, keine zusätzliche Erhöhung der Lohnnebenkosten, Umsetzung der Unternehmensteuerreform, Erholung der Weltkonjunktur und erfolgreicher Abschluß der GATT-Runde — das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland 1992 real um gut 2 % zunehmen. Dahinter steht für Westdeutschland ein Wachstum um rd. $1\frac{1}{2}$ %, was im Verlauf wieder eine erhebliche Beschleunigung der Expansion voraussetzt, womit die westdeutsche Wirtschaft wieder auf den seit Ende 1982 verzeichneten mittelfristigen Wachstumstrend von 3 bis $3\frac{1}{2}$ % einschwenken würde. Für Ostdeutschland wird eine Ausweitung um etwa 10 % angenommen. Die weiter zunehmende Zahl von Pendlern aus Ost- nach Westdeutschland bewirkt, daß wie im Vorjahr das westliche Bruttosozialprodukt langsamer, das östliche dagegen stärker steigt als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt.

Schwierige Beschäftigungslage

122. Bei der sich derzeit abzeichnenden wirtschaftlichen Konstellation werden in Westdeutschland wegen geringerer Kapazitätsauslastung und steigenden Kostendrucks voraussichtlich fühlbar weniger Arbeitsplätze geschaffen als im Vorjahr. Das Ausmaß hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Umfang die Tariflohnpolitik bei begrenzten Preisüberwälzungsspielräumen zu einer Verringerung des Kostenanteils beiträgt.

In den neuen Bundesländern wird die wirtschaftliche Erneuerung nochmals von einem starken Personalabbau in den meisten Bereichen der Wirtschaft und in vielen Verwaltungen begleitet sein. Bei ohnehin niedriger Produktivität — diese belief sich 1991 je Beschäftigten gerechnet im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf nur knapp 30 % des Westniveaus — war der bisherige Beschäftigungsabbau bei weitem geringer als der Einbruch in der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Hinzu kommt, daß die verfolgte rasche Lohnangleichung und die damit weiter geöffnete Lohn-Produktivitäts-Lücke viele Unternehmen zu einer beschleunigten Personalreduzierung zwingt und sonst mögliche Einstellungen unterbleiben. Der Personalabbau dürfte sich in erster Linie nach den vorhandenen Informationen bereits um den Jahreswechsel vollzogen haben und auch noch im Frühjahr andauern. Die Bundesregierung teilt aber die Hoffnung des Sachverständigenrates, daß sich gegen Jahresende die Freisetzen und Neueinstellungen ausbalancieren können (Ziffer 246 JG).

Alles in allem könnte dies im Jahresdurchschnitt 1992 in Gesamtdeutschland zu einer Verminderung der Zahl Erwerbstätiger um 600 bis 700 Tsd. auf 35½ Mio. führen. In westdeutschen Betrieben und Verwaltungen dürfte die Beschäftigung dabei noch um 200 bis 300 Tsd. zu- und in Ostdeutschland um 800 Tsd. bis 1 Mio. abnehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hier der Beschäftigungsstand schon im 4. Quartal 1991 um mehr als 400 Tsd. unter dem Durchschnittsniveau des Jahres lag, d. h. der noch zu erwartende Abbau im Verlaufe dieses Jahres erheblich geringer ist, als es in der Jahresdurchschnittszahl zum Ausdruck kommt.

123. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit in Deutschland wird sich bei anhaltendem Wanderungsdruck über die Außengrenzen trotz abnehmender Erwerbsbeteiligung — vornehmlich in Ostdeutschland — auch in erhöhten Arbeitslosenzahlen niederschlagen.

Da sich in Westdeutschland die Zahl von Berufspendlern und Zuzügen aus den neuen Bundesländern sowie über die Außengrenzen weiter erhöhen dürfte, könnte hier die Arbeitslosigkeit um rd. 100 Tsd. auf 1,8 Mio. steigen. Dabei sind allerdings — wie bereits erwähnt — im Vergleich zum Vorjahr zurückhaltendere Tariflohnabschlüsse unterstellt. In den neuen Bundesländern wird sich der Beschäftigungsabbau, ähnlich wie im Vorjahr, allenfalls etwa zur Hälfte in höherer Arbeitslosigkeit niederschlagen. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium in Gestalt von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, Fortbildung und Umschulung sowie vorzeitigen Ruhestandsmöglichkeiten trägt hierzu ebenso bei wie die wohl noch

zunehmende Arbeitsaufnahme in Westdeutschland durch Pendler und Wohnsitzverlagerungen. Bei nicht mehr so günstigen Beschäftigungsmöglichkeiten in den westlichen Bundesländern dürfte die Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes durch Pendler freilich abnehmen. Alles in allem könnte damit die Arbeitslosenzahl in Ostdeutschland auf eine Größenordnung von 1,3 bis 1,4 Mio. zunehmen. Am Jahresende dürfte sie kaum höher als im Jahresdurchschnitt ausfallen.

Chancen für eine wieder flachere Preisentwicklung

124. Die Bundesregierung sieht Chancen, daß die Preisentwicklung sich im Jahresverlauf wieder stärker dem Ziel der Geldwertstabilität nähert. Bei derzeit nicht zu erwartenden größeren exogenen Einflüssen liegt der Schlüssel hierfür in der weiteren Entwicklung des internen Kostendrucks. Eine Verlangsamung des Kosten- und Preisauftriebs wird möglich sein, sofern sie von der Lohnpolitik einkalkuliert wird (Ziffer 249 JG). In Westdeutschland konnten die Unternehmen gesamtwirtschaftlich und auf der Verbraucherstufe die Kosten nicht voll in den Preisen weitergeben, so daß die Gewinnmargen gesunken sind. Um so wichtiger ist es, daß es nicht zu zusätzlichen Belastungen kommt. Wenn dies vermieden werden kann, bestehen gute Aussichten, daß sich nach einer basisbedingten Spitze im Frühjahr die Vorjahresabstände bei den Verbraucherpreisen wieder zurückbilden. Ab der Jahresmitte beeinflußt die letztjährige Erhöhung der Verbrauchsteuern die ausgewiesene Verbraucherpreisrate nicht mehr, der Jahresdurchschnitt wird gleichwohl nochmals um rd. ½ %-Punkt belastet, so daß er insgesamt rd. 3½ % betragen dürfte. Gegen Jahresende könnte dagegen der Preisanstieg mit rd. 3 % wieder deutlich schwächer als derzeit ausfallen. Eine Orientierung der Lohnpolitik an der niedrigeren Verlaufsrate anstatt an der auch durch Verbrauchsteuererhöhungen beeinflussten Jahresdurchschnittsrate sowie an den geringer gewordenen Produktivitätssteigerungen würde dies unterstützen.

125. In den neuen Bundesländern ist die Verbraucherpreisentwicklung auch 1992 noch von den notwendigen Umstrukturierungen an marktwirtschaftliche Preisverhältnisse geprägt. Vor allem wegen des unumgänglichen ersten Schrittes bei der Anpassung der Wohnungsmieten im Oktober 1991 wird sich daher der Preisanstieg im Jahresdurchschnitt in einer Größenordnung von 12 bis 14 % mit deutlich abnehmenden Raten gegen Jahresende bewegen. Das Preisniveau liegt aber im Durchschnitt wegen der noch bestehenden Subventionen gleichwohl unter demjenigen in den westlichen Bundesländern. Aber auch hier spielt die Lohnkostenentwicklung bei örtlichen Warenangeboten und vielen Dienstleistungen eine große Rolle. Für die Überlebensfähigkeit sowie für die Neugründung von Unternehmen ist es wichtig, diese Kosten in den Preisen weitergeben zu können. Insofern entscheidet auch in Ostdeutschland die Lohnpolitik mit darüber, inwieweit nominale Einkommensaufbesserungen durch einen höheren Preisanstieg aufgezehrt werden.

Da der Preisauftrieb in den neuen Bundesländern aber in erster Linie nicht das Ergebnis eines inflatorischen Prozesses sondern der Entzerrung der Preisrelationen durch Abbau von Subventionen ist (Ziffer 283 JG), kommt der rechnerisch ermittelbaren gesamtdeutschen Verbraucherpreisrate von rd. 5% nur in begrenztem Ausmaß eine stabilitätspolitische Bedeutung zu. Für den Grad der Gefährdung des Geldwertes ist vielmehr die Preisentwicklung der alten Bundesländer — bereinigt um einmalige Effekte einer stärkeren Belastung mit öffentlichen Abgaben — ein besserer Maßstab als diese gesamtdeutsche Preisrate.

Leistungsbilanzdefizit als Spiegelbild eines anhaltend hohen Kapitalbedarfs

126. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat überein, daß die starke Passivierung der Leistungsbilanz auf keine generelle Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hindeutet (Ziffer 283 JG). Von den gütermäßigen und unsichtbaren Transaktionen her ist die Umkehrung in der Leistungsbilanzentwicklung neben der schwachen Weltkonjunktur in erster Linie auf das verstärkte Engagement westdeutscher Firmen in Ostdeutschland statt auf den Auslandsmärkten, einen hohen Importbedarf der neuen Bundesländer und die gewachsenen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen. Aus gesamtdeutscher Sicht kommt aber insofern hierin auch eine Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zum Ausdruck, als dem hohen Import-

bedarf Ostdeutschlands wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit dort noch keine entsprechende Exportkraft gegenübersteht. Spiegelbild des Defizits im zusammengefaßten grenzüberschreitenden Güter- und Leistungsverkehr ist der Abbau der Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland D.h. die eigene Ersparnis aus den laufenden Einkommen reicht zum investiven Aufbau in den neuen Bundesländern und zur Finanzierung des Konsumniveaus nicht aus, z. T. muß auf Kapitalimporte zurückgegriffen werden.

127. Bei sich verbessernden Exportaussichten und der Normalisierung der Importentwicklung könnte 1992 der Handelsbilanzüberschuß wieder zunehmen. Die hohe Inanspruchnahme ausländischen Kapitals, die letztlich zur Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern beiträgt, dürfte dagegen — auch unter Berücksichtigung der Zinsdifferenziale — zu Passivierungstendenzen in der Dienstleistungsbilanz führen. Hinzu kommen steigende Transfers an Osteuropa und die EG. Alles in allem dürfte danach die Leistungsbilanz zwar wieder Aktivierungstendenzen aufweisen, insgesamt aber noch im Defizit verbleiben. Auch in diesem Jahr wird also die Finanzierung des Aufbaus Ostdeutschlands teilweise durch Rückgriff auf die in den 80er Jahren aufgebaute erhebliche Nettovermögensposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland erfolgen. Dies ist zeitweise eine notwendige Voraussetzung, damit die wirtschaftliche Integration der alten und neuen Bundesländer gelingt und in beiden Teilen Deutschlands den Menschen dauerhaft Wohlstand und Arbeitsplätze gesichert werden.

Eckwerte der Jahresprojektion 1992 in der Bundesrepublik Deutschland

	alte	neue	ins- gesamt	alte	neue	insgesamt
	Bundesländer			Bundesländer		
	1991 ⁴⁾			1992 ⁴⁾		
	— Mrd. DM ⁵⁾ /in Tsd. —			— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —		
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991	2 614	193	2 807	rd. 1½	etwa 10	gut 2
Entstehung des Sozialprodukts						
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (BIP)	2 596	183	2 779	1½ bis 2	6 bis 10	gut 2
Erwerbstätige (1991 in Tausend)	29 237	6 956	36 193	rd. 1	-10 bis -15	-1½ bis -2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen				-½ bis -1		
BIP je Erwerbstätigen (1991 in Tsd. DM)	88 800	26 300	76 800	rd. 1	20 bis 24	4 bis 4½
BIP je Erwerbstätigenstunde				rd. 1½		
nachrichtlich:						
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	5,7	11,1	6,7	(rd. 6)	(rd. 17)	(rd. 8)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	1 379	196	1 575	5 bis 6	14 bis 16	6½ bis 7½
Staatsverbrauch	471	90	561	4 bis 5	8 bis 12	5 bis 6
Bruttoanlageinvestitionen	571	72	643	6 bis 8	25 bis 35	8 bis 10
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	2	2	5	(0 bis 2)	(0 bis 5)	(0 bis 6)
Inlandsnachfrage	2 422	361	2 783	5 bis 6	14 bis 18	6½ bis 7½
Außenbeitrag (Mrd. DM)	192	-168	24	(195 bis 205)	(-165 bis -175)	(25 bis 30)
(in % des BSP)	7,3	-87,0	0,8	(7 bis 7½)	(-65 bis -70)	(rd. 1)
Bruttosozialprodukt	2 614	193	2 807	5 bis 6	28 bis 30	6½ bis 7½
In Preisen von 1991						
Privater Verbrauch	1 379	196	1 575	1½ bis 2	2 bis 4	1½ bis 2
Staatsverbrauch	471	90	561	½ bis 1	-3 bis -5	0
Bruttoanlageinvestitionen	571	72	643	2 bis 3	20 bis 25	4½ bis 5½
Ausrüstungen	265	36	301	2½ bis 3½	22 bis 26	5 bis 6
Bauten	306	36	342	1½ bis 2½	18 bis 22	3½ bis 4½
Inlandsnachfrage	2 422	361	2 783	1½ bis 2	4 bis 6	rd. 2
Ausfuhren	1 006	59	821	3½ bis 4½	25 bis 30	3 bis 4
Einfuhren	814	227	797	4½ bis 5½	5 bis 10	3 bis 4
Außenbeitrag (in % des BSP)	7,3	-87,0	0,8	(7 bis 7½)	(-78 bis -82)	(rd. 1)
Bruttosozialprodukt	2 614	193	2 807	rd. 1½	etwa 10	gut 2
Preisentwicklung (1991 = 100)						
Privater Verbrauch	100	100	100	rd. 3½	12 bis 14	rd. 5
Inlandsnachfrage	100	100	100	rd. 4	10 bis 12	rd. 5
Bruttosozialprodukt	100	100	100	rd. 4	18 bis 20	rd. 5
Verteilung des Volkseinkommens						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 422			4½ bis 5½		
Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	574			3 bis 5		
Volkseinkommen	1 996			4½ bis 5½		
nachrichtlich:						
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer (1991 in Tsd. DM)	44 591	19 896	39 444	rd. 5	30 bis 35	8½ bis 9½
Beschäftigte Arbeitnehmer (1991 in Tausend)	25 973	6 842	32 815	0 bis ½	-10 bis -15	-2 bis -2½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²⁾	1 600	206	1 806	4½ bis 5½	16 bis 20	6 bis 7
Sparquote in % ³⁾	13,8	rd. 5	12,8	(rd. 13½)	(5 bis 8)	(rd. 12½)

¹⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

²⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

³⁾ Neue Bundesländer: Schätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1992

⁵⁾ Auf ganze Mrd. DM gerundet (Summen aus Angaben mit Nachkommastellen errechnet)

⁶⁾ Jahresprojektion

**A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1991¹⁾
sowie die tatsächlich eingetretene
Entwicklung**

1. Ein Vergleich der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1991 mit der vor einem Jahr erstellten Projektion läßt sich nur für die alten Bundesländer vornehmen. Mangels einer geeigneten Datenbasis mußte seinerzeit auf eine Projektion der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern verzichtet werden. Inzwischen konnten verlässlichere, dem Standard der westlichen Welt entsprechende statistische Grundlagen geschaffen werden. Dies war um so wichtiger, als auch die Erfassung der Wirtschaftsentwicklung in den alten Bundesländern durch die zunehmende Verflechtung der ost- und der westdeutschen Wirtschaft immer schwieriger wird. Vor allem aufgrund neuer Informationen über die Entwicklung in den östlichen Bundesländern und aus methodischen Gründen mußte das Statistische Bundesamt Daten für 1990, auf denen die Jahresprojektion vom Frühjahr 1991 basierte, teilweise kräftig korrigieren. Diese Korrekturen bedingen auch einige der Abweichungen zwischen Projektion und tatsächlicher Entwicklung 1991. (Zu den Ergebnissen der ersten vorläufigen Sozialproduktsberechnungen für die neuen Bundesländer s. Ziffer 9. dieser Anlage.)

Im großen und ganzen entsprach die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1991 den Vorausschätzungen. Bei einigen Größen — wie z. B. bei der Zahl der Erwerbstätigen und den Investitionen — ergab sich sogar ein günstigeres Ergebnis als seinerzeit angenommen; bei anderen Größen dagegen waren die Ansätze der Jahresprojektion zu ehrgeizig. So erfüllten sich z. B. die Erwartungen hinsichtlich Auslandsnachfrage und der Begrenzung der Lohnstückkosten nicht. Abermals ergaben sich erhebliche und weit stärker als erwartet Wachstumsimpulse durch die Konsum- und Investitionsnachfrage aus den neuen Bundesländern, die den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprechend mit zu den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gezählt werden.

2. Für das *Bruttosozialprodukt* 1991 war — im Einklang mit dem damaligen Prognosespektrum — ein Anstieg von real $2\frac{1}{2}$ bis 3 % unterstellt worden. Tatsächlich nahm das Bruttosozialprodukt 1991 nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt real um 3,2 % zu und lag somit noch etwas über dem oberen Rand der Schätzmarke. Das Bruttoinlandsprodukt, in das auch die von Einpendlern erbrachte wirtschaftliche Leistung eingeht, hat real sogar um 3,4 % und damit wie erwartet kräftiger als das Bruttosozialprodukt zugenommen (Jahresprojektion: 3 bis $3\frac{1}{2}$ %). In der Verlaufsbeurteilung haben Sozial- und Inlandsprodukt nur zu Jahresbeginn — damals allerdings außerordentlich — kräftig expandiert. Danach ist eine Stockung in der konjunkturellen Entwicklung eingetreten,

die mehr oder weniger bis zum Jahreswechsel angedauert hat. Die *Inlandsnachfrage*, deren realer Anstieg auf rd. $2\frac{1}{2}$ % geschätzt worden war, weitete sich mit 2,8 % etwas stärker als projiziert aus. Die reale Zunahme des *Privaten Verbrauchs* entsprach mit 2,4 % der Obergrenze der Jahresprojektion ($1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ %). Der *Staatsverbrauch* blieb mit real +1,2 % im Rahmen der Erwartungen (Jahresprojektion: $\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ %). Der Anstieg der *Bauinvestitionen* lag mit 4,0 % oberhalb der prognostizierten Spanne (3 bis $3\frac{1}{2}$ %). Noch erheblich dynamischer als projiziert war das Wachstum der *Ausrüstungsinvestitionen*; hier ist es nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zu einem Anstieg von 10,1 % gekommen. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Ansatz der Jahresprojektion mit 8 bis 9 % bereits über den von allen anderen Institutionen angenommenen Raten lag (seinerzeitiges Prognosespektrum: $5\frac{1}{2}$ bis 8 %). Offenbar hat die mit der Vereinigung Deutschlands verbundene Ausweitung des Absatzgebietes viele westdeutsche Unternehmen dazu bewogen, trotz hoher Zinsen und ungünstiger gewordener Gewinnentwicklung ihre Kapazitäten kräftig zu erweitern. Im Verlauf ist allerdings eine Verlangsamung eingetreten. Von den *Vorratsinvestitionen* gingen erwartungsgemäß keine Wachstumsimpulse aus.

Tendenziell wie projiziert ergab sich 1991 auch ein positiver Wachstumseffekt vom *Außenbeitrag*. Allerdings beruht dieser Wachstumsimpuls allein auf einer unerwartet kräftigen Ausweitung des Liefer- und Dienstleistungsverkehrs mit den neuen Bundesländern, hebt sich für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt also auf. Gegenüber dem Ausland verlief die Entwicklung dagegen wesentlich ungünstiger als seinerzeit vorausgeschätzt. Die Ausfuhren sind real sogar zurückgegangen, die Einfuhren haben abermals kräftig zugenommen. Die schwache Ausfuhrentwicklung liegt vor allem in der deutlichen Konjunkturabschwächung in den meisten Handelspartnerländern begründet. Besonders betroffen waren davon wichtige Investitionsgüterbranchen, deren Exporte in der deutschen Gesamtausfuhr ein hohes Gewicht haben. In sieben OECD-Ländern sowie in allen Staaten Osteuropas ist das Bruttosozialprodukt 1991 z. T. beträchtlich gesunken. Darüber hinaus haben westdeutsche Unternehmen wohl auch 1991 in dem Bemühen, sich Marktanteile in Ostdeutschland zu sichern, die Auslandsmärkte etwas vernachlässigt. Die nochmals beschleunigte Einfuhrzunahme wurde durch die nach wie vor hohe, wenn auch im Verlauf abgeschwächte Auslastung der Kapazitäten begünstigt. Der Haupteffekt dürfte allerdings abermals in hohen Durchfuhreffekten in die neuen Bundesländer zu sehen sein. Für viele Handelspartnerländer wirkten die gestiegenen Exportmöglichkeiten nach Deutschland wachstumsstabilisierend in einem ansonsten zur Schwäche neigenden internationalen Umfeld. Für die anderen Länder der Gemeinschaft wird dieser Wachstumseffekt von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften insgesamt auf einen halben Prozentpunkt geschätzt; in einzelnen Ländern, wie z. B. Frankreich, dürfte er sogar noch höher liegen.

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung (Drucksache 12/223).

3. Das mit 3,4 % entsprechend der Obergrenze der Jahresprojektion (3 bis 3½ %) gestiegene Bruttoinlandsprodukt ging mit einer gegenüber den Annahmen vor Jahresfrist noch stärkeren Zunahme der Beschäftigung einher. Der Zuwachs der Produktivität, hier ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, lag dementsprechend mit 0,6 % unter dem Projektionsansatz (1 bis 1½ %). Während in der Jahresprojektion eine Zunahme der *Erwerbstätigen im Inland*, d. h. einschließlich der vorwiegend aus den neuen Bundesländern kommenden Einpendler, um 500 bis 550 Tsd. oder 2 % unterstellt worden war, belief sich der tatsächliche Anstieg nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf 804 Tsd. oder 2,8 %. Allerdings ist es im Jahresverlauf zu einer deutlichen Abflachung des Beschäftigungsanstiegs gekommen. Sowohl die Entwicklung der Zahl der innerdeutschen Einpendler als auch die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Westdeutschland ist unterschätzt worden. Im Jahresdurchschnitt gab es schätzungsweise rd. 380 Tsd. und Ende 1991 ca. 530 Tsd. *Einpendler* aus den neuen Bundesländern. Per Saldo lag die Zahl der Erwerbstätigen, die im Jahresdurchschnitt 1991 in den alten Bundesländern arbeiteten, um ca. 290 Tsd. höher als die Zahl der Berufstätigen, die hier wohnen. Die Zahl der *Arbeitslosen* nahm — wie vor Jahresfrist erwartet — um 194 Tsd. auf 1,69 Mio. ab.

4. Der Anstieg der *Verbraucherpreise* entsprach mit 3,6 % dem Ansatz der Jahresprojektion von rd. 3½ %. (Der mit einem festen Wägungsschema berechnete Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat im Jahresdurchschnitt um 3,5 % zugenommen). Dabei haben die Einfuhrpreise abermals — wenn auch schwächer als im Vorjahr — dem stärkeren inländischen Kostendruck entgegenge wirkt.

Der Anstieg des *Preisindex des Bruttosozialprodukts* — hier gehen die Einfuhrpreise unmittelbar nicht ein, er mißt vielmehr die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung — fiel mit 4,4 % fühlbar höher als erwartet aus (Jahresprojektion: 3½ bis 4 %). Bei unerwartet niedriger Produktivitätszunahme ergab sich aufgrund des deutlich über die Projektionsvorstellungen hinausgegangenen Lohnauftriebs eine Zunahme der Lohnstückkosten um 5,3 % (Jahresprojektion: 4 %). Unter Berücksichtigung des Effekts höherer Verbrauchsteuern zeigt dies, daß den Unternehmen die Überwälzung des Kostenauftriebs nicht vollständig gelungen ist; ihre Ertragsmargen waren im Durchschnitt und im Jahresverlauf rückläufig.

5. Das die Obergrenze der Projektion leicht übersteigende Wachstum und der höhere Preisindex des Bruttosozialprodukts bewirkten, daß die *nominale Zunahme des Bruttosozialprodukts* mit 7,8 % deutlich über den Ansatz der Jahresprojektion (rd. 6½ %) hinausging. Dies gilt weniger für die Inlandsnachfrage — sie stieg um 7,2 %, projiziert worden war eine Ausweitung von 6 bis 7 % — als für den Außenbeitrag.

Der *nominale Außenbeitrag* erhöhte sich gegenüber 1990 um 26 Mrd. DM auf fast 192 Mrd. DM. In der Jahresprojektion war von einer Ausweitung um 10 bis 15 Mrd. DM ausgegangen worden. Allerdings ist diese

Entwicklung das Ergebnis erheblich divergierender Prozesse: Dahinter steht eine durch öffentliche Transfers finanzierte Zunahme des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit den neuen Bundesländern um über 100 Mrd. DM auf knapp 170 Mrd. DM und ein kräftiger Rückgang des Außenbeitrags gegenüber dem Ausland um fast 75 Mrd. DM. Dies führte dazu, daß die gesamtdeutsche *Leistungsbilanz* sich wiederum beträchtlich passivierte. Unter Berücksichtigung eines Außenbeitrags der neuen Bundesländer gegenüber dem Ausland von nahe Null ergab sich für Gesamtdeutschland ein Umschwung in der Leistungsbilanz von einem Überschuß von 77 Mrd. DM im Jahre 1990 in ein Defizit von rd. 35 Mrd. DM im vergangenen Jahr.

6. Aufgrund des stärkeren Zuwachses des nominalen Bruttosozialprodukts war auch die Ausweitung des *Volkseinkommens* der Bevölkerung und Institutionen mit Sitz in den alten Bundesländern mit 6,7 % kräftiger als vor Jahresfrist erwartet (Jahresprojektion: 5½ bis 6 %). Die Tarifvertragsparteien ließen sich durch die lange Zeit günstige Ertragslage, die hohe Auslastung der Kapazitäten und die starke Nachfrage nach Arbeitskräften dazu verleiten, kräftige Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg nach dem Inländerkonzept 1991 um 6,2 %. In der Jahresprojektion war hierfür eine Zunahme von 5 bis 5½ % unterstellt worden. Unter Berücksichtigung eines Anstiegs der Zahl der in den westlichen Bundesländern wohnenden Beschäftigten um 1,9 % und eines leicht unterproportionalen Anstiegs der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung übertraf die Zunahme der *Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* mit 8,2 % den Projektionsansatz (6½ bis 7½ %) erheblich. Erstmals seit längerer Zeit stiegen sie damit stärker als die *Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen*; deren Zunahme hielt sich mit 3,0 % an der Untergrenze der Projektionsvorstellungen (+3 bis 4 %).

7. Eine nach West- und Ostdeutschland getrennte Betrachtung des staatlichen Sektors bereitet nicht nur immer größere statistische Probleme, sie ist z. T. auch nicht mehr sinnvoll. So können z. B. bestimmte Einnahmen und Ausgaben des Bundes, aber auch verschiedener Sozialversicherungsträger nicht mit hinreichender Genauigkeit regional zugeordnet werden. Künftig wird hier im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur noch ein gesamtdeutsches Staatskonto dargestellt werden.

Für den Anstieg der *Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung* in den alten Bundesländern war in der Jahresprojektion für 1991 eine Spanne von 12 bis 14 % unterstellt worden. Tatsächlich belief sich die Ausweitung — insbesondere bedingt durch höhere Übertragungen an die neuen Bundesländer — auf 15,0 %. Ebenfalls unterschätzt wurde das nominale Wachstum der *öffentlichen Investitionen* (7,5 %; Jahresprojektion: 2 bis 3 %). Auch der *nominale Staatsverbrauch* ging mit +6,2 % noch über die Obergrenze der vorausgeschätzten Marge (4½ bis 5½ %) hinaus.

Andererseits sind auch die *öffentlichen Einnahmen* in Westdeutschland aufgrund des kräftigeren Wachs-

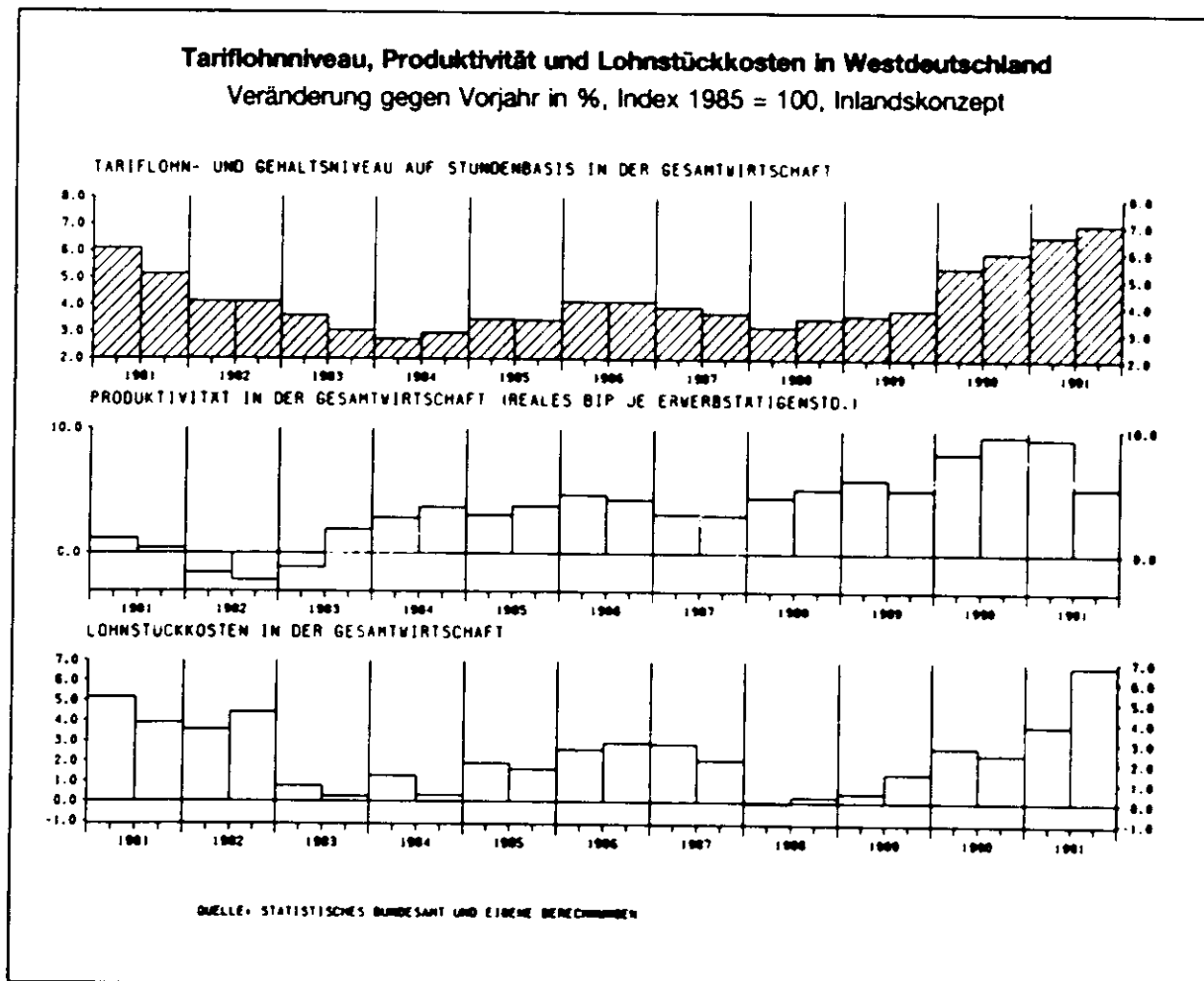
tums ihrer wichtigsten Bemessungsgrundlagen mit 11,8% deutlich stärker gestiegen als vorausgeschätzt (Jahresprojektion: 9½ bis 10½ %). Am stärksten ins Gewicht fiel hierbei der kräftige Zuwachs der *Steuern* mit 14,3% (Jahresprojektion: 10 bis 11 %). Bei gleichzeitig höheren Einnahmen und Ausgaben bewegte sich das *Finanzierungsdefizit* der öffentlichen Haushalte (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) 1991 mit 86,8 Mrd. DM in der in der Jahresprojektion genannten Spanne (bereinigt um Basisrevisionen: -80 bis -90 Mrd. DM) und entsprach damit 3,3% des Bruttosozialprodukts. Vereinigungsbedingt nahm dabei das Defizit der Gebietskörperschaften stark zu. Die Überschubposition im Sozialversicherungsbereich bildete sich aus dem gleichen Grund etwas zurück.

8. Während das *Finanzierungsdefizit des Staates* in der Jahresprojektion in etwa richtig vorausgeschätzt worden war, fiel der *Fremdfinanzierungsbedarf der Unternehmen* (einschließlich Wohnungswirtschaft) bei höherer Investitionstätigkeit einerseits und ungünstigerer Entwicklung der Eigenmittel andererseits deutlich höher aus als erwartet. Zwar übertraf bei hohen Zinsen auch die *Geldvermögensbildung der*

privaten Haushalte mit einer Sparquote von 13,8% etwas die Erwartungen. Dennoch mußte ein beträchtlicher Teil des höheren Fremdmittelbedarfs durch Kapitalimporte aus der übrigen Welt finanziert werden, was sein Spiegelbild in einem spürbaren Leistungsbilanzdefizit von mehr als 1% des gesamtdeutschen Bruttosozialprodukts fand. Die über lange Jahre aufgebaute Nettovermögensposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland wurde in dieser Höhe abgebaut.

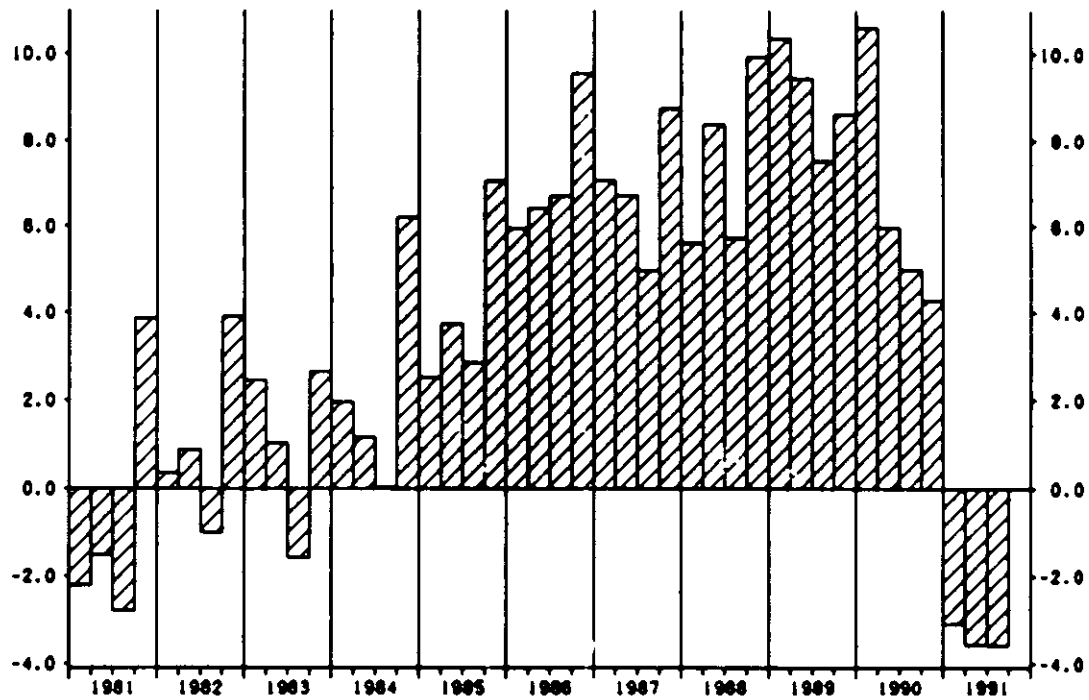
9. Mitte Januar 1992 hat das Statistische Bundesamt erste vorläufige Sozialproduktsergebnisse der neuen Bundesländer für das Jahr 1991 veröffentlicht, wodurch auch gesamtdeutsche Aggregate für wichtige Teilgrößen dargestellt werden können. Das Amt verweist zu Recht auf den hohen Unsicherheitsgrad dieser Berechnungen aufgrund des noch lückenhaften Datenmaterials hin. Dennoch stellen sie eine wertvolle analytische Grundlage dar. Auf diesen Ergebnissen baut die in den folgenden Ziffern beschriebene Jahresprojektion 1992 für die gesamte Bundesrepublik auf. Zur Bewertung der Sozialproduktsergebnisse für 1991 ist darauf hinzuweisen, daß die bislang einzigen amtlichen Ergebnisse der Volks-

Schaubild 6

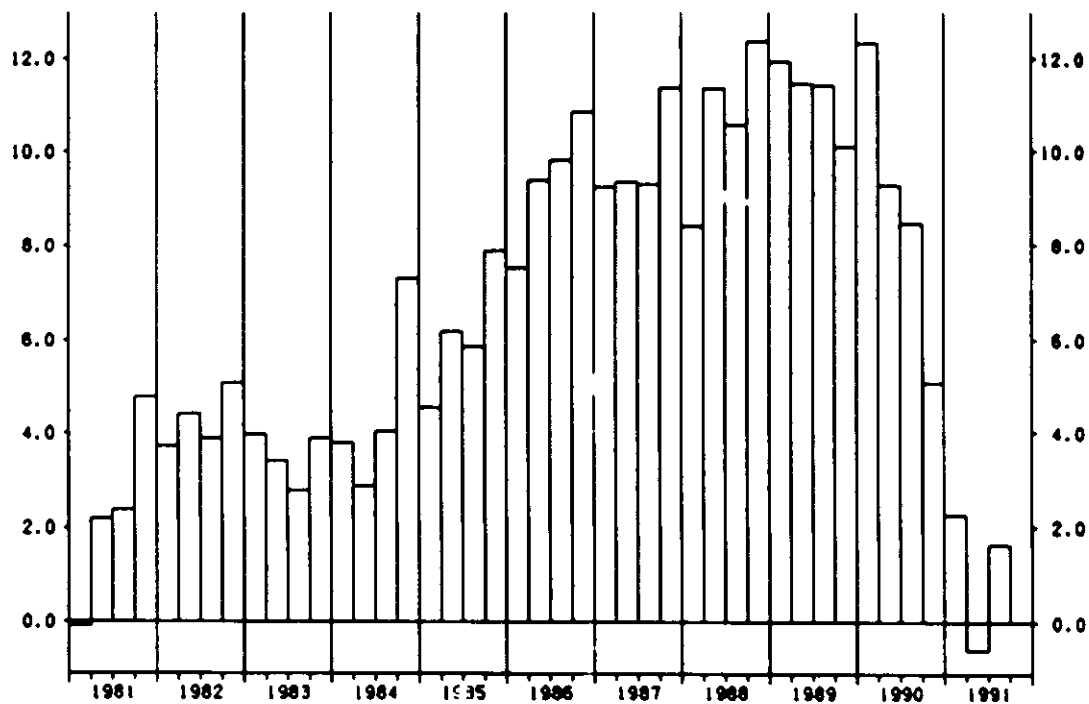


Leistungsbilanz und Außenhandel in Mrd. DM

SALDO DER LEISTUNGSBILANZ



SALDO DER HANDELSBILANZ



QUELLE: DEUTSCHE BUNDESBANK, STATISTISCHES BUNDESAMT

wirtschaftlichen Gesamtrechnung der neuen Bundesländer für das 2. Halbjahr 1990 aufgrund neuerer statistischer Informationen deutlich nach unten revidiert werden mußten. Dies hatte auch auf die jetzt ermittelten bzw. geschätzten Niveaus 1991 Auswirkungen.

Im Gebiet der neuen Bundesländer wurde danach 1991 ein Bruttosozialprodukt von 193,1 Mrd. DM erzielt (alte Bundesländer: 2 613,8 Mrd. DM). Damit belief sich die wirtschaftliche Leistung auf 7,4 % des westdeutschen Niveaus; zum gesamtdeutschen Sozialprodukt von 2 806,9 Mrd. DM steuerten die neuen Länder 6,9 % bei. Auffälligstes Kennzeichen der Sozialproduktstruktur ist die ungewöhnlich hohe Differenz zwischen der durch vielfältige Transfers aus dem Westen gestützten Inlandsnachfrage (361,2 Mrd. DM) und der eigenerwirtschafteten Einkommensbasis, dem Bruttosozialprodukt. Die Differenz der beiden Größen, der zum überwiegenden Teil gegenüber den alten Bundesländern entstandene negative Außenbeitrag, entspricht mit 168,1 Mrd. DM rd. 87 % des Bruttosozialprodukts. Die Einfuhren, hauptsächlich Lieferungen und Direktkäufe aus Westdeutschland, übertrafen mit 227 Mrd. DM das Sozialproduktsniveau deutlich, und zwar um knapp 18 %, ein zwischen großen Regionen bzw. Ländern wohl einmaliger Vorgang.

Ein im Verlauf wachsender Teil des Bruttosozialprodukts Ostdeutschlands wurde durch Auspendler nach Westdeutschland erzielt. Im Gebiet der neuen Bundesländer wurde von knapp 7 Mio. Erwerbstätigen dagegen ein Bruttoinlandsprodukt von 183,0 Mrd. DM erwirtschaftet. Bei zunehmender Zahl Selbständiger lag die Zahl der in Ostdeutschland Erwerbstätigen

1991 um 1,9 Mio. niedriger als 1990. Wegen der starken Pendlerbewegung nach Westdeutschland war der Rückgang der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern mit rd. 1,6 Mio. auf 7,3 Mio. Personen deutlich geringer als nach dem Arbeitsortkonzept. Die Zahl der insgesamt in Deutschland Erwerbstätigen betrug somit 1991 rd. 36,2 Mio, sie war damit um knapp 1,1 Mio. niedriger als ein Jahr zuvor. Der Anteil der in den neuen Ländern Beschäftigten an der gesamtdeutschen Erwerbstätigenzahl entsprach rd. 19 %.

Die Produktivität, ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen, belief sich 1991 in den neuen Bundesländern mit rd. 26 300 DM auf 29,6 % des westdeutschen Niveaus von ca. 88 800 DM. Sie war damit etwa so hoch wie in Westdeutschland in den Jahren 1952/53 (in Preisen von 1991 gerechnet). Für Gesamtdeutschland lag das durchschnittliche Produktivitätsniveau danach mit rd. 76 800 DM je Erwerbstätigen in einer Größenordnung, wie sie in Westdeutschland in der Rezessionsphase Anfang der 80er Jahre erwirtschaftet worden war.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten in den neuen Bundesländern belief sich mit ca. 19 150 DM auf 43 % des Niveaus in den alten Bundesländern und übertraf damit die korrespondierende Produktivität beträchtlich. (Nach dem Wohnortkonzept: 19 900 DM oder 44,6 % des Westniveaus). Produktivität und Durchschnittslöhne werden durch die hohe Kurzarbeiterzahl verzerrt; die Feststellung einer erheblichen Lohn-Produktivitäts-Lücke von mehr als 45 % bleibt aber davon unberührt.

Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
	Wirtschaftswachstum ¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Preisentwicklung ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bundesrepublik Deutschland ³⁾	+ 1,5	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,6
USA	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,0	- 0,5	+ 4,6	+ 3,9	+ 4,5	+ 5,0	+ 4,0
Japan	+ 4,3	+ 6,2	+ 4,7	+ 5,6	+ 4,5	+ 0,2	- 0,1	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,7
Frankreich	+ 2,3	+ 4,2	+ 3,9	+ 2,8	+ 1,4	+ 3,2	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,0
Großbritannien	+ 4,8	+ 4,3	+ 2,3	+ 0,8	- 1,9	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,5	+ 6,0	+ 6,2
Italien	+ 3,0	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,0	+ 5,0	+ 5,3	+ 6,2	+ 6,3	+ 6,4
Kanada	+ 4,2	+ 4,7	+ 2,5	+ 0,5	- 1,1	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,2	+ 5,4
Spanien	+ 5,6	+ 5,2	+ 4,8	+ 3,7	+ 2,5	+ 5,7	+ 5,1	+ 6,6	+ 6,4	+ 5,9
Niederlande	+ 0,8	+ 2,7	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,2	- 0,2	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,4
Schweden	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,3	- 1,2	+ 5,3	+ 6,0	+ 7,2	+ 9,3	+ 10,0
Schweiz	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,2	- 0,2	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,7	+ 5,4	+ 5,8
Belgien	+ 2,3	+ 4,9	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3
Österreich	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,2
Dänemark	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 4,6	+ 4,9	+ 5,1	+ 2,5	+ 2,7
Finnland	+ 3,3	+ 5,4	+ 5,4	+ 0,4	- 5,2	+ 3,7	+ 4,6	+ 5,2	+ 5,8	+ 4,4
Norwegen	+ 2,0	- 0,5	+ 0,4	+ 1,8	+ 4,1	+ 7,9	+ 6,2	+ 4,2	+ 4,5	+ 3,4
OECD-Länder insgesamt	+ 3,4	+ 4,5	+ 3,3	+ 2,6	+ 1,1	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,4	+ 4,7	+ 4,5
	Arbeitslose ³⁾ in % aller Erwerbspersonen					Leistungsbilanz in % des BSP bzw. BIP				
Bundesrepublik Deutschland ³⁾	7,9	7,7	7,1	6,4	5,7	4,1	4,2	5,3	3,2	- 1¼ ⁴⁾
USA	6,2	5,5	5,3	5,5	6,7	- 3,5	- 2,6	- 2,0	- 1,7	- 0,1
Japan	2,9	2,5	2,3	2,1	2,2	3,6	2,7	2,0	1,2	2,1
Frankreich	10,5	10,0	9,4	8,9	9,4	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 1,1	- 0,7
Großbritannien	10,4	8,2	6,2	5,9	8,7	- 1,0	- 3,3	- 3,9	- 2,5	- 1,1
Italien	12,1	12,2	12,1	11,2	10,9	- 0,1	- 0,7	- 1,2	- 1,3	- 1,4
Kanada	8,8	7,8	7,5	8,1	10,3	- 2,1	- 2,3	- 3,2	- 3,3	- 3,0
Spanien	20,5	19,5	17,3	16,3	15,9	0	- 1,1	- 2,9	- 3,4	- 3,2
Niederlande	8,7	8,3	7,4	6,5	6,1	1,4	2,2	3,6	3,7	3,7
Schweden	1,9	1,6	1,4	1,5	2,7	- 0,8	- 1,4	- 2,7	- 2,6	- 1,9
Schweiz	0,6	0,7	0,6	0,6	1,2	4,4	4,9	4,0	3,8	4,6
Belgien	11,3	10,3	9,3	8,8	9,4	1,8	2,3	2,3	1,8	2,2
Österreich	3,8	3,6	3,1	3,3	3,4	- 0,2	- 0,3	0,1	0,5	- 0,3
Dänemark	7,8	8,5	9,2	9,5	10,3	- 2,9	- 1,1	- 0,8	1,2	1,6
Finnland	5,1	4,5	3,5	3,5	7,7	- 2,0	- 2,6	- 4,8	- 4,9	- 4,7
Norwegen	2,1	3,2	4,9	5,2	5,3	- 4,9	- 4,3	0,2	3,4	5,0
OECD-Länder insgesamt	7,4	6,9	6,4	6,3	7,1	- 0,5	- 0,4	- 0,6	- 0,6	- 0,1

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen

²⁾ Deflator des Privaten Verbrauchs

³⁾ Nationale Definition der Arbeitslosen

⁴⁾ Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen

⁵⁾ Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990

⁶⁾ Bundesrepublik Deutschland insgesamt

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1991
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung
(alte Bundesländer)**

	Jahresprojektion	tatsächliche Entwicklung ¹⁾
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —	
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985 ¹⁾	+ 2½ bis + 3	+ 3.2
Entstehung des Sozialprodukts ¹⁾		
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 (BIP)	+ 3 bis + 3½	+ 3.4
Erwerbstätige	+ rd 2	+ 2.8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- rd 1	- 0.8
BIP je Erwerbstätigen	+ 1 bis + 1½	+ 0.6
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 2 bis + 2½	+ 1.4
nachrichtlich:		
Arbeitslosenquote in % ²⁾	(rd 5½)	(5.7)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 5 bis + 6	+ 6.1
Staatsverbrauch	+ 4½ bis + 5½	+ 6.2
Bruttoanlageinvestitionen	+10 bis + 12	+ 12.0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(+ 3 bis + 7) ⁴⁾	(+ 2.1)
Inlandsnachfrage	+ 6 bis + 7	+ 7.2
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+175 bis + 180) ⁴⁾	(+191.6)
(in % des BSP)	(+ rd. 7) ⁴⁾	(+ 7.3)
Bruttosozialprodukt	+ rd. 6½	+ 7.8
In Preisen von 1985 ¹⁾		
Privater Verbrauch	+ 1½ bis + 2½	+ 2.4
Staatsverbrauch	+ ½ bis + 1½	+ 1.2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5 bis + 6	+ 6.9
Ausrüstungen	+ 8 bis + 9	+ 10.1
Bauten	+ 3 bis + 3½	+ 4.0
Inlandsnachfrage	+ rd. 2½	+ 2.8
Ausfuhren	+ 6½ bis + 7½	+ 11.8
Einfuhren	+ 6½ bis + 7½	+ 11.5
Außenbeitrag (in % des BSP)	(+ rd. 4) ⁴⁾	(+ 3.5)
Bruttosozialprodukt	+ 2½ bis + 3	+ 3.2
Preisentwicklung ¹⁾		
Privater Verbrauch	+ rd. 3½	+ 3.6
Inlandsnachfrage	+ rd 4	+ 4.2
Bruttosozialprodukt	+ 3½ bis + 4	+ 4.4
Verteilung des Volkseinkommens		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 6½ bis + 7½	+ 8.2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ..	+ 3 bis + 4	+ 3.0
Volkseinkommen	+ 5½ bis + 6	+ 6.7
nachrichtlich:		
Bruttolöhne- und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer ...	+ 5 bis + 5½	+ 6.2
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ rd 1½	+ 1.9
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte ³⁾	+ rd 5	+ 6.1
Sparquote in %	(13 bis 13½) ⁴⁾	(13.8)

¹⁾ Jahresprojektion 1991: Preisbasis 1980

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

⁴⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1990

⁵⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1992

B. Jahresprojektion 1992

10. Die Bundesregierung legt in diesem Jahreswirtschaftsbericht erstmalig eine Jahresprojektion für Gesamtdeutschland vor. Dabei ist die Wirtschaft im vereinigten Deutschland unverkennbar von sehr unterschiedlichen Entwicklungstendenzen geprägt. Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich im Prozeß eines grundlegenden strukturellen Wandels — auch wenn die Talsohle in der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Verlaufe der zweiten Hälfte des letzten Jahres wohl durchschritten wurde. In Westdeutschland ist dagegen eine konjunkturelle Verlangsamung eingetreten. Hauptursache hierfür sind die schwache Entwicklung der Auslandsnachfrage, nachlassende Nachfrageimpulse aus Ostdeutschland, ein stark gestiegener interner Kostendruck sowie dämpfende Einflüsse, die aus höheren Steuern, Abgaben und Zinsen herrühren (Ziffer 219 JG).

Angesichts der regional ungleichen Ausgangsbedingungen, der auf lange Zeit wohl sehr unterschiedlich verlaufenden Wirtschaftsentwicklung und zur besseren Kontrolle des wirtschaftspolitischen Instrumenteneinsatzes sind gesamtdeutsche Sozialproduktsberechnungen und -schätzungen nach West- und Ostdeutschland zu differenzieren. Die Jahresprojektion ist erstmals gesamtdeutsch ausgelegt und enthält neben den bislang üblichen Kreislaufschätzungen für Westdeutschland auch Projektionen zentraler Größen, die die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland charakterisieren. Für diese Größen sind dann auch gesamtdeutsche Ergebnisse darstellbar. Die Projektion baut dabei auf den ersten vorläufigen Sozialproduktsergebnissen des Statistischen Bundesamtes für 1991 auf. Allerdings ist die statistisch-methodische Problematik getrennter Sozialproduktsberechnungen für Regionen eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes zu unterstreichen. Die erforderliche getrennte Erfassung von Einkommens- und Nachfrageströmen ist aufgrund lückenhafter statistischer Informationen nur mit erheblichen Unschärfen möglich. Dies gilt für fast alle Aggregate auf der Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts und hier vor allem für den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.

Neben den statistisch-methodischen Schwierigkeiten gibt es z. T. noch größere Mängel hinsichtlich Qualität und Umfang der für Ostdeutschland zur Verfügung stehenden Daten. Aufgrund dessen sind die Unsicherheitsmargen solcher Berechnungen erheblich größer als sonst.

11. Hinsichtlich der Aussichten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in *Westdeutschland* in diesem Jahr gibt es eine weitgehende Übereinstimmung. Nach den derzeit vorliegenden Vorausschätzungen dürfte das reale Wachstum des westdeutschen Bruttosozialprodukts 1992 in einer Bandbreite von 1 bis 2 % liegen. Allerdings dürfen diese ähnlichen Erwartungen über das Wachstum nicht über die z. T. erheblichen Prognoserisiken hinwegtäuschen. Von allen Beobachtern, wie auch in der Jahresprojektion der Bundesregierung, wird angenommen, daß die westdeutsche Wirtschaft im Verlauf dieses Jahres wieder stärkere Impulse vom Welthandel erhält. Die Export-

entwicklung ist ein „Dreh- und Angelpunkt“ (Ziffer 234 JG) dieser Vorausschätzungen. Notwendige Bedingung für stärkere Wachstumsimpulse vom Außenhandel ist jedoch, daß sich neben einer ausreichenden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen die derzeit noch in Rezession bzw. Schwächephasen befindlichen Volkswirtschaften der meisten Partnerländer erholen und wieder in stärkerem Maße deutsche Waren und Dienstleistungen beziehen. Ein eindeutiges Bild einer weltwirtschaftlichen Wiedererholung läßt sich anhand aktueller Indikatoren derzeit noch nicht ableiten. Weiterhin wird in allen Vorausschätzungen davon ausgegangen, daß es nicht zu Verteilungskonflikten kommt, die die Aufgabe der Geldpolitik erschweren. Möglichst konfliktfreie Tariflohnverhandlungen mit einer Rückkehr zu moderaten Lohnabschlüssen sind dafür eine wichtige Voraussetzung.

Was Ostdeutschland anbelangt, so herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß nach der Beendigung des wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses im Verlaufe des letzten Jahres 1992 hohe reale Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts erreicht werden könnten. Das Prognosespektrum hierfür ist mit 5 bis 15 % allerdings ungewöhnlich breit und spiegelt den Unsicherheitsgrad über Ausmaß und kurzfristig erreichbares Tempo des Umstrukturierungsprozesses wider. Einigkeit besteht darüber, daß sich die Unterschiede in der Leistungskraft zwischen neuen und alten Bundesländern in diesem Jahr erstmals etwas verringern werden (Ziffer 233 JG). Eine wichtige Bedingung dafür ist allerdings, daß die Wirtschaftskraft in Westdeutschland erhalten bleibt. Denn solange der ostdeutsche Aufschwung aus sich heraus noch nicht tragfähig ist, werden für den erforderlichen Transformationsprozeß auch weiterhin in erheblichem Umfang Finanzierungsmittel aus westdeutschen Unternehmen und öffentlichen Haushalten benötigt. Dies zeigt besonders deutlich die große Lücke zwischen realisierter Inlandsnachfrage und eigenerwirtschaftetem Bruttosozialprodukt an; 1991 betrug sie rd. 168 Mrd. DM oder 87 % des Sozialprodukts.

Im einzelnen geht die Jahresprojektion von folgenden Annahmen aus:

- Die derzeitige GATT-Runde wird erfolgreich abgeschlossen.
- Im Zuge der unterstellten konjunkturellen Erholung in den westlichen Industrieländern wird der Welthandel wieder stärker expandieren, während sich der Schrumpfungsprozeß in den Ländern Mittel- und Osteuropas verlangsamt.
- In den meisten westlichen Industrieländern wird die Finanzpolitik konjunkturalneutral oder allenfalls leicht expansiv sein.
- Die Geldpolitik im Ausland bleibt um eine Unterstützung der konjunkturellen Erholung bemüht.
- Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber den Währungen der Partnerländer im EWS wird unverändert bleiben. Im Jahresdurchschnitt dürfte der US-Dollar in einer Bandbreite um 1,60 DM liegen; dies entspräche einer leichten Aufwertung der D-Mark in nominaler und realer Rechnung.

- Die Rohstoffpreise werden aufgrund der erwarteten Produktionsbelebung in den wichtigsten Industrieländern wieder leicht anziehen. Der Rohölpreis dürfte um 20 \$ pro Faß betragen.
- Wie der Sachverständigenrat geht auch die Jahresprojektion davon aus, daß in Deutschland die Anstrengungen zur Defizitrückführung der Gebietskörperschaften bei weiterhin hohen Transferleistungen in die neuen Bundesländer erfolgreich sind (Ziffer 223 JG).
- Die Unternehmensteuerreform wird wie geplant umgesetzt.
- Die Tarifvertragsparteien werden in diesem Jahr in Deutschland wieder zu moderaten, den Leistungsspielraum und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen stärker beachtenden Abschlüssen zurückfinden; es finden keine gravierenden Arbeitskämpfe statt; es kommt zu keinen zusätzlichen Belastungen mit Lohnnebenkosten.
- Die Stabilität des Geldwerts ist keinen zusätzlichen Gefährdungen ausgesetzt, so daß eine Verschärfung des monetären Restriktionsgrads nicht erwartet werden muß.

12. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den meisten Industrieländern hat sich derzeit noch nicht aus ihrer Konjunkturschwäche gelöst. Dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien, aber auch für einige Länder in Kontinentaleuropa. Die Hoffnung, die wirtschaftliche Wiedererholung würde sich rasch — schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres — vollziehen, hat sich nicht erfüllt. Allerdings erwarten die meisten Konjunkturbeobachter, so auch die internationalen Organisationen und der Sachverständigenrat (Ziffer 227 JG), daß sich die Auftriebskräfte in den westlichen Industrieländern in diesem Jahr wieder durchsetzen werden, wenngleich möglicherweise verhaltener als ursprünglich erwartet. Für eine solche Belebung spricht, daß die Geldpolitik vielfach, vor allem in den am stärksten von Rezessionen betroffenen Ländern, gelockert wurde und in fast allen Ländern eine Verschlechterung der Haushaltslage wegen konjunktureller Mindereinnahmen hingenommen wurde. Für alle Industrieländer zusammengekommen erwartet die OECD bei deutlicher Erholung im Jahresverlauf 1992 ein Wirtschaftswachstum von real rd. 2¼ %. Die sich abzeichnende Wiedererholung der Weltwirtschaft dürfte erfahrungsgemäß zu einer wieder stärkeren Expansion des Welthandels führen. Die derzeit vorliegenden Schätzungen internationaler Organisationen für den realen Welthandelsanstieg liegen zwischen 5 und knapp 6 %. Der Sachverständigenrat sieht das Welthandelswachstum eher an der Untergrenze dieser Bandbreite (Ziffer 231 JG), da zum einen der starke Nachfragesog aus der deutschen Vereinigung nachlassen wird und zum anderen die Reformländer Osteuropas nur in begrenztem Umfang auf dem Weltmarkt in Erscheinung treten können. Auch in der Jahresprojektion ist von einem Anstieg des Welthandelsvolumens um 5 % ausgegangen worden.

Dementsprechend könnte die Wirtschaft in den alten Bundesländern wieder stärkere Wachstumsimpulse

aus dem Handel mit dem Ausland erhalten. Dabei bestehen Chancen, daß durch ein wieder größeres Engagement auf den Auslandsmärkten Marktanteile zurückgewonnen werden können, die seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion z. T. freiwillig aufgegeben wurden, um die starke ostdeutsche Nachfrage zu befriedigen. Für die deutsche Exportwirtschaft, deren Ausrichtung schwergewichtig bei Investitionsgütern liegt, könnte es sich allerdings als nachteilig herausstellen, daß die Erholung in den Handelspartnerländern zunächst wohl nicht in erster Linie investitionsgetragen sein wird.

Die Exportwirtschaft der neuen Bundesländer ist nach wie vor vornehmlich auf Osteuropa ausgerichtet. Die Absorptionskraft dieser Länder, die sich im Prozeß marktwirtschaftlicher Umgestaltung befinden, ist jedoch stark eingeschränkt. Das Ausfuhrgeschäft der neuen Bundesländer wird daher erheblich durch die bestehenden Exportkredite beeinflusst. Hinzu kommt, daß das Warenangebot ostdeutscher Anbieter vielfach noch nicht internationalen Standards entspricht, so daß die meisten Exporteure auf westlichen Auslandsmärkten bis jetzt noch nicht stärker Fuß fassen konnten. Allerdings dürften im Zuge des Anpassungsprozesses mehr und mehr ostdeutsche Unternehmen international wettbewerbsfähig werden. Von der Belebung des Welthandels kann daher auch Ostdeutschland zunehmend profitieren, aufgrund des geringen Marktanteils in den westlichen Industrieländern allerdings in erheblich geringerem Maße als die westdeutsche Exportwirtschaft.

Für Deutschland insgesamt könnte unter diesen Annahmen bei kaum veränderten Dienstleistungsexporten und moderat steigenden Exportpreisen der

nominale Anstieg der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen 5 bis 6 % betragen.

In realer Rechnung entspräche dies einer Zuwachsrate von 3 bis 4 %. Da der ostdeutsche Anteil an den Ausfuhren Gesamtdeutschlands mit rd. 2½ % verhältnismäßig gering ist, dürften die westdeutschen Exporte in das Ausland danach ebenfalls um 3 bis 4 % steigen.

Für den getrennten Ausweis der „Export“entwicklung nach alten und neuen Bundesländern sind auch die innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsströme zu berücksichtigen, die nach den Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus Sicht der liefernden Region als Ausfuhren anzusehen sind. Der reale Anstieg westdeutscher Lieferungen u. ä. in die neuen Bundesländer dürfte 1992 — auf freilich hohem Niveau — nur noch verhältnismäßig wenig zunehmen. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß vor allem die ostdeutsche Konsumnachfrage jetzt zunehmend aus eigener Produktion gedeckt werden kann, während der Lieferumfang von Investitionsgütern von West nach Ost noch erheblich zunehmen dürfte. Insgesamt dürfte aufgrunddessen die Steigerungsrate für die gesamten westdeutschen „Ausfuhren“ (einschl. Lieferungen u. ä. nach Ostdeutschland) nur noch geringfügig über dem Anstieg der Exporte ins Ausland liegen. Für die innerdeutschen Leistungsströme aus ostdeutscher Sicht wird in der Jahresprojektion angesichts des zu erwartenden stärker wer-

denden wirtschaftlichen Verflechtungsgrads und der Fertigstellung neuer Produktionsstätten bei gleichzeitiger Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bestimmter ostdeutscher Anbieter eine erhebliche Ausweitung der Lieferungen von Ost- nach Westdeutschland angenommen.

13. Die Wachstumskräfte in den alten und neuen Bundesländern dürften in unterschiedlichem Maße von der Auslands- und der Binnennachfrage bestimmt werden. Im Vergleich zu den letzten Jahren wird die wirtschaftliche Expansion in *Westdeutschland* voraussichtlich vom Außenhandel stärkere Impulse erhalten, während die Inlandsnachfrage an Dynamik verlieren dürfte. Dagegen wird für *Ostdeutschland* die Entwicklung der Binnennachfrage eine ungleich größere Bedeutung haben.

Eine regional differenzierte Entwicklung ist insbesondere auch für die Investitionsnachfrage in Deutschland zu erwarten. Es ist damit zu rechnen, daß die Investitionsentwicklung in Westdeutschland im Vergleich zu den letzten Jahren erheblich an Dynamik verlieren wird, während sich die bereits in Gang gekommenen Investitionsaktivitäten in Ostdeutschland noch erheblich verstärken dürften.

Der zu erwartende Investitionsaufschwung in *Ostdeutschland* wird zunächst hauptsächlich dort greifen, wo durch staatliche Maßnahmen Investitionen direkt gefördert werden. Dies betrifft ganz besonders den Auf- und Ausbau der Infrastruktur. Im Bereich öffentlicher Bauinvestitionen könnte sich die Verlagerung von Engagements von West- nach Ostdeutschland am stärksten bemerkbar machen. Aber auch in den gewerblichen Bereichen — unterstützt durch öffentliche Fördermaßnahmen — ist eine erhebliche Ausweitung der Investitionstätigkeit geplant. Darauf deuten die Investitionspläne west- und ostdeutscher Unternehmen hin, die für dieses Jahr kräftige Ausweitungen ihrer Investitionsaktivitäten in Ostdeutschland vorsehen. Allein im westdeutschen Besitz befindliche Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wollen Umfragen zufolge in diesem Jahr für rd. 17 Mrd. DM, nach 9 Mrd. DM im Vorjahr, in den neuen Bundesländern investieren. Dagegen wird — auch nach Ansicht des Sachverständigenrats (Ziffer 240 JG) — die Entwicklung im ostdeutschen Wohnungsbau eher schwach ausfallen.

Für die gesamten Anlageinvestitionen in den neuen Bundesländern wird in der Jahresprojektion im Durchschnitt dieses Jahres mit einer Anstiegsrate von real 20 bis 25 % gerechnet.

In *Westdeutschland* dürfte sich die Entwicklung der Anlageinvestitionen — nach drei Jahren außerordentlich starker Dynamik — in vielen Bereichen deutlich abflachen. Hierauf deuten auch die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen hin. Die Dämpfungerscheinungen sind größtenteils konjunkturell bedingt und hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich die Gewinnlage und -erwartungen der Unternehmen aufgrund verschärften Kostendrucks verschlechtert haben, gleichzeitig eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageexpansion eingetreten ist und die Kapazitätsauslastung in vielen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes nicht mehr so angespannt

wie vorher ist. Überdies erwerben und modernisieren viele westdeutsche Firmen Produktionsstätten in Ostdeutschland oder bauen sie sogar, wie z. B. in der Automobilindustrie, neu auf. Der Sachverständigenrat weist darauf hin, daß nach Ergebnissen von Branchenvergleichen Investitionen in den neuen Bundesländern insbesondere dort kräftig aufgestockt würden, wo sie in den alten Bundesländern nur wenig ausgeweitet oder sogar zurückgenommen werden (Ziffer 239 JG).

In der Jahresprojektion wird unterstellt, daß sich der Anstieg der Unternehmensinvestitionen (ohne Wohnungsbau) in Westdeutschland nach real +9,0 % im Vorjahr 1992 auf real 2½ bis 3½ % abschwächt. Ob die Investitionsdämpfung nur vorübergehender Natur ist, wird neben der unterstellten Wiederbelebung der Nachfrage im Verlaufe dieses Jahres in der Hauptsache von den Ergebnissen der anstehenden Tariflohnverhandlungen abhängen. Nochmals übersteigerte Lohnabschlüsse mit der Folge stärkerer Kostenbelastungen würden die Gewinnerwartungen und damit das Investitionsverhalten der Unternehmen gewiß weiter beeinträchtigen. Hierauf weist zu Recht der Sachverständigenrat hin (Ziffer 243 JG).

Auch die Bauinvestitionen dürften 1992 in Westdeutschland deutlich weniger rasch wachsen. Im Wohnungsbau sind hierfür vor allem geringere Realeinkommenssteigerungen, höhere Zinsen sowie stark steigende Bau- und Grundstückspreise verantwortlich. Dies hat sich vor allem in einer Abschwächung der Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern bemerkbar gemacht. Die staatlichen Programme zur Förderung des Wohnungsbaus können diese dämpfenden Einflüsse nur zum Teil kompensieren. Unter Abwägung dieser Einflüsse wird in der Jahresprojektion für 1992 ein realer Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen von rd. 3 % unterstellt, nach + 4,1 % im letzten Jahr. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen in Westdeutschland schlägt zu Buche, daß die Finanzierungsprobleme der Gebietskörperschaften spürbar größer geworden sind. Außerdem werden staatliche Mittel in großem Umfang in die neuen Bundesländer gelenkt, um dort rasch eine Verbesserung der Infrastruktur herbeizuführen. In der Jahresprojektion ist deshalb unterstellt worden, daß die öffentlichen Bauinvestitionen Westdeutschlands in diesem Jahr real um rd. 1 bis 2 % abnehmen (1991: real +0,8 %). Für die gesamten Bauinvestitionen in den alten Bundesländern dürfte ein Anstieg von rd. 2 % erreichbar sein.

Alles in allem könnten die Anlageinvestitionen in Westdeutschland in realer Rechnung 1992 um 2 bis 3 % steigen (1991: +6,9 %).

Für das *vereinigte Deutschland* ergibt sich nach den Annahmen der Jahresprojektion danach eine

nominale Zunahme der Anlageinvestitionen um 8 bis 10 %.

Real entspräche dies bei verhältnismäßig hohen Preissteigerungen einem Anstieg um 4½ bis 5½ %.

Von den *Vorratsinvestitionen* wird eher ein leicht kontraktiver Impuls auf das Wirtschaftswachstum erwartet.

14. Der *Private Verbrauch* wird 1992 voraussichtlich eher unterproportional zum Bruttosozialprodukt expandieren. In *Westdeutschland* dürfte es zu einer Verlangsamung des Einkommens- und Beschäftigungswachstums bei gleichzeitig im Jahresdurchschnitt verstärktem Preisanstieg kommen. In *Ostdeutschland* dürfte nach Befriedigung des dringendsten Nachholbedarfs die Verbrauchstätigkeit gedämpfter als bisher verlaufen.

In den westlichen Bundesländern könnte es nach den lohnpolitischen Annahmen der Jahresprojektion zu einem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten von rd. 5 % (Vorjahr: 6,2 %) kommen. Nach dem hier zugrundeliegenden „Inländerkonzept“ ist nur noch mit einer geringfügigen Ausweitung der Beschäftigung zu rechnen (vgl. Ziffer 18). Die gesamte Bruttolohn- und -gehaltssumme könnte danach um 5 bis 5½ % und die Nettolohn- und -gehaltssumme bei steigender Abgabenquote aufgrund der normalen Einkommensteuerprogression um 4 bis 5 % (Vorjahr: 5,2 %) zunehmen. Entlastend wirkt die Senkung des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit, die Erhöhung des Kinderfreibetrages sowie ab dem 1. Juli 1992 der Wegfall des Solidaritätszuschlags auf die Lohn- und Einkommensteuer. Die sozialen Leistungen des Staates dürften mit 5½ bis 6½ % stärker als die Nettolöhne expandieren und so zu einer Stabilisierung des Einkommenswachstums führen. Ein überdurchschnittlicher Zuwachs ist insbesondere beim Kindergeld durch die erstmalige Erhöhung des Erstkindergeldes von 50 auf 70 DM/Monat zu erwarten. Ein gegenüber 1991 abgeschwächter Anstieg zeichnet sich dagegen für die Zahlungen der Rentenversicherung ab, da ab Mitte 1992 die Renten erstmals entsprechend der Entwicklung der durchschnittlichen Nettolöhne angepaßt werden. Kaum abschätzen läßt sich die Entwicklung der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen. Insgesamt wird von einer Ausweitung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um 4½ bis 5½ % ausgegangen. Für die privaten Ersparnisse wird eine dazu unterproportionale Entwicklung unterstellt, so daß der *Private Verbrauch* nominal um 5 bis 6 % und real um 1½ bis 2 % wachsen könnte.

In *Ostdeutschland* werden sich der *Private Verbrauch* und die verfügbaren Einkommen erheblich stärker erhöhen. Die schnelle Lohnangleichung führt trotz weiterer Reduzierung der Belegschaften zu einer erheblichen Ausweitung der Brutto- wie der Nettolohn- und -gehaltssumme. Noch deutlich kräftiger werden die vom Staat empfangenen Sozialeinkommen zunehmen. Dies gilt insbesondere für die Altersbezüge; hier kommt es neben der Anhebung der Renten auch zu einer starken Ausweitung der Zahl der Bezieher. Aber auch für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wird es zu einer deutlich überproportionalen Zunahme der Einkommensersatzleistungen kommen. Insgesamt dürfte das verfügbare Einkommen mit einer deutlich zweistelligen Zuwachsrate expandieren²⁾. Aber auch in den neuen Bundeslän-

dem wird der größere Teil des Einkommenszuwachses durch steigende Preise aufgezehrt. Der Grund dafür ist, daß eine Reihe von Verbrauchersubventionen abgebaut werden mußte und noch weiterhin reduziert werden muß. Dadurch werden vor allem die Mieten, die Energiepreise, die Verkehrstarife sowie die Gebühren für kommunale Dienstleistungen, die bisher z. T. noch unentgeltlich oder weit unter Kosten angeboten wurden, im Jahresvergleich kräftig steigen. Dennoch dürfte der Einkommensanstieg insgesamt deutlich über die Preisanpassung hinausgehen, so daß die verfügbaren Einkommen real weiterhin fühlbar zunehmen werden. Nach den Annahmen der Jahresprojektion könnte bei steigenden Einkommen auch eine leichte Annäherung der ostdeutschen Sparquote an das höhere Niveau in Westdeutschland erfolgen. In der Jahresprojektion wird für Ostdeutschland eine nominale Zunahme des *Privaten Verbrauchs* von 14 bis 16 % unterstellt; real würde dies einen Anstieg zwischen 2 und 4 % ergeben.

Unter diesen Annahmen könnte für *Gesamtdeutschland*

der nominale *Private Verbrauch* um 6½ bis 7½ % zunehmen.

Real würde dies einem Anstieg von 1½ bis 2 % entsprechen.

15. Gemäß den Annahmen der Jahresprojektion könnte der *gesamtdeutsche Staatsverbrauch* 1992 nominal um 5 bis 6 % zunehmen. Real dürfte dies eine Stagnation bedeuten.

Voraussetzung für eine derartige Entwicklung ist allerdings eine gegenüber 1991 deutlich niedrigere Tariflohnsteigerung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Für die neuen Bundesländer ist dabei ein weiterer Schritt in Richtung einer allmählichen Angleichung der Einkommen angenommen worden. Gedämpft wird der Zuwachs der Personalausgaben durch die angelaufene Personalreduzierung der Bundeswehr sowie den im Zusammenhang mit der notwendigen Anpassung der Beschäftigungsstruktur teilweise noch zu erwartenden Abbau von Arbeitsplätzen in den Verwaltungen Ostdeutschlands. Die Sachausgaben dürften zum einen durch geringere Verteidigungsausgaben, zum anderen durch steigende Ausgaben für Gesundheitsleistungen gekennzeichnet sein. Der Staatsverbrauch könnte 1992 im vereinten Deutschland um nominal 5 bis 6 % zunehmen, wegen der Angleichung der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland in stärkerem Maße als in Westdeutschland. Allerdings führt in Ostdeutschland der unterstellte Personalabbau zu einem deutlichen realen Rückgang.

16. Für das vereinigte Deutschland ergibt sich unter den Annahmen über die Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Ausfuhren für 1992 ein nominaler Anstieg der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage um 7 bis 8 %. In realer Rechnung dürfte der Zuwachs der gesamten Güterverwendung 2½ bis 3½ % betragen.

Für die gesamtdeutschen Einfuhren ist ein realer Anstieg von 3 bis 4 % unterstellt worden. Dieser Ansatz impliziert eine Normalisierung der Importela-

²⁾ Bisher liegen noch keine amtlichen Berechnungen über die Höhe der verfügbaren Einkommen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die neuen Bundesländer vor.

stizität, nachdem mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die Importe wegen des Nachholbedarfs Ostdeutschlands sprunghaft angestiegen waren. Die Zunahme der Gesamtnachfrage wird nach diesen Annahmen wieder stärker durch eigene Produktion und weniger durch Rückgriff auf ausländische Anbieter bedient. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland. Unter Berücksichtigung der erwarteten Exportentwicklung würde damit vom Außenbeitrag auf das reale BSP-Wachstum ein geringfügig positiver Effekt ausgehen.

Bei auch 1992 moderatem, d. h. unterproportional zu den Preisen der inländischen Verwendung verlaufendem Einfuhrpreisanstieg dürfte der nominale Zuwachs der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen 5 bis 5½ % betragen.

Für *Gesamtdeutschland* errechnet sich unter den Annahmen über die Aus- und Einfuhrentwicklung für 1992 ein

nominaler Außenbeitrag von +25 bis +30 Mrd. DM

(nach +23,5 Mrd. DM im Vorjahr). Dieser entspricht einem Anteil am Bruttosozialprodukt von rd. 1 % und ist damit weiterhin deutlich geringer, als er zuletzt für Westdeutschland vor der Vereinigung festgestellt wurde (z. B. 1989: 6½ %). Die unentgeltlichen Übertragungen an das Ausland und die EG werden den Außenbeitrag abermals übertreffen. Auch 1992 ist daher mit einem Leistungsbilanzdefizit von ½ bis 1 % des BSP zu rechnen, was im Zahlungsbilanzzusammenhang entsprechend hohe Kapitalimporte bedeutet. Eine generelle Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, die mit einer solchen Entwicklung nicht verbunden ist, kann allerdings eintreten, wenn sich die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungskraft bei weitgehend fixierten Wechselkursen durch im Vergleich zu wichtigen Partnerländern überzogene interne Kosten- und Preissteigerungen fortsetzt.

Bei getrennten Berechnungen für die alten und neuen Bundesländer sind zusätzlich die innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsströme zu berücksichtigen. Der „Außenbeitrag“ Westdeutschlands gegenüber Ostdeutschland ist in der Jahresprojektion mit +165 bis +175 Mrd. DM (nach rd. 169 Mrd. DM im Vorjahr) angenommen worden. Mit umgekehrtem Vorzeichen entspricht dies dem Ansatz für den „innerdeutschen Außenbeitrag“ aus der Sicht Ostdeutschlands. Unter Berücksichtigung der unterstellten Entwicklung des Handels- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland wird der gesamte westdeutsche Außenbeitrag auf +195 bis +205 Mrd. DM und der ostdeutsche auf -165 bis -175 Mrd. DM geschätzt.

Die Annahmen der Jahresprojektion bezüglich Inlandsnachfrage und Außenbeitrag ergeben zusammen für 1992 für das *vereinigte Deutschland* einen

Anstieg des nominalen Sozialprodukts von 6½ bis 7½ %.

Für Westdeutschland steht dahinter eine Zunahme von 5 bis 6 % und für Ostdeutschland, dessen Anteil am gesamtdeutschen Bruttosozialprodukt im Basis-

jahr 1991 knapp 7 % entsprach, eine Ausweitung von 28 bis 30 %

17. Die *Preisentwicklung* dürfte 1992 durch hohen Kostendruck in den alten und weitere notwendige Strukturanpassungen an marktwirtschaftliche Verhältnisse in den neuen Bundesländern gekennzeichnet sein. Nicht nur bei den Baupreisen, sondern auch beim Preisindex für den Privaten Verbrauch ist in ganz Deutschland zuletzt eine spürbare Beschleunigung zu beobachten. Wichtigste Ursache hierfür war — neben Verbrauchsteueranhebungen und den notwendigen Maßnahmen zum Subventionsabbau in Ostdeutschland — der durch die Entwicklung der Lohnstückkosten entstandene Preisdruck. Im 2. Halbjahr 1991 waren die Lohnkosten je Produkteinheit in Westdeutschland rd. 6½ % und in Ostdeutschland um 25 bis 30 % höher als vor Jahresfrist. Für 1992 wurde in der Jahresprojektion unterstellt, daß die Tarifvertragsparteien bei den anstehenden Entscheidungen unter Beachtung der geringer gewordenen Produktivitätsspielräume in angemessener Weise auf diese besorgniserregende Entwicklung Rücksicht nehmen. In Ostdeutschland ist außerdem zu beachten, daß der Produktivitätszuwachs in erster Linie passiv, d. h. durch den weiteren Beschäftigungsabbau, zustandekommt. Wird dieser voll an die in Beschäftigung Verbleibenden verteilt, erhöht sich der Druck zum Abbau der Belegschaften weiter. Auch wegen des deutlich gestiegenen Finanzbedarfs notwendig gewordene Verbrauchsteuer- oder Gebührenerhöhungen dürfen bei den tarifpolitischen Überlegungen ebenso wenig eine Rolle spielen wie die sich durch Subventionsabbau ergebenden Preissteigerungen. Auch der Sachverständigenrat hebt hervor, daß die Steuererhöhungen das Ziel haben, Einkommen vom privaten Sektor auf den Staat zu übertragen. Dies gilt entsprechend für den Abbau negativer Steuern, als die die Subventionen wirtschaftlich zu werten sind. Eine Einrechnung solcher staatlichen Maßnahmen in Nominallohnanpassungen würde bedeuten, daß sich die Bezieher von Arbeitseinkommen dem Realtransfer entziehen (Ziffer 384 JG).

In der Jahresprojektion wird für *Gesamtdeutschland* von einem Lohnstückkostenanstieg um höchstens 5 % ausgegangen, wobei für Westdeutschland ein Anstieg um 3½ % und für Ostdeutschland um 10 bis 15 % unterstellt wurde. Unter Einrechnung unterproportional steigender Einfuhrpreise und des im Jahresdurchschnitt auf rd. ½ %-Punkt zu veranschlagenden Effekts der Verbrauchsteuererhöhung könnte sich der

Anstieg der Verbraucherpreise auf rd. 5 % im Jahresdurchschnitt belaufen.

Für Westdeutschland würde dies eine Rate von rd. 3½ % bedeuten, die sich im Jahresverlauf auf etwa 3 % abschwächen dürfte. Für die *neuen Bundesländer* ergibt sich wegen des hohen Überhangs aufgrund der letztjährigen Mietenanpassung ein Anstieg von 12 bis 14 %, der sich gegen Jahresende deutlich abflachen würde. Hierbei ist unterstellt, daß aufgrund der festen Geldpolitik und nachlassender Nachfragedynamik eine Überwälzung des Kostenanstiegs in die Preise nicht vollständig gelingt.

Unter diesen Bedingungen könnte der Anstieg des *BSP-Preisindex* auf rd. 5 % (Westdeutschland rd. 4 %, Ostdeutschland 18 bis 20 %) begrenzt werden. Die hohen Steigerungsraten in Ostdeutschland dürfen allerdings nicht als Zeichen einer Inflationsbeschleunigung verstanden werden. Sie sind — wie auch der Sachverständigenrat betont — Ausdruck der Anpassung der ostdeutschen Preisstruktur an die Verhältnisse in Westdeutschland. Für den Erneuerungsprozeß ist es wichtig, daß diese Anpassung zügig vorankommt (Ziffer 250 JG). Die konjunkturellen Preisauftriebstendenzen werden durch die Entwicklung Westdeutschlands besser als durch die gesamtdeutsche Preisrate widergespiegelt.

18. Aus diesen Annahmen der Jahresprojektion für die nominale Entwicklung des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts und seiner Preiskomponenten ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1992 für *Gesamtdeutschland* insgesamt ein

reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von gut 2 %³⁾

Dabei könnte der Anstieg in Westdeutschland rd. 1½ % und in Ostdeutschland etwa 10 % betragen. Die Zunahme des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts könnte eher etwas stärker als das Bruttoinlandsprodukt steigen. In die gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße Bruttoinlandsprodukt werden nämlich voraussichtlich per Saldo geringere Kapitalerträge aus dem Ausland wegen des Abbaus der deutschen Nettovermögensposition einfließen. Wegen der innerdeutschen Pendlerbewegungen dürfte das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt abermals stärker und das ostdeutsche schwächer als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt expandieren.

Für die Arbeitsproduktivität, d. h. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, wird in der Jahresprojektion von einem Anstieg um 4 bis 4½ % ausgegangen. Diese hohe Rate kommt in erster Linie durch den für Ostdeutschland auf mehr als 20 % veranschlagten Zuwachs zustande, der freilich überwiegend auf den bei niedrigem Produktivitätsniveau unterstellten weiteren Beschäftigungsabbau zurückzuführen ist. Auch

1992 werden trotz des zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwungs mehr alte Arbeitsplätze wegfallen, als neue entstehen (Ziffer 274 JG). Für Westdeutschland wird dagegen nur mit einem Produktivitätszuwachs von etwa 1 % (nach 0,6 % im Vorjahr) gerechnet.

Für Gesamtdeutschland ergäbe sich danach ein Rückgang der Zahl Erwerbstätiger im Jahresdurchschnitt um 1½ bis 2 % oder 600 bis 700 Tsd. auf 35½ Mio. In ostdeutschen Betrieben und Verwaltungen dürften dabei im Jahresdurchschnitt nochmals 800 Tsd. bis rd. 1 Mio. weniger Erwerbstätige als 1991 beschäftigt sein. Im Jahresverlauf wird freilich der Beschäftigungsabbau mit ca. 500 Tsd. deutlich geringer ausfallen, da bereits Ende 1991 über 400 Tsd. weniger Personen in den neuen Bundesländern erwerbstätig waren als im Jahresdurchschnitt. Der weitere Beschäftigungsabbau in diesem Jahr hat schwergewichtig zum Jahreswechsel stattgefunden und wird wohl auch noch zum Ende des 1. Quartals andauern. Gegen Jahresende könnten sich Arbeitsplatzabbau und -neuaufbau ausbalancieren. Aufgrund der hohen und vermutlich weiter steigenden Zahl von Berufspendlern nach Westdeutschland wird die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern abermals erheblich weniger zurückgehen als nach dem Arbeitsortkonzept.

In den *alten Bundesländern* könnte sich die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 1 % oder 200 bis 300 Tsd. erhöhen (Arbeitsortkonzept). Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung werden wiederum die Berufspendler aus den *neuen Bundesländern* haben, deren Zuwachs mit rd. 160 bis 180 Tsd. auf dann rd. 550 Tsd. geschätzt wird. Für die Erwerbstätigen mit Wohnsitz in den alten Bundesländern wäre also nur noch eine geringfügige Zunahme zu erwarten. Bei anhaltendem Wanderungsdruck über die Außengrenzen wird der Rückgang der Erwerbstätigkeit trotz abnehmender Erwerbsbeteiligung auch zu höheren Arbeitslosenzahlen führen. Der Angebotsdruck dürfte sich hauptsächlich in Westdeutschland bemerkbar machen, während vor allem in Ostdeutschland mit einem Rückgang der Erwerbsneigung zu rechnen sein dürfte. Auch wenn wegen des immer stärkeren Zusammenwachsens des deutschen Arbeitsmarkts regionalisierte Vorausschätzungen mit einer großen Unsicherheitsmarge zu versehen sind, kann die mögliche Entwicklung wie folgt skizziert werden:

In den *alten Bundesländern* könnte bei hohem Kostendruck und nachlassender Beschäftigungsdynamik die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt um ca. 100 Tsd. auf rd. 1,8 Mio. zunehmen. Dies entspräche einer Arbeitslosenquote von knapp 6 % aller Erwerbspersonen. In den *neuen Bundesländern* dürfte das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium in Gestalt der Förderung von Fortbildung und Umschulung, von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für rd. 400 Tsd. Beschäftigte, die Regelungen zum Altersübergangsgeld, die fortbestehenden Möglichkeiten zur Kurzarbeit sowie die zunehmende Zahl von Berufspendlern den Arbeitsmarkt weiterhin erheblich entlasten. Obwohl bei nicht mehr so günstigen Beschäftigungsaussichten in Westdeutschland der Entlastungseffekt durch Pendler vermutlich nachlassen wird, dürfte es

³⁾ Zur Interpretation realer und gesamtwirtschaftlicher Preisveränderungen: Reale und Preisveränderungen für Gesamtaggregate hängen stark vom zugrundegelegten Basisjahr ab. Dieses sollte von starken strukturellen Verschiebungen möglichst frei sein. Bei der Berechnung zu konstanten Preisen für die neuen Bundesländer und für die gesamtdeutschen Aggregate wurde von der Preisbasis 1991 ausgegangen, die auch die nächste Preisbasis für die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sein wird. Aufgrund der ungewöhnlich starken strukturellen Verschiebungen in Ostdeutschland mit u. a. erheblicher Ausweitung des Importanteils am Bruttoinlandsprodukt bedeutet dies bei gegebenen nominalen Größen eine geringere reale und eine höhere gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung, als wenn man z. B. das 2. Halbjahr 1990 als Preisbasis wählen würde. Für Westdeutschland ergeben sich dagegen im Vergleich zur Preisbasis 1985=100 höhere reale und geringere gesamtwirtschaftliche Preisentwicklungen, da die Importe 1991 aufgrund der Ölpreissenkung 1986 ein geringeres Gewicht am Bruttoinlandsprodukt als 1985 haben. Davon werden auch abgeleitete Kennziffern, wie z. B. Produktivität oder Lohnstückkosten, beeinflusst. Solche starken strukturellen Verschiebungen schränken somit die Aussagekraft realer und Preisentwicklungen für gesamtwirtschaftliche Aggregate ein.

daher auch 1992 zu einem im Vergleich zur abnehmenden Erwerbstätigenzahl weitaus geringeren Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen. Demnach könnte sich die Arbeitslosenzahl um etwa 400 bis 500 Tsd. auf 1,3 bis 1,4 Mio. im Jahresdurchschnitt erhöhen. Dies wären rd. 17 % der Erwerbspersonen. Insgesamt könnte damit 1992 in Deutschland

die Arbeitslosenquote bei rd. 8 % aller Erwerbspersonen

liegen. Hierbei würde sich der zur Jahresmitte 1991 begonnene Rückgang der Kurzarbeit in den neuen Bundesländern weiter fortsetzen. Damit wäre eine Reduzierung der Anzahl der Kurzarbeiter auf weniger als die Hälfte des Jahresbestandes von 1991 möglich. In den alten Bundesländern dürfte es dagegen konjunkturell bedingt zu vermehrter Kurzarbeit kommen.

19. Eine Vorausschätzung des *Volkseinkommens für Gesamtdeutschland* kann zur Zeit mangels geeigneter Basiszahlen noch nicht vorgenommen werden. Sie würde u. a. eine Bewertung des Kapitalstocks der neuen Bundesländer zur Ermittlung der Abschreibungen voraussetzen. Dies ist mangels ausreichender statistischer Unterlagen derzeit nicht möglich und wirft schwierige methodische Probleme auf. Die folgenden Ausführungen müssen sich daher weitgehend auf Westdeutschland beschränken.

Das *Volkeinkommen Westdeutschlands* dürfte sich nach den Annahmen der Jahresprojektion um 4½ bis 5½ % und damit schwächer erhöhen als das nominale Brutto Sozialprodukt; sowohl die indirekten Steuern als auch die Abschreibungen werden 1992 überproportional zunehmen. Für den Anstieg der Effektivlöhne je Beschäftigten wird unter Berücksichtigung der in dieses Jahr hineinwirkenden höheren Lohnabschlüsse aus 1991 ein Rate von rd. 5 % unterstellt; dies wäre gegenüber dem Vorjahr (+6,2 %) eine fühlbare Verlangsamung und setzt entsprechend geringere Neuabschlüsse voraus. Unter Berücksichtigung der insbesondere nach dem Wohnortkonzept stark gebremsten Beschäftigungsentwicklung und eines unterproportionalen Anstiegs der Sozialbeiträge der Arbeitgeber dürften sich dann die

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 4½ bis 5½ %

erhöhen (nach 8,2 % im Vorjahr). Auch bei dieser im Vergleich zu 1991 moderateren Lohnentwicklung ergäbe sich für das als Differenz zwischen Volkseinkommen und Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu errechnende

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit +3 bis +5 %

eine unterdurchschnittliche Zunahme (nach 3,0 % im Vorjahr). Die Lohnquote würde sich also weiterhin erhöhen. Dabei dürfte sich der Anstieg der gesamten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wegen des hohen Zinsniveaus primär in einer Ausweitung der Vermögenseinkommen niederschlagen, die allen Bevölkerungsgruppen zufließen. Damit zeichnet sich für die Entwicklung der für die Schaffung von Arbeitsplätzen wichtigen Unternehmenserträge im engeren Sinne eine ungünstigere Tendenz

ab. Eine kräftigere Gewinnsteigerung wäre nicht zuletzt im Hinblick auf eine nachhaltige Erhöhung der Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland zu begrüßen, zumal daraus auch die ostdeutsche Wirtschaft Nutzen ziehen würde. Umso wichtiger ist es, daß die anstehenden lohnpolitischen Entscheidungen den in der Jahresprojektion aufgezeigten Rahmen berücksichtigen.

In den neuen Bundesländern wird aufgrund der schon bisher getroffenen Entscheidungen und der vielfachen Ankoppelung an die westdeutschen Tariflöhne mit einem Lohnanstieg auf Vollbeschäftigungsbasis um 20 bis 25 % gerechnet. Wegen des starken Abbaus der Kurzarbeit würde dies rechnerisch im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt eine Zunahme um 30 bis 35 % je Beschäftigten bedeuten. Aufgrund der geringeren Beschäftigung liefe dies auf eine Zunahme der gesamten Brutto Lohn- und -gehaltssumme um 15 bis 20 % hinaus. Die Produktivitäts-Lohn-Lücke würde sich danach weiter ausweiten und so zu einer Verschärfung der Beschäftigungssituation beitragen.

20. Eine Vorausschätzung der künftigen Entwicklung der *öffentlichen Haushalte* im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist wegen der vielfach regional untrennbaren Einnahmen- und Ausgabenströme nur noch für *Gesamtdeutschland* sinnvoll. Geprägt wird die Entwicklung der öffentlichen Haushalte von den Erfordernissen, die aus der deutschen Vereinigung und vom wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern resultieren.

Nach den derzeitigen Ausgabenplanungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger dürften die *Ausgaben* der öffentlichen Haushalte 1992 um 9 bis 10 % steigen. Der *Staatsverbrauch*, auf den rd. 40 % der öffentlichen Ausgaben entfallen, könnte — wie in Ziffer 15 beschrieben — mit 5 bis 6 % unterproportional zunehmen. Die *öffentlichen Investitionen* dürften dagegen insgesamt um 14 bis 16 % steigen. Ein kräftiger Ausgabenzuwachs zeichnet sich, insbesondere wegen der sozialen Flankierung der Umstrukturierungsprozesse in Ostdeutschland, mit 11 bis 13 % bei den *Einkommens- und Vermögensübertragungen* ab, auf die mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben entfällt.

Für die *öffentlichen Einnahmen* wird eine Zunahme von 8½ bis 9½ % vorausgeschätzt. Die mit der Vereinigung Deutschlands verbundenen Mehrbelastungen machten Einnahmeverbesserungen notwendig, so daß die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen überproportional zu ihren Bemessungsgrundlagen ansteigen werden. Unter diesen Bedingungen könnte das *Finanzierungsdefizit für den Gesamtstaat (einschließlich Sozialversicherung)* in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 95 bis 105 Mrd. DM oder 3 bis 3½ % des Brutto Sozialprodukts ausmachen und damit etwas höher als im Vorjahr ausfallen. Während sich dabei das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften, insbesondere das des Bundes, deutlich zurückbilden dürfte, wird sich im Sozialversicherungsbereich nach den Überschüssen der letzten Jahre voraussichtlich ein Defizit ergeben, das insbesondere aus Rücklagen finanziert wird. Das Defizit ist zum einen auf den erheblichen Anstieg der Sozialleistungen in den neuen Bundeslän-

dem bei dahinter zurückbleibender Beitragssatzentwicklung sowie zum anderen auf steigende Ausgaben im Krankenversicherungsbereich zurückzuführen.

21. Neben dem hohen Finanzierungsbedarf des Staates wird der Unternehmensbereich (u. a. einschl. Wohnungswirtschaft, Bundesbahn und -post sowie Treuhandanstalt) nach den Annahmen der Jahrespro-

jektion 1992 in stärkerem Maße als in früheren Jahren Fremdkapital nachfragen müssen. Dies wird bei nur verhältnismäßig geringem Anstieg der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte — für die Sparquote wird ein leichter Rückgang unterstellt — zu einem weiteren Abbau der Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland führen, wie sie sich im Leistungsbilanzdefizit bzw. in Kapitalimporten ausdrückt.

Eckwerte der Jahresprojektion 1992 in der Bundesrepublik Deutschland

	alte	neue	ins-	alte	neue	insgesamt
	Bundesländer		gesamt	Bundesländer		
	1991 ⁴⁾			1992 ⁵⁾		
	— Mrd. DM ⁶⁾ /in Tsd. —			— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —		
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991	2 614	193	2 807	rd. 1 1/2	etwa 10	gut 2
Entstehung des Sozialprodukts						
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (BIP)	2 596	183	2 779	1 1/2 bis 2	6 bis 10	gut 2
Erwerbstätige (1991 in Tausend)	29 237	6 956	36 193	rd. 1	-10 bis -15	-1 1/2 bis -2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen				-1/2 bis -1		
BIP je Erwerbstätigen (1991 in Tsd. DM)	88 800	26 300	76 800	rd. 1	20 bis 24	4 bis 4 1/2
BIP je Erwerbstätigenstunde				rd. 1 1/2		
nachrichtlich:						
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	5,7	11,1	6,7	(rd. 6)	(rd. 17)	(rd. 8)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	1 379	196	1 575	5 bis 6	14 bis 16	6 1/2 bis 7 1/2
Staatsverbrauch	471	90	561	4 bis 5	8 bis 12	5 bis 6
Bruttoanlageinvestitionen	571	72	643	6 bis 8	25 bis 35	8 bis 10
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	2	2	5	(0 bis 2)	(0 bis 5)	(0 bis 6)
Inlandsnachfrage	2 422	361	2 783	5 bis 6	14 bis 18	6 1/2 bis 7 1/2
Außenbeitrag (Mrd. DM)	192	-168	24	(195 bis 205)	(-165 bis -175)	(25 bis 30)
(in % des BSP)	7,3	-87,0	0,8	(7 bis 7 1/2)	(- 65 bis - 70)	(rd. 1)
Bruttosozialprodukt In Preisen von 1991	2 614	193	2 807	5 bis 6	28 bis 30	6 1/2 bis 7 1/2
Privater Verbrauch	1 379	196	1 575	1 1/2 bis 2	2 bis 4	1 1/2 bis 2
Staatsverbrauch	471	90	561	1/2 bis 1	- 3 bis - 5	0
Bruttoanlageinvestitionen	571	72	643	2 bis 3	20 bis 25	4 1/2 bis 5 1/2
Ausrüstungen	265	36	301	2 1/2 bis 3 1/2	22 bis 26	5 bis 6
Bauten	306	36	342	1 1/2 bis 2 1/2	18 bis 22	3 1/2 bis 4 1/2
Inlandsnachfrage	2 422	361	2 783	1 1/2 bis 2	4 bis 6	rd. 2
Ausfuhren	1 006	59	821	3 1/2 bis 4 1/2	25 bis 30	3 bis 4
Einfuhren	814	227	797	4 1/2 bis 5 1/2	5 bis 10	3 bis 4
Außenbeitrag (in % des BSP)	7,3	-87,0	0,8	(7 bis 7 1/2)	(- 78 bis - 82)	(rd. 1)
Bruttosozialprodukt	2 614	193	2 807	rd. 1 1/2	etwa 10	gut 2
Preisentwicklung (1991 = 100)						
Privater Verbrauch	100	100	100	rd. 3 1/2	12 bis 14	rd. 5
Inlandsnachfrage	100	100	100	rd. 4	10 bis 12	rd. 5
Bruttosozialprodukt	100	100	100	rd. 4	18 bis 20	rd. 5
Verteilung des Volkseinkommens						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 422			4 1/2 bis 5 1/2		
Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	574			3 bis 5		
Volkseinkommen	1 996			4 1/2 bis 5 1/2		
nachrichtlich:						
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer (1991 in Tsd. DM)	44 591	19 896	39 444	rd. 5	30 bis 35	8 1/2 bis 9 1/2
Beschäftigte Arbeitnehmer (1991 in Tausend)	25 973	6 842	32 815	0 bis 1/2	-10 bis -15	-2 bis -2 1/2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ^{2) 3)}	1 600	206	1 806	4 1/2 bis 5 1/2	16 bis 20	6 bis 7
Sparquote in % ³⁾	13,8	rd. 5	12,8	(rd. 13 1/2)	(5 bis 8)	(rd. 12 1/2)

¹⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

²⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

³⁾ Neue Bundesländer: Schätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes, Stand Januar 1992

⁵⁾ Auf ganze Mrd. DM gerundet (Summen aus Angaben mit Nachkommastellen errechnet)

⁶⁾ Jahresprojektion

80/92

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1988 bis 1991
und Eckwerte der Jahresprojektion 1992**
(alte Bundesländer)

	1988	1989 ¹⁾	1990 ²⁾	1991 ⁴⁾	1992 ³⁾
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —				
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ rd. 1 1/2
Entstehung des Sozialprodukts					
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 (BIP)	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,7	+ 3,4	+ 1 1/2 bis + 2
Erwerbstätige	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,8	+ rd. 1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,3	- 0,9	- 1,0	- 0,8	- 1/2 bis - 1
BIP je Erwerbstätigen	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,6	+ rd. 1
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 1,4	+ rd. 1 1/2
nachrichtlich:					
Arbeitslosenquote in % ¹⁾	(7,7)	(7,1)	(6,4)	(5,7)	(rd. 6)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 4,1	+ 4,8	+ 7,4	+ 6,1	+ 5 bis + 6
Staatsverbrauch	+ 3,8	+ 1,6	+ 5,8	+ 6,2	+ 4 bis + 5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,3	+10,1	+12,9	+12,0	+ 6 bis + 8
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(+10,3)	(+20,7)	(+ 8,1)	(+ 2,1)	10 bis + 2)
Inlandsnachfrage	+ 5,1	+ 5,7	+ 7,6	+ 7,2	+ 5 bis + 6
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+121,7)	(+144,7)	(+165,6)	(+191,6)	(+195 bis +205)
(in % des BSP)	(+ 5,8)	(+ 6,4)	(+ 6,8)	(+ 7,3)	(+ 7 bis + 7 1/2)
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985	+ 5,2	+ 6,5	+ 8,0	+ 7,8	+ 5 bis + 6
Privater Verbrauch	+ 2,7	+ 1,7	+ 4,7	+ 2,4	+ 1 1/2 bis + 2
Staatsverbrauch	+ 2,2	- 1,7	+ 2,1	+ 1,2	+ 1/2 bis + 1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,6	+ 7,0	+ 8,8	+ 6,9	+ 2 bis + 3
Ausrüstungen	+ 6,6	+ 9,8	+12,9	+10,1	+ 2 1/2 bis + 3 1/2
Bauten	+ 3,1	+ 4,8	+ 5,3	+ 4,0	+ 1 1/2 bis + 2 1/2
Inlandsnachfrage	+ 3,6	+ 2,6	+ 4,5	+ 2,8	+ 1 1/2 bis + 2
Ausfuhren	+ 5,9	+11,4	+11,0	+11,8	+ 3 1/2 bis + 4 1/2
Einfuhren	+ 5,8	+ 8,4	+11,6	+11,5	+ 4 1/2 bis + 5 1/2
Außenbeitrag (in % des BSP)	(+ 2,0)	(+ 3,1)	(+ 3,1)	(+ 3,5)	(+ 3 bis + 3 1/2)
Bruttosozialprodukt	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ rd. 1 1/2
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,6	+ rd. 3 1/2
Inlandsnachfrage	+ 1,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 4,2	+ rd. 4
Bruttosozialprodukt	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,4	+ rd. 4
Verteilung des Volkseinkommens					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 4,0	+ 4,5	+ 7,5	+ 8,2	+ 4 1/2 bis + 5 1/2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,6	+ 9,9	+ 8,8	+ 3,0	+ 3 bis + 5
Volkseinkommen	+ 5,5	+ 6,0	+ 7,9	+ 6,7	+ 4 1/2 bis + 5 1/2
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 3,0	+ 3,0	+ 4,7	+ 6,2	+ rd. 5
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,9	0 bis + 1/2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²⁾	+ 4,4	+ 4,5	+ 9,1	+ 6,1	+ 4 1/2 bis + 5 1/2
Sparquote in %	(12,8)	(12,5)	(13,9)	(13,8)	(rd. 13 1/2)

¹⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

²⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

³⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1992

⁵⁾ Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1988	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1992 ³⁾
	alte Bundesländer			Bundesrepublik Deutschland insgesamt	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Mrd DM ⁴⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Einnahmen					
Steuern	+ 4,3	+ 9,3	+ 2,5	682	+ 8 1/2 bis + 9 1/2
Sozialbeiträge ⁵⁾	+ 4,6	+ 4,6	+ 7,1	502	+ 7 bis + 8
Sonstige Einnahmen	- 4,2	+17,2	+ 7,2	106	+18 bis +22
Einnahmen insgesamt	+ 3,7	+ 8,0	+ 4,6	1 290	+ 8 1/2 bis + 9 1/2
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 3,8	+ 1,6	+ 5,8	561	+ 5 bis + 6
Einkommens- und Vermögensübertragungen ⁶⁾	+ 5,1	+ 3,1	+12,6	745	+11 bis +13
Investitionen	+ 1,9	+ 7,4	+ 7,6	72	+14 bis +16
Ausgaben insgesamt	+ 4,4	+ 2,7	+ 9,6	1 378	+ 9 bis +10
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	-45,2	+ 4,2	-46,3	-88	-95 bis -105
(in % des BSP)	(- 2,1)	(+ 0,2)	(- 1,9)	(- rd. 3)	(- 3 bis -3 1/2)

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes, des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Auf ganze Mrd. DM gerundet (Summen aus Angaben mit Nachkommastellen errechnet)

⁵⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁶⁾ Einschließlich Zinsen

03.04.92

Beschluß**des Bundesrates**

zum

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 641. Sitzung am 3. April 1992 beschlossen, zu dem Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung gemäß § 2 Abs. 1 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat nimmt den Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung zur Kenntnis.
2. Der Bundesrat stellt fest, daß der Jahreswirtschaftsbericht 1992 zwar dem gesetzlichen Auftrag, gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten zu liefern, nachkommt.

Er weist aber darauf hin, daß die Jahresprojektion der Bundesregierung nach ihrer eigenen Einschätzung erhebliche Prognoserisiken enthält.

3. Der Bundesrat warnt davor, den Tarifparteien einseitig die Verantwortung für konjunkturelle Entwicklung zuzuweisen.

Er erkennt dabei nicht, daß den Tarifparteien gegenwärtig eine besondere gesamtwirtschaftliche Verantwortung zukommt. Allein dies darf allerdings nicht dazu verführen, die Wirkungen einer steigenden Abgaben- und Preisspirale mit ihren Ursachen zu verwechseln.

4. Der Bundesrat teilt die Auffassung der Bundesregierung (Ziff. 51), daß Unternehmen nicht durch vorzeitige Freisetzen von älteren Arbeitnehmern Anpassungsleistungen auf die Sozialversicherung übertragen können sollen. Er fordert die Bundesregierung auf, eine entsprechende Nachfolgeregelung für den außer Kraft gesetzten § 128 AFG vorzulegen.
5. Den Kern der in den nächsten Jahren zu leistenden Aufgaben in Politik und Wirtschaft sieht der Bundesrat in der Erhaltung und Festigung des stabilitätspolitischen Konsenses. Er fordert die Bundesregierung auf, im Interesse eines zügigen wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Ländern den Stabilisierungs- und Konsolidierungsaufgaben Vorrang einzuräumen.
6. Der Bundesrat erwartet, daß die Finanzkraft der Länder durch künftige steuer- und finanzpolitische Entscheidungen der Bundesregierung bzw. des Deutschen Bundestages nicht weiter ausgehöhlt wird.
7. Der Bundesrat erwartet, daß die Bundesregierung das im Jahreswirtschaftsbericht angekündigte Sonderprogramm für die von den Abrüstungsfolgen besonders betroffenen Regionen zusammen mit den beteiligten Ländern unverzüglich in die Tat umsetzt. Das bisherige Angebot des Bundes reicht auch nicht ansatzweise aus, um die Mehrbelastungen der Länder und Gemeinden in den betroffenen Regionen auszugleichen, und ist vor allem in keiner Weise geeignet, die erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen.
8. Der Bundesrat begrüßt die Auffassung der Bundesregierung, daß eine weiterhin günstige wirtschaftliche Entwicklung angesichts der Herausforderung beim Aufbau der neuen Länder und der wachsenden internationalen Aufgaben mehr denn je

von zentraler Bedeutung ist; in diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß damit auch die finanzwirtschaftliche Handlungsfähigkeit der alten und neuen Länder eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den neuen Ländern ist.

9. Hinsichtlich der neuen Länder weist der Bundesrat auf die Bedeutung des Sanierungsauftrages der Treuhand hin. Der Aufbau einer eigenständigen Sanierungseinheit bei der Treuhandanstalt sollte geprüft werden.
10. Der Bundesrat begrüßt und unterstützt die Absicht der Bundesregierung, die Sicherung der Standortqualität in partnerschaftlicher Kooperation als ständige Herausforderung anzunehmen.

Der Bundesrat betont, daß die politische Diskussion über die Qualitäten des "Standorts Deutschland" die vielfältigen Komponenten der Standortfrage berücksichtigen sollte und mit der gebotenen Sachlichkeit zu führen ist.

11. Der Bundesrat mißt der Frage der Unternehmensbesteuerung hohe Priorität bei. Er fordert die Bundesregierung daher auf, statt unverbundener Einzelmaßnahmen bzw. Paketlösungen ein konsistentes Gesamtkonzept der Unternehmensbesteuerung vorzulegen.
12. Der Bundesrat betrachtet mit Sorge die Entwicklungen im freien Welthandel und in der internationalen Zusammenarbeit.

Er fordert die Bundesregierung auf, sich nach Kräften für einen erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde des GATT einzusetzen und alle Anstrengungen zur Sicherung eines freien Welthandels zu unternehmen.

Er appelliert an die Bundesregierung, bei der Überprüfung des Hermes-Bürgschaftsvolumens im Handel mit Osteuropa und insbesondere der GUS die längerfristigen ökonomischen und politischen Aspekte einer Stabilisierung der Handelsbeziehungen zu berücksichtigen.

13. Die ökologische Umsteuerung der Wirtschaft ist ein maßgeblicher Beitrag zum Umweltschutz. Die Entwicklung betriebswirtschaftlicher Instrumentarien wie das Umwelt-Auditing geben Unternehmen ein Instrument an die Hand, ihre Umweltwirkungen in einem betriebsinternen Verfahren zu erfassen und zu bewerten. Dies führt zu sichtbaren Unternehmenserfolgen sowohl im Wettbewerb als auch im betrieblichen Umweltschutz.

Der Bundesrat begrüßt diese Entwicklung und bittet die Bundesregierung, die Entwicklung eines europäischen Konzepts für ein Umwelt-Auditing zu unterstützen.

14. Als besonders wichtiges Instrument im Umweltschutz sieht der Bundesrat die Einführung von Umweltabgaben zur Förderung des Umweltschutzes an. Hierzu bekräftigt der Bundesrat nochmals seine EntschlieÙung zur Förderung des Umweltschutzes durch Umweltabgaben vom 6. April 1990, Drucksache 238/89 (Beschluß), und seine Stellungnahme vom 14. Februar 1992, Drucksache 696/91 (Beschluß). Die Kosten für den Gebrauch und Verbrauch bisher freier Naturgüter sind nicht oder noch nicht hinreichend in die Kostenrechnungen der Wirtschaftsunternehmen und der privaten Haushalte einbezogen.

15. Zur Senkung des Energieverbrauchs hat der Bundesrat sich mit Beschluß vom 14. Februar 1992 für die Einführung einer neuen Energiesteuer ausgesprochen. Der Energiepreis muß im Hinblick auf die notwendige Umwelt- und Ressourcenschonung durch eine Besteuerung des Primärenergieverbrauchs maßgeblich gestaltet werden, Drucksache 696/91 (Beschluß).

16. Hinsichtlich des Vorschlages zur Einführung einer emissionsabhängigen Kraftfahrzeugsteuer gibt der Bundesrat zu bedenken, daß damit zwar das Kaufverhalten, aber nicht das Fahrverhalten beeinflußt wird. Entscheidend im Interesse einer umfassenden Klimaschutzstrategie, d. h. der Reduzierung der energiebedingten CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland, ist nach Auffassung des Bundesrates insbesondere die Reduzierung des Individualverkehrs. Eine Ausrichtung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Energieverbrauch erscheint in dieser Hinsicht zielführender zur Reduzierung der energiebedingten Emissionen.
17. Bei der Förderung und Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft kommt einer konsequenten Umweltpolitik eine maßgebliche Rolle zu. Die Umwelttechnik gilt als Wachstumsmarkt der kommenden Jahre. Die Realisierung des gemeinsamen Binnenmarktes in Europa wird dazu führen, daß die Umweltanstrengungen europaweit erheblich gesteigert werden. Die Beseitigung der ökologischen Krise in Osteuropa sowie des "Umweltgefälles" zwischen West- und Ostdeutschland eröffnen ebenso zusätzliche Expansions- und Beschäftigungsmöglichkeiten wie die Sanierung von Altlasten, insbesondere von Militäraltlasten. Die Nachfrage nach Umweltschutzgütern wird zu maßgeblichen Teilen von der mittelständischen Wirtschaft befriedigt, die in der Lage ist, flexibel auf die speziellen Umweltschutzanforderungen zu reagieren und individuelle Lösungen anzubieten. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß wirtschafts- und umweltpolitische Maßnahmen dieses Potential der mittelständischen Wirtschaft im Bereich der Umwelttechnologie mit berücksichtigen müssen.
18. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß der Ausbildung und Qualifizierung im Umweltschutzbereich eine immer größere Rolle zukommt.

Die gewerbliche Wirtschaft ist in vielfältiger Weise im Rahmen der Herstellung von Produkten und der dabei verwendeten Produktionsverfahren mit Umweltproblemen und ihren

Folgewirkungen belastet. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen darum in die Lage versetzt werden, die von ihrem Betrieb ausgehenden Umwelteinwirkungen systematisch zu erfassen und umweltfreundliche Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dazu sind gezielte Beratung und berufliche Qualifizierung erforderlich. Aus- und Fortbildung im Umweltschutzbereich tragen wesentlich dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder zu steigern. Gesetzliche Auflagen wie z. B. die Bestellung eines Betriebsbeauftragten für Abfall machen deutlich, daß Umweltschutz bei der beruflichen Qualifikation einen immer höheren Stellenwert einnehmen wird.

19. Der Bundesrat unterstreicht den hohen Stellenwert, der dem Umweltschutz im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung zukommt. Er bekräftigt daher die Aussage der Bundesregierung, wonach die Bedingungen für die Nutzung von Umweltressourcen so zu setzen sind, daß ihre Inanspruchnahme für die Unternehmen eine betriebswirtschaftliche Kostenkomponente und für die Konsumenten eine ausgabenwirksame Preiskomponente wird und daß der Faktor Umwelt künftig ebenso bedeutsam ist, wie die klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden.
20. Der Bundesrat sieht in den von der Bundesregierung angekündigten umweltbezogenen Maßnahmen einen Ansatz dafür, diese Ziele zu erreichen. Er erwartet, daß die angekündigten Maßnahmen auch zügig umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die vordringliche Verwirklichung einer umfassenden Klimaschutzstrategie.
21. Bei umweltbezogenen steuerlichen Regelungen und Abgabelösungen ist deren ökologische Zielsetzung sicherzustellen, um zu gewährleisten, daß sie einerseits tatsächlich Anreize für umweltverträgliches Verhalten bewirken und andererseits zusätzlich die Entwicklung moderner umweltfreundlicher Technologien fördern. Diese Voraussetzungen treffen vor allem auf die bundeseinheitliche Einführung einer Abfallabgabe zu, mit der die Vermeidungs- und Verwertungsanstrengungen verstärkt werden sollen.

22. Im Hinblick auf vielfach nur global lösbare Umweltprobleme und zur Wahrung der Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft ist auch eine verstärkte internationale Abstimmung von Umweltschutzmaßnahmen auf hohem Niveau erforderlich. Dies gilt in gleicher Weise für die Europäische Gemeinschaft, um zu verhindern, daß der gemeinsame Binnenmarkt und der mit ihm verbundene verstärkte Wettbewerb zu einem Absenken der Umweltstandards in den Mitgliedstaaten führt.